

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 29. September 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Samstagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zulässig 2 Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pfg. Eilestempel und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Aufrollung der Orientfrage.

Genosse J. Topalowitz - Belgrad, der Vertreter der serbischen Sozialdemokratie auf dem Kongress in Jena schreibt uns:

Die Türkei ist in einer verzweifeltsten Lage: Italien hat zur Gewalt gegriffen, in derselben Zeit, da die Türkei von der ganzen Welt verlassen und auf sich selbst angewiesen ist. Den räuberischen Einfall Italiens kann die Türkei kaum verbieten. Denn, obgleich die Türkei militärisch ziemlich vorbereitet ist, fehlt ihr doch vollständig eine Kriegsflotte. Sobald die italienische Flotte das Ägäische Meer vom kleinasiatischen bis zum balkanischen Ufer gesperrt hat, ist jeder Transport von Soldaten, Nahrung und Munition aus der europäischen Türkei nach Tripolitanien unmöglich gemacht. Allein mit ihrer in Tripolis befindlichen Macht kann sich die Türkei den Italienern nicht mit Erfolg widersetzen. Dazu kommt noch die Wahrscheinlichkeit von Verwickelungen auf dem Balkan selbst. Kreta wird sobald als möglich seinen Anschluss an Griechenland vollziehen, in Zemen und Albanien brechen von neuem die Aufstände aus, die serbischen, bulgarischen und griechischen Vandalen in Mazedonien werden ihre Tätigkeit verdoppeln, ein Ueberfall Serbiens, Bulgariens und Oesterreich-Ungarns ist nicht ausgeschlossen. Die türkische Regierung wird sich vielleicht gezwungen sehen, in Verhandlungen mit Italien einzutreten und für etliche Millionen den letzten Rest des großen türkischen Reiches in Afrika zu verkaufen. Formell wird vielleicht der türkische Sultan die Souveränität über Tripolitanien bewahren, wie er zurzeit noch der Souverän von Marokko und Ägypten ist. Tatsächlich aber wird Italien in den Besitz von Tripolitanien gelangen.

Wenn aber selbst ein blutiger Krieg zwischen der Türkei und Italien vermieden würde, ist die Kriegsgefahr nicht vorbei. Denn jeder Friede, den die kapitalistischen Großmächte heute schließen, bedeutet eine Verschärfung der Kriegsgefahr.

In wenigen Monaten haben unglaubliche Machtverschiebungen der Großmächte stattgefunden. Frankreich bekommt Marokko, Deutschland den Kongostaat, Italien Tripolitanien, und Russland und England haben die sichere Beute in Persien. Von europäischen Großmächten ist einzig und allein Oesterreich-Ungarn übrig geblieben, das nichts bekommt, und welches sich durch diese Machtverschiebungen benachteiligt fühlt. Schon vor drei Jahren hat der österreichisch-ungarische Imperialismus durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina der ganzen Welt verkündigt, daß er die Herrschaft in der Politik der Monarchie angetreten hat, jetzt wird er unaufhaltbar vorwärtsdrängen. Sein einziger Weg ist: über Serbien und Mazedonien nach Saloniki. Italien war bisher der Hauptfaktor, der das Vordringen des österreichisch-ungarischen Imperialismus auf dem Balkan gehindert hat. Um die Freundschaft Italiens und der Türkei zu bewahren, übte auch Deutschland einen Druck auf Oesterreich-Ungarn aus, in seiner Balkanpolitik vorsichtig und mäßig zu sein. Jetzt ist die Bahn frei. Durch die Kämpfe in Tripolitanien, das von Italien erst zu erobern ist, wird Italien für eine aktive antiösterreichische Balkanpolitik unfähig gemacht. Wird der österreichisch-ungarische Imperialismus diese Gelegenheit für sein Vorwärtsdrängen ruhig vorbeiziehen lassen? Er hat schon erklärt, daß er die italienische Herrschaft in Tripolitanien nicht dulden könne. Diese Kundgebung kann nur einen Zweck haben, und zwar, daß Oesterreich, nach dem deutschen Muster, nachdem sich Italien in Besitz von Tripolitanien gesetzt hat, für sich eine Entschädigung auf dem Balkan beanspruchen könne. Denn wo können sonst diese Entschädigungen gefunden werden?

Wenn einmal die europäische Türkei in Gefahr kommt, dann wird der historische Kampf um Konstantinopel, um den Schlüssel von Asien wieder ausbrechen. Einmal wollte der weiche russische Für eine Lage auf den Bosphorus, die andere auf Gibraltar legen. Diese Gefahr ist vorbei. Jetzt ist aber der mächtig gewordene englische Imperialismus eben im Begriff, seinen zweiten Fuß auf den Bosphorus zu setzen, nachdem er mit dem ersten schon fest auf Gibraltar steht. Der Kampf um den Bosphorus und um Konstantinopel ist noch immer ein Kampf um die Welt Herrschaft. Er muß unbedingt einen europäischen Krieg nach sich ziehen. Der bei der Verteilung Asiens und Afrikas geschlossene Friede bedeutet nichts anderes, als daß der fürchterliche Kampf auf den europäischen Boden übertragen wird. Die Kriegsgefahr ist eben jetzt akuter als je geworden.

Was tun?
Für die Sozialdemokratie gibt es nur ein Interesse, das des Proletariats. Das nächste Interesse des Proletariats ist die Erhaltung des Friedens. Der Sachlage nach fällt es den sozialdemokratischen Parteien im Balkan und in Oesterreich-Ungarn zu, diesem Interesse mit der Anspannung ihrer ganzen Kraft zu dienen.

Die sozialistischen Parteien in Oesterreich-Ungarn haben die verhängnisvolle Aufgabe, dem einheimischen Imperialismus halt zu gebieten. Wir sind sicher, daß die dortigen Genossen ihre Pflicht tun werden. Aber mehr als je muß jetzt der Wille der Internationale laut werden: Schluss mit dem brudermörderischen Kampf zwischen deutschen und böhmischen Parteien und Ge-

werkschaften! Die Kraft des Proletariats muß vereinigt werden und soll sich konzentrieren, um die hohen Aufgaben erfüllen zu können. Und nicht nur das. Auf dem Gebiete Oesterreich-Ungarns bestehen heute eine Menge von selbständigen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften: deutsche, böhmische, polnische, ungarische, mährische, kroatische, bosnisch-herzegowinische. Nun heißt es in der ganzen Monarchie einheitlich zu handeln. Unsere Forderung muß also nicht nur unbedingter Friede und eine Einheit in Oesterreich sein, sondern ein Zusammenschluß der sozialistischen Parteien in der ganzen Monarchie.

Und was haben wir auf dem Balkan zu tun?

Es muß besonders betont werden, daß die kleinen Balkanstaaten, besonders Serbien und Bulgarien, in zweierlei Hinsicht für den Frieden gefährlich sind. Weil sie eben klein, verteilt und verfeindet sind, kann in Oesterreich-Ungarn die Ueberzeugung herrschen, daß ein Eroberungszug nach dem Balkan ein leichtes Unternehmen sei. Wir müssen vor einer solchen Selbsttäuschung warnen. Wir tun dies ohne irgendwelche Voreingenommenheit, wofür unsere feste sozialistische Ueberzeugung die Garantie gibt. Ein Vorstoß nach dem Balkan ist wirklich für Oesterreich-Ungarn ein gefährliches Unternehmen, auch wenn es bloß mit Serbien und der Türkei zu tun hätte. Der einzige, durch die Natur gegebene Weg, den ein Eroberungsheer betreten muß, ist der durch das Morawatal über Serbien. Auf diesem Wege hat das österreichisch-ungarische Heer die Gebirgspässe zu passieren und dabei mit den dreihunderttausend mit den modernsten Waffen ausgerüsteten serbischen Soldaten abzurechnen. Der Enthusiasmus der kleinbäuerlichen Bevölkerung bei der Verteidigung des eigenen Hauses ist bekannt genug. Eine halbe Million Soldaten muß Oesterreich-Ungarn auf jeden Fall für Serbien rechnen. Ob seine Kraft ausreicht, danach noch siegreiche Kämpfe mit der Türkei zu führen?

Eine zweite Gefahr für den Frieden sind die kleinen Staaten im Balkan wegen ihrer eigenen Expansionsbestrebungen. Der Kapitalismus hat sich in der letzten Zeit dort unglaublich rasch entwickelt. Hunderte von Millionen einheimischen und fremden, besonders französischen, Kapitals sind dort in wirtschaftlichen Unternehmungen angelegt worden. Es genügt, die Tatsache zu erwähnen, daß in Serbien in den letzten drei Jahren sechshundert Kilometer neuer Eisenbahnen gebaut worden sind, daß die heisch ersehnte Adriabahn bereits im Bau weit vorgeschritten ist und daß für Bulgarien dasselbe noch im größeren Maße gilt. Für den rasch wachsenden Kapitalismus ist der einheimische Markt zu eng, und die vereinigte Volksmasse zu klein. Er strebt nach Erweiterung der Staatsgrenzen. Da befindet er sich in der glücklichen Lage, daß seine Gelüste mit den nationalen Bestrebungen zusammenfallen. Ungefähr zweimal soviel Serben als in Serbien leben außerhalb der Grenzen, in der Türkei und Oesterreich-Ungarn. In der gleichen Lage befinden sich Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Der status quo im Balkan wird heute aufrecht erhalten nur durch den schmerzlichen Druck der Großmächte. Sobald die europäischen Großmächte mit ihrer Militärmacht irgendwo engagiert werden, so ist es mehr als sicher, daß auf dem Balkan gleich alles losgeht.

In dieser schwierigen Lage ist die einzige Lösung die, der die Demokratie der Balkanländer seit je zutreibt: der staatliche Zusammenschluß der Balkanländer zu einer wirtschaftlichen Einheit. Serbien, Bulgarien, die Türkei, Montenegro, Rumänien, Griechenland sollen sich zusammen in eine föderative Balkanrepublik. Nur auf diesem Wege ist eine lebensfähige Einheit zu schaffen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Selbstständigkeit genügt. Eine solche freiwillig geschlossene Einheit wäre der beste Hort des Friedens, wie gegen die imperialistischen Bestrebungen Oesterreich-Ungarns, so auch gegen Expansionsgelüste der heutigen Kleinstaaten. Dieses Ziel ist zu erreichen durch die rücksichtslose Bekämpfung der eigenmächtigen monarchistischen, militaristischen und chauvinistischen Bestrebungen in den einzelnen Ländern.

Die stärkste Macht, die den chauvinistischen Wahnsinn der Balkanländer bekämpfen kann, und die die Idee der Vereinigung propagiert, ist die balkanländische Sozialdemokratie. Erst durch ihren Kampf wird die nationale Existenz gefährdet und die Grundlage für den Frieden auf dem Balkan geschaffen. Diese Macht, die Macht der Sozialdemokratie, gilt es zu verstärken. Und da ist unsere nächste Aufgabe den Frieden zwischen den Sozialisten in Bulgarien zu schaffen.

Es ist vielleicht ungewiß, welche Haltung uns im Balkan die Internationale gebieten wird. Aber das eine ist gewiß: wir müssen alle proletarischen Kräfte geschlossen und vereinigt haben für die wichtigen Aktionen, die uns bevorstehen. Wenn wir für den Weltfrieden kämpfen wollen, müssen wir unbedingt zuerst den Frieden in den eigenen Reihen haben.

Die Besetzung von Tripolitanien beschlossen.

Die Hoffnung, daß die italienische Regierung sich mit wirtschaftlichen Zugeständnissen zufrieden geben und von militärischen Maßnahmen absehen werde, wird durch die Veröffentlichung der diplomatischen Noten, die die italienische Regierung an die Türkei gerichtet hat, vollends zerstückelt. Der Minister des Auswärtigen Marchese di San

Giuliano hat in der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. an den italienischen Geschäftsträger in Konstantinopel de Martino folgende Depesche gerichtet:

Während einer langen Reihe von Jahren hat die italienische Regierung niemals aufgehört, der Pforte vorzustellen, daß es absolut notwendig sei, dem Zustande von Unordnung und Vernachlässigung, in dem Tripolis und Cyrenaike von der Türkei gelassen wurden, ein Ende zu machen, und daß diese Gegenden der gleichen Wohlthaten des Fortschritts, wie die übrigen Teile Nordafrikas teilhaftig würden. Ein solcher Wechsel, der sich auf die allgemeinen Forderungen der Zivilisation gründet, stellt für Italien ein vitales Interesse erster Ordnung dar, angesichts der geringen Entfernung, die diese Gegenden von den italienischen Küsten trennt. Trotzdem die italienische Regierung immer in loyaler Weise ihre Unterstützung der kaiserlichen Regierung in verschiedenen politischen Fragen der letzten Zeit hat angezeihen lassen, trotz der Mäßigung und Geduld, die die italienische Regierung bis heute bewiesen hat, sind nicht nur ihre Absichten betreffend Tripolis von der kaiserlichen Regierung mißdeutet worden, sondern, was mehr ist, jedes italienische Unternehmen in den oben erwähnten Gebieten ist beständig einer systematischen, höchst hartnäckigen und ungerechtfertigten Opposition begegnet. Die kaiserliche Regierung, die bis heute beständig ihre feindselige Benignung gegen jede legitime Wirksamkeit von italienischer Seite in Tripolis und Cyrenaike an den Tag gelegt hat, hat ganz neuerdings durch einen in letzter Stunde unternommenen Schritt der kaiserlichen Regierung eine Verletzung der vorgelegten, indem sie sich bereit erklärte, jedes mit den bestehenden Verträgen sowie mit der Würde und den höheren Interessen der Türkei zu vereinbarende wirtschaftliche Zugeständnis zu bewilligen, aber die kaiserliche Regierung sieht sich nicht mehr in der Lage, jeht Verhandlungen anzuknüpfen, deren Erfolglosigkeit die Vergangenheit erwiesen hat und die, weit davon entfernt, eine Garantie für die Zukunft zu bieten, nur eine beständige Ursache von Reibungen und Konflikten sein würden.

Andererseits stellen die Nachrichten, die die kaiserliche Regierung von ihren Konsularagenten in Tripolis und Cyrenaike erhält, die Lage als außerordentlich ernst dar infolge der Bewegung gegen die italienischen Untertanen, die augenscheinlich von Beamten und anderen behördlichen Organen hervorgerufen ist. Die Bewegung bildet eine große Gefahr nicht nur für die Italiener, sondern auch für die Fremden jeder Nationalität, welche mit Recht beunruhigt und besorgt um ihre Sicherheit sind und Tripolis zu verlassen anfangen. Die Ankunft von Militärtransporten in Tripolis, auf deren ernste Folgen die italienische Regierung die ottomanische vorher aufmerksam zu machen nicht verfehlt hat, kann nur die Lage verschlimmern und legt der kaiserlichen Regierung die unbedingte Verpflichtung auf, den daraus drohenden Gefahren vorzubeugen.

Die italienische Regierung, die sich gezwungen sieht, von nun an an den Schutz ihrer Würde und ihrer Interessen zu denken, ist entschlossen, zu einer militärischen Besetzung von Tripolis und Cyrenaike zu schreiten. Diese Lösung ist die einzige, die für Italien in Betracht kommt, und die kaiserliche Regierung möge demzufolge Anordnungen treffen, daß dieser Schritt bei den gegenwärtigen ottomanischen Vertretern in Tripolis auf keinen Widerstand stoße und daß die aus ihr sich ergebenden Maßnahmen ohne Schwierigkeiten getroffen werden können. Weitere Abmachungen könnten von den Regierungen festgelegt werden, um die Lage endgültig zu regeln. Die kaiserliche Botschaft in Konstantinopel hat den Auftrag erhalten, eine entscheidende Antwort hierauf von der ottomanischen Regierung innerhalb 24 Stunden nach der Vorlegung des gegenwärtigen Schriftstückes zu verlangen, widrigenfalls die italienische Regierung sich genötigt sehen würde, die zur Sicherung der Besetzung beschlossenen Maßnahmen unverzüglich zu treffen. Wollen Sie hierzu noch bemerken, daß in dem Termin von 24 Stunden die Antwort auch durch die Vermittelung der türkischen Botschaft in Rom und mitgeteilt werden soll.

Ferner hat der italienische Minister des Auswärtigen an die Gesandtschaften der Balkanstaaten und an die italienischen Konsulate in der Türkei folgendes Telegramm gerichtet:

Der ständige Widerstand der Türkei gegenüber jeder gesetzlich zulässigen wirtschaftlichen Tätigkeit Italiens in Tripolis und der Cyrenaike und die Gefahr, der sich unsere Landesteile in diesen Provinzen gegenübersehen, können die kaiserliche Regierung von einem Augenblick zum andern zwingen, schwerwiegende Maßnahmen zu treffen, die Anlaß zu einem Zusammenstoß zwischen Italien und der Türkei bieten könnten. Die kaiserliche Regierung ist entschlossen, die Tripolisfrage in einer den Interessen und der Würde Italiens entsprechenden Weise zu lösen, aber welches immer auch die Mittel seien, die sie wird anwenden müssen, um dieses Ziel zu erreichen, die Grundlage ihrer Politik bleibt immer die Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo auf der Balkanhalbinsel und die Festigung der europäischen Türkei. Folglich wollen wir nicht nur keine Bewegung auf der Balkanhalbinsel gegen die Türkei ermutigen, sondern sind auch ernstlich entschlossen, unsere Anstrengungen zu verdoppeln, um namentlich in diesem Augenblick zu vermeiden, daß es zu derartigen Vorgängen komme, und es ist notwendig, daß, wenn Hoffnungen oder Illusionen in diesem Sinne sich gebildet haben oder sich bilden sollten, sie sofort zerstreut werden. Sie werden, so oft sich Gelegenheit hierzu bietet, ihr Verhalten und ihre Äußerungen diesem Endziel der Politik der kaiserlichen Regierung anpassen.

Während die zweite Note ein frommer Wunsch bleiben wird, da die italienischen Agenten garnicht die Macht besitzen, die Explosion auf dem Balkan zu verhindern, läßt die erste Note gar keinen Zweifel, daß die Befreiung Tripolitaniens beabsichtigt. Das ist aber ein Schritt, der für die Türkei den Anfang vom Ende bedeutet.

Eine neue Note Italiens.

Konstantinopel, 28. September. Den Blättern zufolge hat die italienische Regierung der Pforte eine Note übergeben, worin sie unter Hinweis auf die bedrohliche Lage der Italiener in Tripolis die Pforte auffordert, von der Entsendung von Truppen und Munition nach Tripolis Abstand zu nehmen, da hierdurch die Aufregung der Einheimischen gesteigert würde. Die Pforte habe erwidert, die Italiener in Tripolis seien keine Gefahr, die Regierung werde stets ihre Pflicht tun.

Die Italiener verlassen Tripolis.

Tripolis, 28. September. Die italienische Kolonie ist fast vollständig an Bord des Dampfers „Dante di Roma“ eingeschifft. In der Stadt sind nur italienische Beamte und einige wenige andere italienische Staatsangehörige zurückgeblieben, die sich auf das italienische Konsulat begeben haben. Ebenso sind noch einige Geistliche in der Stadt, die sich jedoch auf einen für morgen erwarteten Dampfer einschiffen werden. Der Handel ist lahmgelegt.

Türkische Maßregeln.

Konstantinopel, 28. September. Die türkische Flotte, die sich in den syrischen Gewässern befindet, soll möglichst bald Befehl erhalten, Konstantinopel anzulaufen.

Die „Tanin“ meldet, wird Italien verlangen, daß in Tripolis keine Befestigungen errichtet und keine türkischen Garnisonen unterhalten werden. Angesichts dieser unerfüllbaren Forderungen ist eine Verschärfung des Konfliktes zu befürchten.

Es verlautet, daß angesichts der verteidigten Lage das Parlament statt am 14. November bereits am 14. Oktober einzuberufen werden soll.

Türkische Beruhigungsversuche.

Saloniki, 28. September. Der Wali von Saloniki ist von der Regierung angewiesen worden, seine Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß sich die öffentliche Meinung über Tripolis nicht weiter erregt. Er habe dafür zu sorgen, daß keine Kundgebungen stattfinden und solche gegebenenfalls mit Waffengewalt zu verhindern.

Türkische Truppenlandung.

London, 28. September. Die „Daily Chronicle“ aus Tripolis meldet, hat der türkische Dampfer „Derna“ 100 Soldaten und mehrere Kisten Munition und Gewehre gelandet. — Viele türkische Familien hatten sich schon zur Flucht vorbereitet. Das Komitee für Einheit und Fortschritt in Tripolis hat jedoch den Türken befohlen, die Stadt unter keinen Umständen zu verlassen, nötigenfalls würden sie mit Gewalt zurückgehalten werden.

Antimilitaristische Kundgebungen.

Rom, 28. September. Die Einberufung der Reservisten des Jahres 1888 ist in den meisten Städten Italiens mit Begeisterung aufgenommen worden. In einigen Orten veranstalteten jedoch die Antimilitaristen Kundgebungen wie in Voggibondsi, wo eine große Volksmenge den Eisenbahnzug, der bestimmt war, die Reservisten aufzunehmen, erstürmte und Steine und Eisenteile auf die Schienen legte, um ein Abfahren des Zuges zu verhindern. Die Behörden sahen sich gezwungen, Truppen zur Wiederherstellung der Ruhe zu requirieren, denen es auch nach einständiger Bemühung gelang, die Volksmenge zu zerstreuen und die Ruhe wieder herzustellen.

Die Marokkoverhandlungen.

Das französische Ministerium des Aeußern gab heute mittag folgende offizielle Notiz aus: „Die von der deutschen Reichsregierung auf die letzten französischen Vorschläge vorzulegenden Abänderungsvorschläge in der Marokkoangelegenheit sind heute in Paris angelangt. Sie umfassen neue Forderungen und enthalten Vorbehalte, die eine sehr eingehende Prüfung notwendig machen.“

Diese Note ist nicht gerade sehr beruhigend. Nachdem es in der letzten Zeit immer geheißt hat, daß nur kleine redaktionelle Änderungen zu erledigen sind, sind jetzt angeblich neue Forderungen aufgetaucht. Dieses ewige Hin- und Herbewegen des Abchlusses muß angesichts der Gefahren, die die internationale Situation in sich birgt, doppelt unangenehm wirken. Der Streit um die Konsulargerichtsbarkeit, um den es sich offenbar momentan handelt, ist doch wahrhaftig nicht so wichtig, um neue Beunruhigung aufkommen zu lassen.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand schreibt uns:

Auf dem Zentrumsparlament für den Regierungsbezirk Aachen hatte, wie bereits bekannt, der Landtagsabgeordnete Dr. Vell-Aachen am Sonntag, den 17. September d. J., behauptet, daß bei den Reichstagswahlen von 1907 von maßgebender sozialdemokratischer Seite der Zentrumsfraktion ein Wahlbündnis angeboten worden sei und daß die Zentrumsfraktion einmütig das Bündnis abgelehnt hätte.

Diese Behauptungen wies der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei sofort als unrichtig zurück. Der „Volksfreund“, ein Aachener Zentrumsorgan, hielt die Behauptungen Vells jedoch unter Hinweis auf einen Brief Bebels ansrecht.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei hat hierzu bereits am 22. September erklärt, daß dieser Brief Bebels lediglich eine Antwort auf ein vertrauliches Schreiben des Abg. Müller-Fulda an den Genossen Singer war.

In einer Dortmunder Zentrumsversammlung haben darauf nach dieser Erklärung der Abg. Sittart und der Zeitungsverleger Lenzing erneut behauptet, daß das Bündnisangebot durch einen Brief Bebels an den Abg. Müller-Fulda erfolgt sei und daß der damals in Köln versammelte engere Parteivorstand der Zentrumsfraktion das Angebot glatt abgelehnt habe.

Dieses Verhalten einiger Führer des Zentrums zwingt uns nun zu einer eingehenden Darstellung der damaligen Verhandlungen.

Schon vor dem 25. Januar 1907, dem Tage der Hauptwahlen, hatte der Reichstagsabgeordnete Müller-Fulda in einem Briefe an Singer angefragt, ob er im Kreise Günfeld-Hersfeld bei einer Stichwahl mit dem Antisemiten auf sozialdemokratische Hilfe rechnen könne. Singer antwortete, daß der sozialdemokratische Parteivorstand erst nach den Hauptwahlen die Parole für die Stichwahlen ausgeben würde.

Die Stichwahlparole des sozialdemokratischen Parteivorstandes wurde bereits am 27. Januar 1907 im „Vorwärts“ veröffentlicht. Als Voraussetzung für die Unterstützung bürgerlicher Kandidaten in der Stichwahl wurde verlangt, daß der betreffende Kandidat sich verpflichte:

1. Gegen jede Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu stimmen;
2. daß er jeden Versuch, das Koalitionsrecht einzuschränken, unbedingt zurückweisen werde;
3. daß er sich gegen jedes, wie immer geartete Ausnahme-gesetz erklären werde.

Am 28. Januar erhielt Genosse Singer sodann folgenden Brief des Abg. Müller-Fulda:

„Vertraulich. Fulda, den 27. Januar 1907.“

Sehr geehrter Herr Kollege!

Den Empfang Ihres Wertes vom 21. cr. bestätige. Auf Stichwahlhilfe im Kreise Günfeld-Hersfeld-Neisenburg will ich verzichten, weil ich in diesem Kreise gegen die Antisemiten, Konserwativen, Freisinnigen und Liberalen doch nicht durchbringe.

Dagegen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die gefährdete Gesamtlage lenken. Zwar lehrt das Zentrum nicht erheblich geschwächt zurück; durch den Verlust Ihrer Partei in Sachsen, Thüringen usw. und durch das Zusammengehen der Freisinnigen mit der Reaktion erscheinen mir die Verfassungsrechte gefährdet und Zustände geschaffen, wie solche sich im Jahre 1887 nach den Wahlen ergaben, nur mit dem Unterschiede, daß solche diesmal noch rückwärts ausgenutzt werden könnten.

Daß ich hieraus die Konsequenzen ziehe, versteht sich von selbst; es fragt sich jedoch, ob das Verständnis für die Situation allseitig, besonders auch bei Ihren Leuten vorhanden ist, und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir darüber einen kurzen Bescheid an einl. Adresse (wo mich Briefe am 29. und 30. d. Mt. treffen) zukommen lassen wollten.

Hochachtungsvoll Richard Müller.“

Auf diesen Brief antwortete Singer, der damals durch Krankheit an das Zimmer gefesselt war, vorläufig nur kurz, an seiner Stelle schrieb Bebel ausführlich an den Abg. Müller-Fulda:

„Vertraulich. Berlin, den 28. Januar 1907.“

Sehr geehrter Herr!

In Ergänzung des Schreibens des Herrn Singer möchte ich Ihnen noch folgendes mitteilen. Wir sind der Ansicht, daß es bei den bevorstehenden Stichwahlen darauf ankommt, eine Mehrheit zu erhalten, die in erster Linie für die drei Punkte, die wir in unserem Aufruf für die engeren Wahlen näher bezeichnet haben, eintritt. Da Sie von den gleichen Gesichtspunkten ausgehen, sind wir bereit, in denjenigen Wahlkreisen, in denen Kandidaten Ihrer Partei anderen bürgerlichen Kandidaten gegenüberstehen und wir den Ausschlag geben, für die Kandidaten Ihrer Partei einzutreten.

Wir nehmen dabei an, daß Ihre Partei in bezug auf Wahlkreise, in denen wir mit Kandidaten anderer Parteien in Stichwahl sind und Ihre Partei den Ausschlag gibt, zugunsten unserer Partei zu entscheiden bereit ist.

Wir bitten Sie, uns mitteilen zu wollen, ob Sie und Ihre Freunde mit der dargelegten Auffassung konform gehen. Wir werden alsdann und unverzüglich mit den für uns in Frage kommenden Wahlkreisen in Verbindung setzen.

Sie wollen Ihre Antwort an Herrn Paul Singer, Berlin NW. 23, Brüdentaler 26, richten; am liebsten telegraphisch. Herr Singer konnte wegen Unwohlseins unserer Sitzung nicht beiwohnen.

Hochachtungsvoll

A. Bebel.“

Die Antwort des Abg. Müller-Fulda an Singer lautete:

„Vertraulich. Fulda, den 30. 1. 1907.“

Frankfurt a. M.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich empfang Ihre und Herrn Bebels Mitteilung vom 28. und antwortete heute früh nach Köln tel.:

„Auch wir stellen prinzipielle Bedingungen, von welchen Unterstützung abhängt.“

Vorschlag B. ist unausführbar, weil Zeit zu kurz und bereits vielfach Verabredungen bestehen auf Ihrer und unserer Seite. (Schlesien.) Ich verspreche auch nichts, was ich nicht voll erfüllen kann.

Unsere Bedingungen sind den Ihrigen ziemlich angepaßt, sie werden heute veröffentlicht und es wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß alle Ihre Kandidaten eo ipso diesen Bedingungen zustimmen, der Mißbrauch dagegen nicht.

Kann tue jeder nach bester Ueberzeugung seine Pflicht, auch ohne gegenseitige Zusicherung.

Hochachtungsvoll

Richard Müller.“

Die Stichwahlbedingungen des Zentrums, die nach dem Briefe des Abg. Müller-Fulda den unsrigen angepaßt worden sind, wurden am 29. Januar 1907 veröffentlicht und lauteten: „Den Wahlkomitees der Zentrumsfraktion zu empfehlen, nur diejenigen Kandidaten zu unterstützen, welche sich verpflichten, einzutreten:

1. für Aufrechterhaltung des geltenden Reichstagswahlrechts, gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechts, für Fortführung der sozialen Reformgesetzgebung sowie gegen jedes Ausnahme-gesetz auf politischem Gebiete;
2. für Sicherung der vollen Religionsfreiheit in allen deutschen Bundesstaaten im Sinne des Toleranzantrages und gegen jedes Ausnahme-gesetz auf religiösem Gebiete.“

Auf den Brief des Abg. Müller-Fulda vom 30. Januar antwortete Genosse Singer, daß unsere Wahlkomitees die Zentrumskandidaten entsprechend der vom sozialdemokratischen Parteivorstand ausgegebenen Wahlparole behandeln würden. Aus der Korrespondenz des Abg. Müller-Fulda mit den Genossen Bebel und Singer geht demnach hervor:

Das Zusammengehen des Zentrums und der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen ist nicht von Singer oder Bebel, sondern von dem Abg. Müller-Fulda in dem Briefe an Singer vom 27. Januar an-

geregelt worden, der in seinem Briefe ausdrücklich und von ihm selbst unterstrichen, auf die gefährdete Gesamtlage aufmerksam machte und über die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Situation informiert sein wollte.

Der Brief Bebels vom 28. Januar 1907 war also lediglich eine Antwort auf den Brief des Abg. Müller-Fulda vom 27. Januar 1907.

Die sozialdemokratische Stichwahlparole war am 27. Januar bereits im „Vorwärts“ veröffentlicht, also einen Tag, bevor der Brief des Abg. Müller-Fulda in Berlin eintraf. Dagegen sind die Stichwahlbedingungen des Zentrums, wie aus dem Briefe des Abg. Müller-Fulda vom 30. Januar hervorgeht, den sozialdemokratischen Bedingungen angepaßt worden, ohne daß Verabredungen getroffen oder von sozialdemokratischer Seite irgendwelche Zusicherungen gegeben worden waren.

So steht es also mit der glatten Ablehnung eines Zusammengehens des Zentrums mit der Sozialdemokratie.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September 1911.

Politische Falschmünzerei.

Die rühmlichst bekannten „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg scheinen den ehrenvollen Auftrag erhalten zu haben, eine feststehende Tatsache in das Gegenteil umzumünzen, und sie unterziehen sich dieser Aufgabe mit einem Eifer, der im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Geschick steht. Es handelt sich darum, daß auf dem Parteitag in Jena betont wurde, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags sei es gewesen, die zuerst, freilich ohne Erfolg, einen Antrag auf Erhöhung der Soldatenlöhnung gestellt habe. Offiziösus Schweinburg verkündet nun:

„Die Behauptung geht natürlich an der Wahrheit vorbei: Der Wunsch nach einer Aufbesserung der Mannschaftslohne wurde von sämtlichen Parteien des Reichstags ausnahmslos geäußert, ebenso hatte die Reichsregierung die Notwendigkeit einer solchen Aufbesserung anerkannt, und nur die Rücksicht auf die schwierige Finanzlage des Reiches ließ eine Erfüllung des Wunsches nicht angängig erscheinen.“

Diese Behauptung ist in dieser Form vollständig erlogen. Da diese Frage im Wahlkampf zweifellos eine Rolle spielen wird, so möge der Hergang der Sache, wie er allemäßig bewiesen werden kann, hier dargestellt werden:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission stellten den Antrag, die Soldatenlöhnung um 10 Pf. pro Tag zu erhöhen. Dieser Antrag rief bei den bürgerlichen Parteien allgemeine Verblüffung hervor, gerade weil er von der Sozialdemokratie gestellt wurde und es natürlich eine feigliche Sache war, gegen einen solchen Antrag zu stimmen. Auf Anregung der fortschrittlichen Mitglieder der Kommission einigen sich die bürgerlichen Parteien unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf eine Resolution, in der die Heeresverwaltung aufgefordert wurde, die Frage näher zu prüfen und dem Reichstage eine Vorlage zu machen. Gegen diese Verschleppung der Sache haben die Sozialdemokraten dann gestimmt. — Im folgenden Jahre, in welchem die Aufbesserung der Offiziersgehälter erfolgte, ließ die Heeresverwaltung die Absicht erkennen, den Soldaten eine Zulage von 8 Pf. pro Tag zu geben. Die Sozialdemokraten wären damit einverstanden gewesen. Schließlich aber stellte sich heraus, daß zwar für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Offiziere Deckung vorhanden war, dagegen erklärten sowohl Regierung als auch die bürgerlichen Parteien, daß man auf die Erhöhung der Soldatenlöhne verzichten müsse, weil es dafür an Mitteln fehle. Und wieder kam eine Resolution, in der den Soldaten später eine Erhöhung der Löhnung versprochen wurde, eine Resolution, die bei den wichtigen finanziellen Verhältnissen des Reiches vermutlich auf längere Zeit keine praktische Bedeutung haben wird.

Es steht also unzugweifelhaft fest, daß die erste Anregung zur Erhöhung der Soldatenlöhnung von den Sozialdemokraten ausging, daß die Sozialdemokraten bei der Beratung des Militäretats diese Forderung stets wiederholt haben und daß nur durch die Schuld der bürgerlichen Parteien die Erhöhung der Soldatenlöhnung nicht erfolgt ist. Wenn darauf hingewiesen werden sollte, daß es an den nötigen Mitteln fehlte, so hätte dem nichts im Wege gestanden, zunächst einmal die Erhöhung der Soldatenlöhnung durchzuführen und erst dann nach Maßgabe der noch vorhandenen Mittel die Gehälter der Offiziere und der höheren Beamten aufzubessern.

Eine Falschmeldung.

Zu dem Bericht über die Rede des englischen Marineministers Mac Kenna erklärt das Wolffsche Telegraphenbureau:

Verschiedene Berliner Zeitungen haben, alle aus der gleichen Quelle, über eine Rede des englischen Marinestaatssekretärs Mac Kenna vom 26. d. M. einen Bericht wiedergegeben, in dem von Einschüchterungsversuchen Deutschlands usw. gesprochen wird. Auf eine von uns darüber nach London gerichtete Anfrage erhalten wir von dort von berufener Stelle den telegraphischen Bescheid, daß Mac Kenna kein Wort gesagt habe, das der betreffenden Stelle des erwähnten Berichts irgendwie ähnlich sei. Der Marinestaatssekretär habe in seiner Rede überhaupt weder auf Marokko noch auf Deutschland noch auf die auswärtigen Angelegenheiten irgend welchen Bezug genommen. Auch die Londoner Morgenblätter vom 27. d. M. enthalten übrigens von den Mac Kenna in dem oben erwähnten Berichte zugeschriebenen Äußerungen über Deutschland kein Wort. Man hat es dabei augenscheinlich mit einer glatten Erfindung zu tun.

Der Bericht stammt vom „Preßtelegraphen“. Es ist nicht das erste Mal, daß diese Agentur Sensationsnachrichten verbreitet, die sich später als falsch herausstellen. Die letzte Leistung ist aber schon ein ganz ungewöhnliches Stück.

Verdienen wird groß geschrieben.

Die Zechenbesitzer des Ruhrreviers beschäftigen seit Jahren mit Vorliebe ausländische Arbeiter, die sie in großen Massen durch Agenten heranschleppen lassen. Der Grund, der sie dazu veranlaßt, ist das Bestreben, das Angebot an Arbeitskräften zu vermehren, und auf diese Weise die Löhne der Bergarbeiter möglichst niedrig zu halten. Daß die Zechenbarone der Vorteil zu ihrem „patriotischen Handeln“ treibt, bestätigt auch das Organ des deutschen Steigerverbandes, das in seiner letzten Nummer folgende interessante Berechnung aufstellt:

„Die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, Privatbesitz von Thyssen, beschäftigt auf ihren Zechen zirka 14 000 Mann. Nun ist auf den einzelnen Anlagen der Zechen „Deutscher Kaiser“ die Beleg-

Schaft noch vermehrt werden und zwar um jährlich circa 1000 Mann. Durch Transporte sind aber ungefähr 2000 bis 2500 Mann, das ist das Doppelte, herangeholt worden, die pro Mann circa 50 M. kosten. Das ergibt eine Summe von circa 112 500 M. Infolge des Ueberangebotes von Arbeitern konnten aber die Löhne aller Wahrscheinlichkeit nach um 10 Pf. pro Schicht, vielleicht sogar noch mehr, niedriger gehalten werden, als sie normaler Weise sein müßten, um das Abfluten von Arbeitern zu verhindern. Diese 10 Pf. pro Schicht ergeben bei 14 000 Mann Belegschaft und 300 Schichten pro Jahr 420 000 M. weniger an Arbeitslöhnen. Den 112 500 M. Ausgaben stehen also 420 000 M. Ersparnisse gegenüber. Das ist ein Geschäft!

Noch viel besser liegt die Sache für die Familienschen Zechen. Der Familie Daniel gehören im Duisburger Bezirk die Zechen „Rheinpreußen“ und „Reumühl“; ferner ist der Aufsichtsratsvorsitzende der „Gutehoffnungshütte“ ein Mitglied der Familie Daniel und auch im Aufsichtsrat der Zechen „Konfordia“ ist sie vertreten. Die Familie Daniel beschäftigt auf diesen Zechen 32 000 Mann. Während nun die Zechen „Deutscher Kaiser“ in den letzten Jahren ihre Belegschaften noch vergrößert haben, was die Arbeitertransporte verständlich macht, haben verschiedene der vorher genannten Anlagen ihre Belegschaften verringert. Z. B. „Rheinpreußen“ und „Konfordia“. „Reumühl“ hat schon einige Jahre die gleichbleibende Höhe und nur die „Gutehoffnungshütte“ hat die Zahl der Arbeiter erhöht. Aber nicht nur die „Gutehoffnungshütte“, nein, auch die Zechen „Konfordia“ holt fortwährend Leute aus andern Bezirken heran. Hier liegt der Zweck, die Löhne niedriger zu halten, offen zutage.

Durch die Leutetransporte wird es nun gelingen, den Lohn pro Schicht um den bereits bei der Zechen „Deutscher Kaiser“ angenommenen Betrag von 10 Pf. niedriger zu halten. Das ergibt für die 32 000 Mann pro Jahr 960 000 M. Lohnersparnis. Wahrscheinlich ist es noch viel mehr. — Die Kosten, die dagegen die Arbeitertransporte erfordern, sind verschwindend gering.

Unehrliche Kolonialreflexe.

Auf der ersten Tagung der „Ständigen wirtschaftlichen Kommission der Kolonialverwaltung“ hielt der Staatssekretär von Lindquist einen Vortrag, in dem er versuchte, ein richtiges Bild von der Handelsentwicklung unserer Kolonien zu geben. Auch die neueste Handelsstatistik, behauptete er, gebe wieder ein günstiges Bild. Der Handel unserer Kolonien habe sich gegenüber dem Jahre 1909 im Jahre 1910 um 54 Millionen gehoben, so daß der Gesamthandel mit unseren Kolonien Ostafrika, Kamerun, Südwestafrika, Togo, Samoa, Deutsch-Neu-Guinea und dem Inselgebiet nunmehr 22 Millionen Mark betrage.

Leider hat der Herr Staatssekretär mitzuteilen dergleichen, wie groß denn der Gesamthandel Deutschlands in diesen deutschen Kolonien ist. Denn für unsere Kolonialpolitik kommt ja nicht der Handel in Betracht, den andere Staaten mit diesen deutschen Kolonien unterhalten, sondern der Handel Deutschlands. Wenn wir selbst das Verfaulnis nachholen, so ergibt sich auf Grund der Angaben des vom Kaiserlich Statistischen Amt herausgegebenen „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich“ vom Jahre 1911, daß die gesamte Ausfuhr Deutschlands nach diesen Kolonien nur 50 Millionen beträgt. Sogenüber der Ausfuhr Deutschlands nach den deutschen Kolonien im Jahre 1909 macht das eine Zunahme von nicht mehr als 10 Millionen Mark. Da sich aber die deutsche Gesamtausfuhr in dem betreffenden Jahre um 880 Millionen vermehrt hat, ergibt sich, daß die deutschen Kolonien nur den 88. Teil der Vermehrung der deutschen Ausfuhr verursacht haben. Und dafür hat das Deutsche Reich diesen Kolonien einen baren Zuschuß von circa 20 Millionen gewähren müssen, ganz abgesehen von den riesigen Ausgaben für die Marine, die auf das Konto der deutschen Kolonialpolitik zu sehen sind!

Um 10 Millionen also hat sich in dem einen Jahre die deutsche Ausfuhr nach den deutschen Kolonien gehoben. Dabei aber hat sich die Ausfuhr nach einer Reihe ausländischer Kolonien, nämlich Britisch-Indien, Niederländisch-Indien, Canada, Britisch-Südafrika, Ägypten, asiatische Türkei, Britisch-Westafrika, Portugiesisch-Ost- und Westafrika, Französisch-Westafrika, Australien und Neuseeland um nicht weniger als 73 Millionen gehoben!

Man sieht also erstens, daß der Kolonialhandel gegenüber dem Handel mit selbständigen Staaten nur eine ganz minimale Rolle spielt, da nämlich die deutsche Ausfuhrvermehrung nach den Kolonien, auch den nichtdeutschen, überhaupt nur knapp den elften Teil der Ausfuhrvermehrung beträgt, und zweitens, daß von der Ausfuhrvermehrung nach den Kolonien wiederum nur knapp der achte Teil auf unsere deutschen Kolonien entfällt, für die wir bereits direkt und indirekt mehrere tausend Millionen Mark ausgeben haben!

Das sind Zahlen, die auch der Staatssekretär von Lindquist bei gewissenhafter Darlegung der Verhältnisse nicht hätte verschweigen dürfen. Das ist ihm freilich nicht eingefallen, weil diese Zahlen natürlich alles andere gewesen wären als eine Empfehlung für unsere aberwitzige Kolonialpolitik!

Verlegenheits-Renommisterei.

Die „Kreuzztg.“ entrüstet sich über das Urteil, das englische Blätter über die deutsche Armee abgeben. Unter anderem aber folgende Stelle:

„Fürcht (!) und nicht etwa persönliche Ergebnisse ist das Leitmotiv in der deutschen Armee. Ein drakonisches Straßensystem ist an die Stelle der Weisheit und des Rohrtods der Anstaltsdirektoren Friedrichs des Großen getreten. Schweinehund“ und „Wiel“ sind Lieblingsanredeformen, deren sich die Offiziere Wilhelm II. der Mannschaft gegenüber bedienen. Wo der französische Offizier etwa „Meine Kinder“ sagen würde, poltert der deutsche Offizier „Verdammt sei!“ In subordination wird mit härtesten Strafen bedacht. Der Unteroffizier hingegen, der sich Mißhandlung eines Untergebenen zu Schulden kommen ließ, wird zu ein paar Tagen Festungshaft verurteilt, die in einzelnen Fällen nichts als ein unfreiwilliger Urlaub, eine Erholung ist.“

Die „Kreuzztg.“ weiß gegen diese Darstellung nichts Geringeres zu sagen, als daß sie wieder den alten anekdotischen Schwindel auffrischt, daß Admiral Seymour bei dem Sturm auf die Takusforts „the Germans to the front“ kommandiert habe. An dem Sturm auf die Takusforts, der am 17. Juni 1900 stattfand, war Admiral Seymour überhaupt nicht beteiligt. Seymour hatte nämlich bereits am 10. Juni mit einem aus Engländern, Deutschen, Russen, Franzosen, Amerikanern, Japanern, Italienern und Oesterreichern bestehenden Korps von 2000 Mann den Zug zum Entsch des belagerten Festung angetreten. Die Geschichtskennntnis der „Kreuzztg.“ sieht also schon aus diesem Grunde auf recht schwachen Füßen. Nun soll ja aber auch bei den Kämpfen des Expeditionskorps, das Seymour wirklich kommandierte, gerade in den gefährlichsten Situationen der Befehl gegeben worden sein, die Deutschen vor die Front“. Da die Deutschen nach den Engländern den bei weitem stärksten Teil der Expedition bildeten, liegt in der Natur der Sache, daß ein solcher Befehl in der Tat wiederholt gegeben werden mußte. Und zweifellos haben die deutschen

Truppen in solchen Fällen ihre volle Schuldigkeit getan. Jedoch ist es eine lächerliche Geschmacklosigkeit und Ruhmredigkeit, aus einer solchen Selbstverständlichkeit besondere Ruhmestaten gerade für die deutschen Truppen herleiten zu wollen. Wir haben denn auch bereits früher festgestellt, daß den deutschen Truppen schon deshalb keine besonderen Bravourleistungen zugemutet sein können, weil nach Ausweis der offiziellen Verlustlisten das deutsche Detachement keineswegs die höchsten Verlustziffern aufzuweisen hatte! Wären aber die deutschen Truppen besonders exponiert worden, so würde sich das doch zweifellos in den Verlustziffern kund getan haben, zumal die dem Expeditionskorps gegenüberstehenden chinesischen Truppen auch artilleristisch modern bewaffnet waren und keineswegs schlecht schossen. Die Renommisterei mit dem Seymourischen Wort „Germans to the front“ sollte also wirklich endlich einmal aufhören.“

Daß sich die „Kreuzztg.“ freilich, statt auf die Darstellung der englischen Presse sachlich einzugehen, mit solchen Renommistereien herauszuhelfen versucht, ist nur zu begreiflich. Denn eine sachliche Widerlegung wäre selbst der „Kreuzztg.“ schwer gefallen!

Aufgehobenes Verbot eines Maiaufzuges.

Für den 1. Mai 1910, bekanntlich einen Sonntag, hatte der Schlosser Fischer in Brandenburg a. H. beim Amtsvorsteher für Wilhelmshorst die Genehmigung für einen Festzug der Brandenburger Gewerkschaften nachgesucht. Der Durchzug durch Brandenburg war bereits genehmigt. Der Zug, der um 7 Uhr früh beginnen und um 11 Uhr sich vom Ziel, dem „Neuen Krug“ zu Wilhelmshorst, sich wieder nach Brandenburg bewegen sollte, wurde auch für das Wilhelmshorster Gebiet vom Amtsvorsteher genehmigt. Dieser zog dann aber die Genehmigung auf „Anweisung höherer Ortes“, wie er sich ausdrückte, zurück, mit einfachem Hinweis auf § 7 des Vereinsgesetzes.

Vergeblich beschwerte sich Fischer beim Landrat des Kreises Juchacz-Weiß. Auch eine weitere Beschwerde wurde vom Regierungspräsidenten in Potsdam abgewiesen, aber nicht mehr mit Rücksicht auf § 7 des Vereinsgesetzes, sondern mit Bezugnahme auf die Verordnung des Oberpräsidenten vom 4. Juli 1898, betreffend die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage. Derselbe öffentliche Versammlungen und Aufzüge, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, sind demnach am Bußtag, Karfreitag usw. überhaupt nicht, an den übrigen Sonn- und Feiertagen erst nach der Zeit des Hauptgottesdienstes gestattet. Diese Vorschrift sei noch gültig auch unter dem Reichsvereinsgesetz, da dessen § 24 bestimme: „Unberührt bleiben: die Vorschriften des Landesrechts zum Schutze der Sonn- und Feiertage; jedoch sind für Sonn- und Feiertage, die nicht zugleich Festtage sind, Beschänkungen des Versammlungsrechts nur bis zur Beendigung des vormittägigen Hauptgottesdienstes zulässig.“

Hier habe es sich um einen Sonntagvormittag gehandelt, meinte der Regierungspräsident weiter; es sei deshalb das Verbot (Rücknahme der Genehmigung) wegen der Vorschriften über die Sonntagheiligung gerechtfertigt. Das Verbot auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes lasse sich nach dem Ergebnis eingehender Ermittlungen nicht aufrecht erhalten. Die Verbotsverfügung selber müsse aber aus obigen Gründen bestehen bleiben.

Fischer klagte nun gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, vor dem ihn am 26. September Rechtsanwalt Dr. Karl Lieblincht vertrat. Dieser machte dreierlei geltend. Erstens sei die Verbotsverfügung des Amtsvorstehers, weil nicht mit Gründen versehen, ungültig. Zweitens müßte sie schon deshalb außer Kraft gesetzt werden, weil sie sich auf § 7 des Vereinsgesetzes berufe, der Regierungspräsident diese Sätze aber gänzlich aufgegeben. Wenn er eine andere Rechtsnorm, die Sonntagsvorordnung (die allerdings Geltung habe), als Stütze für die Verfügung der unteren Behörde heranziehe, so müßte das als unzulässig erachtet werden. Schließlich aber stehe obenein noch fest — laut amtlichen Bericht — daß für Wilhelmshorst überhaupt keine Zeit für einen regelmäßigen Hauptgottesdienst festgesetzt sei. In Wilhelmshorst sei zwar eine Kirche, sie werde aber nur gelegentlich mal benutzt und dann von Brandenburger Pfarrern kirchlich versorgt.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt, hob den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die darin aufrecht erhaltene Verbotsverfügung außer Kraft. Gründe wurden leider nicht verkündet.

Vom „Mittelstand.“

Die Kostgänger des Kapitalismus versuchen durch statistische Auskünfte den Nachweis zu liefern, daß das Kapital durchaus nicht das von den Sozialdemokraten betonte Bestreben der Konzentration zeige, wobei auf die „vielen“ „Mittelstands“existenzen hingewiesen wird. Was es mit diesem „goldenen Mittelstand“ auf sich hat, ist oft nachgewiesen worden. Hier ein weiteres Bild.

In einem Streit zwischen dem Magistrat in Dortmund und dem Gemeindevorstand in Warop (einem Vorort Dortmunds) wurden von dem Vertreter der Gemeinde Warop (in dem vorwiegend die Kohlenindustrie vertreten ist) vor dem Bezirksauschuß auch die Einkommensverhältnisse der Gewerbetreibenden in Warop erörtert. Danach hat Warop im ganzen 37 Gewerbetreibende, zwei davon haben ein Einkommen von 3000 M., fünf ein Einkommen bis zu 2000 M. und die übrigen 30 nur ein Einkommen bis zu 1600 M. Bis zu 1000 M. wie weit das Einkommen in einzelnen Fällen unter 1000 M. sinkt, wurde nicht angegeben.

Das Beispiel zeigt, was es vielfach mit dem „selbständigen“ „soliden“ „Mittelstand“ auf sich hat.

Einkünfte.

In den letzten Tagen wurden die neuesten diplomatischen Veränderungen lebhaft erörtert, und zwar am deswillen, weil der Posten eines preussischen Gesandten in Dresden und der eines Militärattachés in München neu besetzt worden sind. Ueber die diplomatische Tätigkeit der preussischen, bayerischen und württembergischen Gesandten in Berlin, München, Stuttgart usw. verliert man am besten kein Wort, denn es dürfte schwer halten, auch nur einen Anhalt für eine wirkliche Tätigkeit dieser Herren zu finden. Es sind einfach Repräsentationsstellen, die dem Volke außerordentlich viel Geld kosten und über die im besten Falle höchstens Wisse gemacht werden. Was aber ein Militärattaché Preußens in München soll, das ist überhaupt nicht zu begreifen. So lange es ein stehendes Heer im heutigen Sinne gibt, ist es vom militärischen Standpunkt aus zu begreifen, wenn Militärattachés in den ausländischen Staaten unterhalten werden. Bayern ist aber ein Bestandteil des Deutschen Reiches und kann deshalb auch Preußen gegenüber nicht als ausländischer Staat angesehen werden. Nach dem Friedensschluß im Jahre 1871/72 ist allerdings bestimmt worden, daß Preußen einen Militärattaché in München unterhalten soll, der sich zu vergewissern habe, ob die Ausbildung der bayerischen Armee auch auf der gleichen Höhe stehe, wie die der übrigen deutschen Armeeteile. Heute hat das natürlich keinen Sinn mehr, weil gemeinsame Reglements bestehen, die im preussischen Kriegsministerium aufgestellt und von den Kriegsministerien in Dresden, Stuttgart und

München einfach kopiert werden. Ein bayerischer Prinz ist sogar Armeesinspektor und inspiziert in dieser Eigenschaft preussische Truppenteile. Unter diesen Umständen wäre es an der Zeit, die bei der Gründung des Reiches getroffene Bestimmung zwischen Preußen und Bayern einfach zu streichen und damit die völlige Beseitigung des preussischen Militärattachés in München herbeizuführen. Selbst Blätter vom Schlage der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ sehen sich bemüht, darauf hinzuweisen, daß solche Ernennungen geradezu Lächerlichkeit herausfordern.

Belgien. Gegen die Zensur.

Brüssel, 28. September. Der Kabinettschef hat sich vom dem Sekretär der sozialistischen Kammergruppe verschiedene Punkte mitteilen lassen, die über die Lebensmittelerzeugung zur Sprache kommen werden. Die Sozialisten verlangen u. a., die Einfuhrung argentinischen Fleisches zu gestatten, Herabsetzung oder Abschaffung der Zölle auf Lebensmittel, ebenso Abhilfe gegen die Viehkrankheiten, Herabsetzung der Frachtsätze für Viehfutter, sowie noch verschiedene andere Maßregeln zur Besserung der notleidenden landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Amerika. Ein interessanter Zwischenfall.

New York, 18. September. (Fig. Ver.) Was man für unmöglich gehalten, ist Wahrheit geworden: Samuel Gompers, Präsident der American Federation of Labor (des amerikanischen Arbeiterbundes) und im Nebenamt verbriefener Sozialwissenschaftler, hat sich aus einem Saulus in einen Paulus umgewandelt. In der Stadt Los Angeles, Kalifornien, trat er in einer von 5000 Personen besuchten Versammlung offen für Job Harriman, den Mahors- (Bürgermeister-) Kandidaten der sozialistischen Partei ein. „Die Arbeiter“, rief Gompers aus, „sind geehrt da denn je zuvor; sie bekundeten ihre Entschlossenheit, sich politisch Geltung zu verschaffen, indem sie als Kandidaten Männer aufstellten, die alle Stimmen auf sich zu vereinigen vermögen. Ursprünglich mag diese Einigkeit als Protest gedacht gewesen sein, aber jetzt hat sie etwas weit Höheres zu bedeuten. Das Resultat wird sich in dem triumphierenden Siege Harrimans und seiner Mitkandidaten offenbaren.“

Wenn man so hört, könnte leidlich gut erscheinen. Aber tags zuvor hatte Gompers in San Francisco eine Wahlrede gehalten, in der er nicht minder warm die Kandidatur des dortigen Mahors- (Bürgermeister-) Kandidaten, der ein entschiedener Gegner des Sozialismus ist und sich um seine Wiederwahl bewirbt.

In Los Angeles gehörte Gompers nur dem ehernen Gebote der zwingenden Not, nicht dem eigenen Triebe. Dort sind bekanntlich die Gewerkschaftsführer John J. McRamara und J. B. McRamara eingekerkert unter der Anklage, im Oktober letzten Jahres das Gebäude der „Los Angeles Times“ in die Luft gesprengt und dabei einen neugeborenen Knaben getötet zu haben. Die Verschwörung der Kapitalisten, die Brüder McRamara dem Ganges zu überantworten und zugleich mit ihnen die Trades Unions (Gewerkschaften) zu erwürgen, hat die Gewerkschafter veranlaßt, mit der sozialistischen Partei zusammenzugehen und deren Kandidaten bei der bevorstehenden Kommunalwahl zu unterstützen. So kam es, daß Gompers bei seinem Besuche in Los Angeles für den sozialistischen Mahors-Kandidaten Job Harriman, der einer der Verteidiger der Brüder McRamara ist, in öffentlicher Rede einzutreten gezwungen war. Seinen bisherigen Standpunkt: „Nur keine Politik in den Gewerkschaften“ gibt Gompers nicht auf. Morgen schon mag er anderwärts ebenso heftig gegen die Sozialisten wehren, wie er vorher eifrig Harriman gelobt. Die Gomperssche Rede ist nur ein Zwischenfall, der zwar interessant genug ist, um registriert zu werden, an der allgemeinen Situation in denselben nichts ändert.

Soziales. Landflucht.

Eine massenhafte Abwanderung aus dem Osten nach dem Westen, die Landflucht und die dadurch bedingte Leutenot für gewisse Zeiten des Jahres, in denen mehr Arbeitskräfte verlangt werden, muß als naturgemäße Folge der Saisonarbeit im Großbetrieb und so empörender niedriger Löhne insbesondere dann eintreten, wenn noch eine Reihe anderer vom Großgrundbesitzer verschuldeter Momente hinzutreten, die den Lohn künstlich niederschalten, sowie die Möglichkeit anderer Arbeit im Junkergebiet erschweren, und wenn Ausnahmegesetze den Landarbeiter in ein Hörigkeitsverhältnis zwingen.

Die Wanderung vom Osten nach dem Westen gleicht einer Völkerverwanderung innerhalb Deutschlands. Jahraus, jahrein strömen Scharen von dem Osten, der seinen Bewohnern nicht mehr genügende Nahrung gibt und sie in menschenunwürdiger Lage läßt, nach dem Westen. Diese Entvölkerung des Ostens wird natürlich vorläufig noch nicht voll erfährt. Ein ungefähres Bild von ihr gibt zunächst eine Verarbeitung der amtlichen Ergebnisse des Censustauschens der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien im Jahre 1900 ist im Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes vom Jahre 1910 erschienen. Sie weist folgende Ergebnisse auf: Aus den fünf Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien wanderten in dem einen Jahre 1900 insgesamt 533 558 Arbeiter nach anderen Provinzen ab. Zieht man die Zahl derjenigen Arbeiter ab, die aus einer der genannten Provinzen in die andere zog (z. B. von Ost- nach Westpreußen), so bleiben 412 684 Arbeiter übrig, die in dem einen Jahre 1900, die aus den fünf vom Junkertum unter teilweiser Mitwirkung des Zentrums beherrschten Provinzen nach dem Westen ziehen mußten, um Nahrungsmöglichkeit und Arbeitsgelegenheit für sich und die ihrigen zu finden. Wie stark dieser Strom ist, zeigt auch ein Blick darauf, welche gewaltige Menge aus den fünf Provinzen nach Westfalen und der Rheinprovinz gezogen ist. In dem Jahre 1900 sind aus den fünf genannten ostpreussischen Gebieten fortgezogen und in Westfalen und der Rheinprovinz in Arbeit getreten:

	Aus	nach Westfalen	nach der Rheinprovinz
Ostpreußen	11 408	11 488	
Westpreußen	7 828	9 972	
Pommern	1 512	2 502	
Posen	9 967	11 966	
Schlesien	5 886	9 949	
Insgesamt	36 009	45 877	

Hierbei sind nur diejenigen Arbeiter gezählt, die im Jahre 1900 direkt aus einer der fünf ostpreussischen Provinzen nach Westfalen oder der Rheinprovinz entflohen sind, nicht diejenigen, die eine Zwischenstation (etwa in Brandenburg oder Hannover) gemacht und dann weiter gewandert sind. Der Zug nach den fünf junkerlichen Gebieten ist natürlich ein bedeutend geringerer. Nach ihnen sind aus Westfalen insgesamt 3801, aus der Rheinprovinz 3549 gewandert. Die übergroße Zahl der aus diesen fünf Provinzen Abgewanderten kehrt nach ihnen nicht mehr zurück.

Die Berufszählung vom Jahre 1907 läßt berechnen: wieviel Personen waren am 12. Juni 1907 aus den genannten Gebieten mehr abgewandert, als nach diesen aus anderen gezogen sind? Die Anzahl der Mehrabgewanderten aus diesen Provinzen beträgt nahezu eine Million, nämlich 983 312, und zwar für Ostpreußen 256 022, für Westpreußen 148 834, für Pommern 120 797, für Posens 217 033 und Schlesien 221 726.

Die gewaltige Völkerverwanderung aus dem Osten nach dem Westen setzt besonders scharf etwa seit dem Jahre 1900 ein und nimmt von Jahr zu Jahr zu.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma P a h l i s c h - Berlin, Schneidemaschinen, stehen sämtliche dort beschäftigten Arbeiter im Streik. Die Streikenden hatten der Firma Forderungen in Form eines Tarifes unterbreitet, wie solche schon in dieser Branche (Schneidemaschinen) in Berlin bestehen. Die beauftragte Kommission wurde von Herrn Pahlisch von einem zum anderen Tage vertagt. Als die Kommission dann endgültige Antwort verlangte, ging Herr Pahlisch auf Reisen. Als Herr Pahlisch zurückkam, wurde von dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes angefragt, ob die Firma zu Verhandlungen bereit sei. Herr Pahlisch, der selbst am Telefon war, antwortete, daß er sich erst die Forderungen einmal durchsehen müsse (die Forderungen waren schon über eine Woche in Händen der Firma), der Organisationsvertreter solle am anderen Tage noch einmal anrufen. Dies geschah. Die Antwort war, daß Herr Pahlisch verreist sei.

Alle Anstrengungen des Herrn Pahlisch, in Berlin Arbeitswillige zu bekommen, nützen nichts, weil die Hinweggehenden wohl hohe Bezahlung verlangen, in Leistungen aber hierzu in keinem Verhältnis stehen. Jetzt sucht die Firma in Provinzialblättern Arbeitswillige. Deshalb werden die Metallarbeiter allerorts erjucht, strikte Solidarität zu üben und alle Angebote der Firma zurückzuweisen resp. auf deren Inserate nicht zu reagieren.

Achtung, Steinarbeiter! Der Kampf gegen das Zwischenmeisterstystem ist in ein neues Stadium getreten, nachdem unser Bestreben, die bloße Einhaltung des Tarifes als Abwehrmittel gegen Verschlechterungen unserer Arbeitsverhältnisse zu benutzen, den erwarteten Erfolg nicht gebracht hat. Einmütig beschloß die Versammlung vom 27. d. M., die Firma Jüngers u. Schille, Rixdorf, Geschäft für steinmetzmäßige Kunststeinbearbeitung, zu sperren. Die Schäden des Zwischenmeisterstystems traten bei dieser Firma am kräftigsten in Erscheinung, weshalb bei ihr der offene Kampf begonnen wurde. Weitere, andere Zwischenmeister betreffende Maßnahmen behalten wir uns vor, erjuchen jedoch die bei Zwischenmeistern arbeitenden Kollegen jebe, auch die kleinste, Klage in unserem Verbandsbureau, Engelauer 15 I, Zimmer 7a Telefonamt 4, 11 371, vorzubringen. Die übrigen Kollegen sowie die Bauarbeiter anderer Verufe erjuchen wir, ihr Augenmerk streng auf Kunststeinarbeiten zu richten und uns Mitteilung zugehen zu lassen, falls obige Firma an irgend einem Bau Leute beschäftigt. Augenblicklich kommt der Bau T e h e, Alexanderplatz, in Frage.

Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Aus dem Holzarbeiterverband.

Nachdem sich die Zahlstellen, welche vordem in einigen Vororten bestanden, der Zahlstelle Berlin angeschlossen haben, besteht nun noch die Zahlstelle Charlottenburg als einzige selbständige Verbandsorganisation neben der Zahlstelle Berlin. Charlottenburg hat sich bisher nicht zum Anschluß an Berlin bewegen lassen. Gestützt auf einen Beschluß des Verbandstages, wonach sich die Zahlstellen eines zusammenhängenden Wohngebietes zu einer Zahlstelle zusammenzuschließen haben, hat der Verbandsvorstand verfügt, daß sich Charlottenburg bis zum 1. Juli d. J. an Berlin anzuschließen hat. Auf eine Beschwerde der Zahlstelle Charlottenburg hat der Verbandsausschuß beschlossen, daß die Verschmelzung bis zu dem obengenannten Datum noch nicht erfolgen braucht, sondern über die bestehenden Differenzen mit dem Hauptvorstand und der Berliner Verwaltung weiter verhandelt werden soll. Solche Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden aber noch nicht zur Erledigung der Angelegenheit geführt. Der Hauptvorstand verlangt nun, daß der Anschluß und die Erledigung der Differenzen bis zum 1. Januar erfolgen muß. Neuerdings haben die Vertrauensmänner der Zahlstelle Charlottenburg zu der Sache Stellung genommen und für den Anschluß an Berlin folgende Bedingungen gestellt: Aufhebung des Delegiertenstystems zu der Berliner Generalversammlung und Übertragung der Beratungen und Beschlußfassungen auf die Bezirksversammlungen. Einführung der Urabstimmung für alle wichtigen Angelegenheiten. Im paritätischen Arbeitsnachweis soll entweder das Obligatorium aufgehoben werden, oder den Arbeitsnachweis soll dasselbe Recht gewährt werden, wie den Unterehnehmern, die Arbeiter auf anderem Wege einstellen können, wenn sie die verlangten Kräfte vom Arbeitsnachweis in 24 Stunden nicht bekommen können. Die Arbeit soll nach der Reihe der Einzeichnung vergeben werden, auch wenn der betreffende Arbeiter auf dem Nachweis nicht anwesend ist. Es soll nicht verlangt werden, daß jeder Verbandsfunktionär politisch organisiert sein muß.

Diese von den Vertrauensmännern aufgestellten Bedingungen wurden am Mittwoch in einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Charlottenburg diskutiert. Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen der Vertrauensmänner einverstanden und beauftragte ihre Vertretung, in diesem Sinne mit der Zahlstelle Berlin nochmals zu verhandeln.

Tarifbewegung der Militärsattler.

Am 30. September dieses Jahres tritt der Kündigungstermin ein, der Tarif selbst läuft am 30. März nächsten Jahres ab. Die lange Kündigungsdauer besteht deshalb, weil im Herbst die Submissionen für das laufende Jahr schon stattfinden. Die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen entsprechen den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr. Eine niedrige Kommission hat deshalb einmütig die Ansicht ausgesprochen, daß der alte Tarif geändert werden müsse und einen neuen Tarif ausgearbeitet, dessen wichtigste Forderungen lauten:

Sämtliche Futaten, wie Faden, Wachs, Nägel, Maschinennadeln und dergl. sind vom Arbeitgeber zu stellen oder werden bei Handnäheri mit 4 Proz. des Arbeitslohnes vergütet. Arbeiten, welche in geringeren Mengen als im Betrage von 5 M. Arbeitsverdienst ausgegeben werden, sind mit 10 Proz. Aufschlag auf die festgesetzten Stücklöhne zu bezahnen. Seimarbeiter und Zwischenmeister dürfen für deutsche Militärlieferungen nicht beschäftigt werden. Für Ausrüstungsgegenstände, die im Tarif nicht aufgeführt sind, werden die Löhne mit der Werkstatt resp. mit der Schlichtungskommission vereinbart. Die Akkordsätze der in den Betrieben angefertigten Spezialartikel müssen bei Einführung dieses Tarifes einer Revision unterzogen werden. Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden die Woche. Für Überstunden ist ein Lohnzuschlag zu gewähren und zwar für die erste Stunde 10 Pf., für die zweite Stunde 15 Pf., für weitere Stunden und für Sonntagarbeit 20 Pf. pro Stunde. Entlassungen wegen Mangel an Arbeit unter der Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten, sollen erst dann stattfinden, wenn die Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich verkürzt worden ist. Die auf Zeitlohn beschäftigten Arbeiter erhalten, sofern dieselben 20 Jahre alt sind, einen Mindestlohn von 55 Pf. die Stunde, auf die bestehenden Löhne erfolgt ab 1. April 1912 eine Zulage von 5 Proz. Gesetliche Feiertage, die auf Wochenlohn fallen, werden den auf Zeitlohn beschäftigten Arbeitern entsprechend ihres Lohnes bezahlt.

Eine zum Mittwoch einberufene Versammlung, die sehr stark besucht war, stimmte gegen 4 Stimmen der Kündigung des Tarifes zu. Die Kündigung wird den Fabrikanten mit dem neuen Tarifentwurf am 30. d. M. zugestellt. Die Versammlung war mit dem Tarif einverstanden.

Deutsches Reich.

Drohende Aussperrung der Tabakarbeiter in Westfalen.

Der Verband Westfälischer Zigarrenfabrikanten in Herford berandte am Dienstag folgende Notiz an sämtliche Zeitungen Westfalens und der beiden Lippe:

„Im westfälisch-lippischen Tabakindustriebezirk hat seit einiger Zeit eine von den Arbeiterorganisationen planmäßig betriebene Bewegung eingesetzt. Bei einer größeren Zahl von

Fabrikanten sind Forderungen auf Erhöhung der Löhne gestellt worden. Angesichts ihrer Geschäftslage haben diese erklärt, den Forderungen nicht oder nur teilweise entsprechen zu können. Daraufhin haben die Arbeiter den Streik beschlossen und sind bereits bei einigen Fabrikanten, zum Teil unter Vertragsbruch, in Streik getreten. Mit dieser Sachlage hat sich der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband in seiner heutigen (25. September) außerordentlichen Generalversammlung zu Herford beschäftigt und nach allseitiger Aussprache festgestellt, daß bei dem allgemein unbefriedigenden Geschäftsgange der Zigarrenindustrie die höheren Lohnforderungen nicht erfüllt werden können. Zugleich beschloß der Verband, seinen von den organisierten Arbeitern angegriffenen Mitgliedern beizustehen und allen organisierten Arbeitern am 30. September zu kündigen, falls nicht zum 28. September die von den Arbeitern ausgesprochenen Forderungen zurückgenommen und die eingestellten Arbeiten wieder aufgenommen sind. Den nicht-organisierten Arbeitern, die sich von der Bewegung fernhalten, beschloß der Verband wirksamen Schutz zu gewährleisten.“

Dem Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbande gehören fast alle größeren und mittleren Zigarrenfabrikanten von Westfalen, Lippe und dem angrenzenden Hannover an, sowie Bremer und Hamburger Fabrikanten, die in diesem Gebiete Filialbetriebe unterhalten. Die Verbandsmitglieder beschäftigen rund 22 000 Arbeiter, von denen etwa ein Drittel organisiert ist, zum weitestgrößten Teile in der freien, zum kleineren in der christlichen Gewerkschaft und einige wenige im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein.

Zu den Differenzen auf der Karlschütte.

Die „Karlschütte“ in Rendsburg-Lüdelndorf, auf der die Form- und Gießereiarbeiter gekündigt haben, weil sie sich nicht in den gelben Werkverein hineinzwingen lassen wollen, versendet jetzt eine Liste, die die Namen der Arbeiter, die gekündigt haben, enthält, mit folgender Bemerkung:

„Begen angeblicher Maßregelung einiger Kollegen hat heute (23. September) eine Massenkündigung nachstehender Arbeiter bei uns stattgefunden. Wir bitten, wenn sich Leute bei Ihnen melden, nach den Vorschriften Ihres Arbeitgeberverbandes zu verfahren, von dem Sie auch weitere Nachrichten zu erwarten haben.“

Es fragt sich, ob die übrigen Fabrikanten, die bisher unter der Konkurrenz der „Karlschütte“ zu leiden hatten, dieser jetzt in ihrer Wehrangst Hilfe leisten werden.

Jetzt werden auch schon die sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen“ gegen die Arbeiter in Anwendung gebracht. Durch Postkarten, die den Arbeitern eingeschrieben gehen, werden ihnen die bisher innegehabten Werkwohnungen wie folgt gekündigt:

„Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß infolge der auf den 7. Oktober lautenden Arbeitskündigung auch der mit Ihnen geschlossene Dienstwohnungsvertrag gemäß § 2 Absatz 1 endigt, daher Sie gemäß § 3 die Wohnung bis Montag, den 9. Oktober, mittags 12 Uhr zu räumen haben.“

Und angesichts dessen konnte sich die Direktion nicht genug tun, die Erbauung von Werkwohnungen als Wohltat zu bezeichnen. Rendsburg ist von Metallarbeitern deshalb unter allen Umständen zu meiden.

Der Trier-Berliner Eisenbahnerverband und seine Gegner.

Es ist recht bezeichnend, wie der Trier-Berliner Eisenbahnerverband seit längerer Zeit von seinen Konkurrenzorganisationen, die gleich dem Berliner Verband „auf dem Boden der heutigen Rechts- und Gesellschaftsordnung stehen“ — als ob es zurzeit einen anderen „Boden“ gäbe! —, die aber in Wirklichkeit die kapitalistische Ausbeutung und Rentnerwirtschaft in alle Ewigkeit erhalten wollen, bekämpft wird. Der Trier-Berliner Verband nimmt für sich in Anspruch, daß er „vaterländisch“ und „patriotisch“ sei. Die M.-Gladbacher Zentrumsblätter kommen aber alle paar Wochen mit dem erwähnten Hinweis darauf, daß der Berliner Verband immer mehr nach links und „ins sozialdemokratische Lager“ rutsche, daß er „stark mit sozialdemokratischen Elementen durchsetzt“ sei oder in welcher Form die fällige Behauptung sonst wiederholt wird. Die Christen wollen damit den Berliner Verband, der ja unter Rohm dem hartnäckigen Liebeswerben der M.-Gladbacher sein Gehör such, bei den Staatsbehörden anschwärzen und ihm damit Schwierigkeiten machen, um ihrem neuen Silberfeld zentrumschriftlichen Eisenbahnerverband auf die Strümpfe zu helfen. Auf der andern Seite wird dann dieser Silberfelder Verband in den süßesten Färbentönen der Regierung als absolut zuverlässige Schutztruppe in jeder Fährnis angepriesen. Er soll „zuverlässiger“ sein bei einem etwaigen Streik der Verkehrsarbeiter als selbst die „unorganisierten Massen“, die, wie sie den Behörden ins Ohr flüßeln, leicht „mitgerissen“ würden. Darum wird in der M.-Gladbacher „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ der Trier-Berliner Verband „immer sozialdemokratischer“.

Kun gibt es aber neben dem neuen zentrumschriftlichen Eisenbahnerverband auch noch den „Gewerksverein der Eisenbahner“ in Breslau, der als beschiedenes Mauerblümchen dahin vegetiert. Dieser Verein ist den Hirsch-Dunderschen angeschlossen. Auch der Breslauer Verein zieht gegen die Trier-Berliner Richtung zu Felde. Aber siehe da! während die Zentrumschriften die Leute von Trier-Berlin „immer mehr sozialdemokratischer“ werden lassen, ziehen die „freihetlich nationalen“ Gewerksvereine an einer ganz anderen Strippe. In einem langen Artikel des „Gewerksverein“ (vom 27. September) über „die Krisis“ im Berliner Verband heißt es:

„Eine ganz gelbe Organisation kann kaum so reaktionär geleitet werden, wie der Berlin-Trierische Verband und das (Staatsarbeiter-) Kartell.“

Die Regierung wird nun ihre große Schwierigkeit haben, wenn von dem Trifolium sie glauben soll. Die Arbeiter jedoch werden sich über alle drei „bürgerlichen“ Organisationen ihre Gedanken machen.

Die Aussperrung der Schuhfabrikarbeiter in Wermelskirchen ist unterblieben, weil es zu einer Einigung kam.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma A. Hummel, Schuhfabrik in Marbach a. R. (Württemberg), stehen 30 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Lohnunterschieden in Kündigung. — Zugang ist streng fernzuhalten.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Arbeiterinnen-Wohnhaus.

Die erwerbstätige, unterbezahlte, alleinlebende Frau ist durch die sozialen Verhältnisse gezwungen, sich in „billigen Schlafstellen“ herumzudrücken. Natürlich findet sie da weder Bequemlichkeit noch Bezaugen. Die Trostlosigkeit der Wohnstätte verstimmt und raubt besonders mit zunehmendem Alter die Arbeitsfreudigkeit. Das Gefühl der Heimatlosigkeit wird vorherrschend. Ein Umgehen ist meist nur ein Wechsel zum Schlimmeren. Das haben auch schon bürgerliche Kreise eingesehen und nach Abhilfe gesucht. Die Frage der Errichtung eines „Volks-hotels“ für weibliche Personen in Groß-Berlin tauchte auf, um regelmäßig an den Schwierigkeiten, die in den unangenehmen Einwohnungsverhältnissen der weiblichen Arbeitskräfte begründet sind, zu scheitern. Die kapitalistische Gesellschaft, die dem Volke alljährlich Milliarden für Meer, Marine und die dazu gehörigen Bordinstrumente abküpft, hat für soziale Aufgaben nichts übrig. Nun hat eine reiche Dame aus Berlin an den Stadtrat Glucksmann in Rixdorf einen Brief gerichtet, in dem sie sich bereit erklärt, die Summe von 100 000 M. ohne Anspruch auf Erträge für ein Ledigenheim herzugeben. Die Stadt soll lediglich den Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung stellen und für die Vorgeber die außer den 100 000 M. noch für das Unternehmen gebraucht werden, Garantie übernehmen. Verschiedene Herren haben dem Magistrat den Vorschlag gemacht, in Rixdorf ein

solches Hotel zu errichten. Sie sind davon ausgegangen, daß Rixdorf/wo bereits nach der Volkszählung von 1905 über neunhundert weibliche Personen in Schlafstellen wohnten, der geeignete Boden für die Errichtung eines solchen Hotels sei. Es soll eine Aktiengesellschaft gegründet und für 100 000 M. Aktien ausgegeben werden.

Der Stadtgemeinde bleibt ein ausschlaggebender Einfluß dadurch gesichert, daß der Oberbürgermeister den Vorschlag im Ausschusse führt und der Magistrat im Vorstande der Gesellschaft durch Mitglieder vertreten ist. Der Aktiengesellschaft wird das für das Volks-hotels bestimmte städtische Grundstück in Erbbaurecht auf 90 Jahre und mit einem der Stadt Rixdorf gesicherten vollständigen Heimfallsrecht übergeben. Die Miete für eine Wohnung ist auf 8—12 Mark monatlich, je nach der Lage des Einzelzimmers, berechnet. Sämtliche Zimmer werden gleichmäßig möbliert und teilweise auch für zwei Personen eingerichtet. 300 Personen sollen Unterkommen finden können. Den Mietern soll durch eine für sie einzurichtende Restauration Frühstück geliefert und in dieser auch Gelegenheit zur Einnahme der übrigen Mahlzeiten geboten werden; Bade- und Lesräume sind gleichfalls vorgesehen. Der Magistrat beabsichtigt, die große Eckparzelle in der Weichsel- und Oberstraße für das Heim unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Halbheit.

Der „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“ verhandelte am Mittwoch über „Frauenenerwerb und Sozialpolitik“. Neben Referentinnen für die bürgerlichen Handlungsgehilfinnen, Lehr- rinnen, Krankenpflegerinnen und Schauspielerinnen war auch eine Sprecherin für die Arbeiterinnen vorgesehen. In ihren Ausführungen beschäftigte sie sich mit der jämmerlichen Reichsversicherungsgesetzgebung, sie bedauerte, daß der Reichstag vollkommen verjagt habe. Daß die Sozialdemokratie sich alle erdenkliche Mühe zur Erreichung der von der Mednerin gewünschten Verbesserungen gegeben hatte, davon hat sie den bürgerlichen Frauen nichts erzählt. Sie hatte auch keine Gefolgschaft in der Versammlung. Das kennzeichnet den Geist.

Läßt man die Ausführungen und Forderungen der verschiedenen Berufsgruppenvertreterinnen Revue passieren, so hat man einen teilweise nur blassen Abklatsch der längst von der Sozialdemokratie verfolgten Forderungen. Die Grundforderungen für die Frauenenerwerb sind formuliert die Referentinnen dahin: geregelte, kürzere Arbeitszeit, angemessene Entlohnung, höhere Wertung der Frauarbeit, bessere Berufsausbildung durch Fortbildungs- und Fachschulen. Bei der Forderung der Lehr- rinnen, „Berufsdauer der Verehrlichen“, erwähnte die Mednerin, daß man auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen könne.

Kraße Unterschiede in den Zuständen der Arbeitsverhältnisse der Krankenpflegerinnen, den Stiefkindern der Sozialpolitik, ergaben die Verhältnisse in Deutschland im Vergleich mit verschiedenen Staaten in Amerika und in Australien, die bereits das Frauenstimmrecht haben. Hier wurde der Ruf nach dem Frauenstimmrecht besonders vernehmbar.

Ein wunder Punkt für die bürgerlichen Damen wurde in der Diskussion berührt: „Wie steht es mit den Arbeitsverhältnissen Eurer Dienstboten? Da seid Ihr die Arbeitgeber und wie steht es da aus?“ Da gibt es keine geregelte Arbeitszeit, aber Überstunden ohne Entgelt, keine Kontrolle, keine Arbeiterschutzbestimmungen.

Daß es für die Dienstboten erst recht heißen müsse: „Organisiert Euch!“ diese Forderung erschien den bürgerlichen Damen zum größten Teil noch recht absurd. Das Klasseninteresse geht über — Arbeiterschutz und -recht!

Letzte Nachrichten.

Zum tripolitanischen Abenteuer.

Saloniki, 28. September. (W. Z. W.) Das Zentral- komitee für Einheit und Fortschritt hat eine Proklamation an alle Sektionen erlassen, alles zu vermeiden, was Italien einen Eingriff in die Integrität des türkischen Territoriums durchführen sollte, sei man überzeugt, daß die Nation abermals den Beweis für ihre Lebensfähigkeit erbringen und daß alle Mitglieder der Nation an der Bewahrung der ihre Zukunft bedrohenden Gefahr mitarbeiten werden. Das Komitee erwartet, daß die Großmächte sich dem gegen Nation und Verfassung gerichteten Akt nicht widersetzen werden.

Tripolis, 28. September. (Meld. d. Neut. Bur.) Heute nachmittag wurden zehn Schlachtschiffe oder Kreuzer beobachtet, die vor der Küste kreuzten. Die Eingeborenen verhalten sich ruhig.

London, 28. September. (W. Z.) In englischen diplomatischen Kreisen wird auch heute an der Meinung festgehalten, daß Großbritannien sich in den tripolitanischen Konflikt nicht einzumischen habe, solange seine Untertanen nicht gefährdet sind. Letzteres sei bisher nicht der Fall, da der britische Vertreter in Tripolis keine Hilfe nachsuchte. Auch scheint wenig Neigung zu bestehen, bei Italien zuzugreifen und die Türkei Schritte zu unternehmen. Bemerkenswert wird, daß der türkische Botschafter sich heute um 1 Uhr auf das Auswärtige Amt begab und mit dem leitenden Unterstaatssekretär Wilson längere Unterredung hatte.

Das Ultimatum.

Rom, 28. September. (Meldung „Agenzia Stefani“.) Heute nachmittag 2 Uhr 30 Minuten hat der Geschäftsträger der italienischen Botschaft in Konstantinopel in Begleitung des ersten Dragomans dem Großwesir die italienische Note mit dem Ultimatum Italiens an die Pforte überreicht.

Die Opfer der „Liberte“.

Paris, 28. September. Marineminister Delcasse erklärte bei seiner Rückkehr nach Paris, die bei der Explosion der „Liberte“ verletzten 130 Mann befanden sich außer Gefahr, das Schicksal von etwa 20 anderen Verwundeten sei noch ungewiß. Die Kreuzer „Berite“ und „Democratie“ werden in zehn Tagen, die „Republique“ in zwei Monaten wieder instand gesetzt sein.

Väterchen braucht neue Schiffe.

Petersburg, 28. September. Der in die Reichsduma eingebrachte Marineetat 1912 weist 164 216 157 Rubel Ausgaben, d. h. 55 909 557 Rubel mehr als der diesjährige auf. Die Mehrausgabe ist hauptsächlich hervorgerufen durch Vermehrung der Kosten für Schiffbau um 28,3 Millionen und für Schiffsausrüstung um 18,8 Millionen. Für den Bau von Linienschiffen der baltischen Flotte sind 20 Millionen und für den Bau dreier Linienschiffe, 9 Torpedoboote und 6 Unterseeboote der Schwarzen Meer-Flotte 23,9 Millionen vorgesehen.

Petersburg, 28. September. (W. Z. W.) Das Marineministerium hat einen Gesetzentwurf über ein fünfjähriges Bauprogramm für die baltische Flotte ausgearbeitet, der Entwurf wird dem Ministerrat unterbreitet werden. — Die Kiellegung der Dreadnoughts für die Schwarzmeerflotte ist endgültig auf Ende Oktober festgesetzt worden.

Die Polizei am Wedding.

Haben sich Polizeibeamte bei den Vorgängen, die sich anlässlich des Streiks beim Fleischer Morgenstern Ende Oktober vorigen Jahres am Wedding abspielten, so benommen, daß man sie mit Recht als Knüppelgardisten bezeichnen darf? Diese Frage hatte gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I in einem Verleumdungsprozeß gegen Genossen Bermuth als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ zu untersuchen.

Eigentlich hätte das Gericht diese Frage schon am 28. März entscheiden sollen. Damals stand derselbe Fall zur Verhandlung. Bermuth war angeklagt, weil er Polizeibeamte beleidigt haben sollte durch einen am 1. November im „Vorwärts“ erschienenen Artikel, welcher die Vorgänge am Wedding bespricht und dabei sagt: „Mit derselben Pünktlichkeit, mit der jetzt bei Morgenstern die Klappe zugemacht wird, und zu derselben Stunde finden sich auch immer noch die Knüppelgardisten ein. Als Doppelposten verteilen sie sich an dunklen Stellen, in Rischen und Fluren, ungenannt und doch wohlbekannt.“

Die Bezeichnung „Knüppelgardisten“ ist es, wodurch Polizeibeamte beleidigt sein sollen. — Natürlich wußte Bermuth den Beweis zu führen, daß sich Polizeibeamte Ausschreitungen haben zu schulden kommen lassen, welche die Bezeichnung als „Knüppelgardisten“ durchaus berechtigt erscheinen lassen. Das Gericht lehnte jedoch den Wahrheitsbeweis ab mit der Begründung: „Was auch passiert sein mag, der Angeklagte durfte nicht die Kriminalbeamten mit diesem Ausdruck belegen. Weder für die Schuld noch für die Straffrage kommt in Betracht, was Polizeibeamte angeblich getan haben. — Bermuth wurde also ohne Beweishebung wegen formaler Beleidigung zu 200 M. verurteilt.“

Wie zu erwarten war, hat das Reichsgericht der Revision Bermuths stattgegeben und das unhaltbare Urteil aufgehoben. Infolgedessen wurde die Sache gestern erneut vor der 10. Strafkammer verhandelt und der beim ersten Prozeß nicht zugelassene

Beweis mußte in vollem Umfange

erhoben werden. Zu diesem Zweck hatte Bermuths Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine einige 30 Zeugen geladen. Ebenso viele Zeugen hatte die Staatsanwaltschaft aufgeboden.

Der

erste Fall,

über den Beweis erhoben wurde, hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, den 30. Oktober, abgepielt. Gastwirt Winkelfeffer hat den Fall von seinem Lokal beobachtet und stellt ihn so dar: Gegen 11 Uhr nachts gingen etwa 15 junge Leute, die etwas angetrunken waren, singend die Scheererstraße entlang. Da kürzten 6—7 Kriminalbeamte, die sich in Rischen und Torwegen versteckt hatten, auf die Leute los. Ohne daß irgend eine Aufforderung an die Leute erging, hieben die Beamten mit

Stöcken oder Gummiknäppeln

auf sie ein. Bei dem Ueberfall verloren die jungen Leute ihre Hüte. Die

Beamten,

die der Zeuge als solche erkannt hat, trampelten mit den Füßen auf die am Boden liegenden Hüte herum, bis sie ganz zertreten waren.

Die Zeugen Kruse und Wiorrel bestätigen diese Angaben. Der letztere führt noch an, daß vor dem Fenster seiner Wohnung einer der Attakierten von einem Beamten mit einem

Knüttel über den Kopf

geschlagen wurde, daß er blutend zu Boden fiel. — Zeuge Zedler hat gesehen, daß bei demselben Vorfall einer der verfolgten Leute von einem Beamten mit einem Stock über den Kopf geschlagen wurde. — Zeuge Davidsohn, der sich als Journalist in der Weddinggegend aufhielt, schildert den Vorfall in Uebereinstimmung mit dem ersten Zeugen und sagt, die Beamten waren hinter den jungen Leuten her in einer Weise, daß die Straßenpassanten gefährdet wurden und vor den anstürmenden Beamten in wilder Flucht davon liefen. Die Beamten schlugen sehr heftig immer auf die Köpfe der Verfolgten. Nach der Attacke lagen die Hüte der Geschlagenen auf dem Straßenpflaster. Die Kriminalbeamten, welche

Kleines feuilleton.

Fabrikstil. Unlängst hat sich der Interessentenverband deutscher Architekten schwer über den Ullas des Ministers v. Breitenbach aufgeregt, weil er offen erklärte, den neueren Stilübungen in der zeitgenössischen Baukunst wenig hold zu sein. Das war ein billiges Vergnügen. Eine geharnischte Protestresolution wurde losgelassen, in der man sich feierlich gegen solche rückwärtigen Ansichten verwarnte und sich besser dünkte als die Geheimräte im Ressort des Innern. Mag man sich zu der ministeriellen Keckerung stellen, wie man will, eines ist im allgemeinen leicht zu konstatieren: daß nämlich überhaupt keine nennenswerte neue Richtung in der Baukunst existiert. Wenn irgendwo ein neues Schulgebäude oder eine Grunewaldvilla gebaut wird, bei deren Fassadengestaltung der Architekt seine Phantasie einige lässige Spinnweben machen läßt, so hebt heutiges Tages sofort ein Geschrei in der Fach- und Laienpresse an, als hätte man den sehnlichst erwünschten „neuen“ Stil, den Stil der Zukunft entdeckt. So etwa wie der berühmte Spanier nach langem Auswandern Amerikas entdeckte. Wenn nun von einer „Entdeckung“ des Stils keine Rede sein kann, muß aber auch zugegeben werden, daß es keine bestimmte Richtung im gegenwärtigen architektonischen Schaffen gibt, die typisch und zukunftsweisend wäre.

Daß wir uns in einer Uebergangszeit befinden, in der neue Kräfte hier und da vielleicht auf ihre Weise ehrlich ringen, um zu einer Erkenntnis des Wahren zu gelangen, wird dadurch nicht bestritten. Sicher ist, daß wir zurzeit nichts Positives aufweisen können, aus dem man die Verdrängung auf die früheren Merkmale der zukünftigen Architektur herleiten dürfte, zumal sich dazu noch die Maniererei unheimlich breit macht.

Eins aber hat sich im Laufe der letzten Jahre immer klarer herauszubilden begonnen: der Fabrikstil. Während die typische Mietkasernen verschiedenere Reformen Platz machen mußte und so vielfach der früheren Schablone mit Erfolg zu entweichen sucht, zeigen unsere modernen Industriepaläste überall das gleiche Bild in ihrer inneren wie in der äußeren Gestaltung. Unsere Zeit des stark entwickelten Kapitalismus kennt auf allen Gebieten nur die völlige Ausnutzung der ganzen vorhandenen Kraft. Rücksichtslos wird das Letzte herausgeholt und dem kapitalistischen Interesse dienlich gemacht. Und wie in der Ausnutzung der Arbeitskraft, so auch in der Ausnutzung der Grundstücke und der Gebäude. Was auf der einen Seite sich technisch als unvermeidbar erweist, wird auf der anderen wieder nutzbringend gestaltet. Ein eigentlicher Mangel tritt kaum noch ein. Ueberall Präzision und ungeheure Dimensionen. Das gleiche Bild spiegelt auch die Außenansicht solcher Gebäude wieder. Die Fassaden

die Leute geschlagen hatten, sprangen in auffällender Weise auf der Straße herum und zertrampelten die Hüte. Das Publikum war sehr verwundert, als es die Beamten einen so

sonderbaren Tanz

aufführen sah. Es wurde nach Ursache des toßen Schauspiels gefragt. Da gab einer aus dem Publikum die

Ausklärung:

Das machen die Kriminalhauptleute immer so. Sie führen gegen ihre Instruktion Schlagringe und andere scharfe Instrumente bei sich. Um die sichtbaren Spuren dieser Instrumente an den Hüten zu verteilen, werden die Hüte völlig zertrampelt. — Der Zeuge legt

zwei Exemplare solcher Hüte,

die verbeult, durchlöchert und mit Schmutz besudelt sind, auf den Tisch des Gerichts und bemerkt, daß diese zu den am besten erhaltenen Exemplaren gehören.

Ein anderer Vorfall,

der sich in der Nacht zum 28. Oktober abspielte, wird von mehreren Zeugen so dargestellt: Nach einer Räumung der Straße flüchteten mehrere von Polizeibeamten verfolgte Leute in das Lokal von Warandat. Später, als alles ruhig war, standen einige Leute vor dem Lokal. Da kamen von der anderen Seite der Straße

drei Kriminalbeamte

herüber und

schlugen mit Stöcken auf die Leute ein, ohne daß diese eine Veranlassung dazu gegeben hatten.

Zunmer feste wurde auf die Leute geschlagen, auf die Köpfe und auf die Rücken — sagt ein Zeuge.

Dem Zeugen Seikel hat ein ihm bekannter Kriminalbeamter Mund einen

Gummiknäppel

gegeben, den er unter dem Rock trug.

Zeuge Unverricht hat in der Sonnabendnacht gesehen, daß an der Ecke der Adols- und Scheererstraße eine größere Anzahl von uniformierten Schutzleuten beisammenstanden. Auch Kriminalbeamte gefüllten sich hinzu. Die Uniformierten machten ihren Kollegen vor, wie sie Stöße und Pässe ausgeteilt haben und ein Kriminalschutzmann zeigte, wie er wichtige Hiebe mit dem Stock verabsolgt hatte. Dann kamen Straßenpassanten vorbei.

Jeder von ihnen wurde von den Beamten geschlagen.

Einer der Geschlagenen ging an einen der Beamten heran, um sich über die Schläge zu

beklagen,

die er von einem anderen Beamten bekommen hatte. Da schlug der angerebete Beamte den Mann auch noch mit dem Stock. Ein anderer, der auch von einem Kriminalbeamten geschlagen wurde, ersuchte einen Uniformierten, ihm die Nummer des Kriminalbeamten anzugeben. Der

uniformierte Schutzmann

schlug den Mann ins Gesicht und sagte:

„So, da haben Sie die Nummer.“

Zeuge Engler kam spät abends vom Barbier. Als er im Begriff war, sein Haus zu betreten, belam er von einem Kriminalbeamten ohne jede Veranlassung einen Schlag mit dem Stock.

Zeuge Günther ging mit einem leicht angetrunkenen Bekannten nach Hause und zwar auf einem Umwege, um nicht mit der Polizei in Verührung zu kommen. Doch es kam ein Kriminalbeamter und schlug mit dem Stock auf den Zeugen ein.

Zeuge Gade gibt an: Am Nachmittag des 31. Oktober wurde ich durch den Kriminalschutzmann Böttcher auf der Straße festgenommen, angeblich sollte ich einen Kunden von Morgenstern belästigt haben. Als ich den Beamten nach seiner Legitimation fragte, gab er mir die Antwort:

„Mit dem Knüttel können Sie die Legitimation kriegen.“

Böttcher brachte mich nach der Wache. Auf dem Treppentritt, an der Tür zum Nachtslokal schlug er mich 3- bis 4-mal mit seinem Stock über den Rücken.

In der Wache

selbst wurde ich von den dort anwesenden Beamten hin und her geschoben.

Frau Klose sah am Sonnabend einen blutenden Mann auf der Straße liegen. Sie machte einem Polizeileutnant Vorhaltungen

besteht in den meisten Fällen nur aus Betonpfeilern, Eisen und Glas, was man dann mehr oder minder harmonisch geordnet „Stil“ nennt. Man mauert den Stämmeisen durchaus nicht stärker, als es unbedingt zur Tragfähigkeit erforderlich ist und nimmt ihn nur als notwendiges Uebel hin, das vorhanden sein muß, damit einem das darüber angebrachte Dach nicht auf den Kopf fällt. Als Schutz gegen die Unbilden des Wetters spart man die entschieden billigere große Glascheibe, die dazu noch viel mehr Tageslicht in den Arbeitsraum fluten läßt. Früher brachte man so viel Fenster an, als man aus letzterem Grunde für nötig hielt; im übrigen galt das Mauerwerk. Heute macht man es umgekehrt, die Glascheibe gut und der Betonpfeiler wird nur dort aufgeführt, wo er unvermeidlich ist. Den Halt gibt das Eisen. Aber die neuesten Ausnutzungsmöglichkeiten des Betons schränken auch den Eisenverbrauch bereits wieder ein.

Die Verwendung des Betons erschwert aber eine Fassadengestaltung, an der das Ornament durch Vorprünge usw. markiert werden kann. Beim Backsteinbau brauchte man bloß einzelne Steine beziehungsweise ganze Schichten so und soviel Zentimeter vordringen lassen und das architektonische Gefühl war mehr oder minder geistreich fertig. Beim Zementverfahren ist solches nicht so leicht; also das Material beeinflusst den Stil. Und doch nehmen sich unsere modernen Fabrikgebäude, die schon ganze Straßenzweige verlausen können, sehr gewaltig aus. Die Dimension ist dafür maßgebend. Auch die ornamentliche Fläche kann monumental wirken, sobald eine gerechte Verteilung der Verhältnisse stattfindet. Jedes wird niemand behaupten, daß das Monumentale immer ästhetisch ist. Und so wirken auch die großen im Fabrikstil erbauten Industriegebäude in den Wohnstrahlen Berlins nicht ästhetisch. In einer idealeren Gesellschaftsordnung würde man sie aus den Wohngebieten der Menschen verbannen, wie man heute die Viehhöfe und Benzinhäuser an die Peripherie verweist. Das Werden eines solchen Fabrikstils ist also ohne Zweifel zu konstatieren und was dabei charakteristisch ist: Diese Erscheinung ist kein Zufall, sondern man kann sie als „gezielmäßig“ bezeichnen, ist es doch der Kapitalismus, der sich hier ureigenst gibt: gewaltig in der Dimension, raffiniert in der Ausnutzung und abstoßend in der Form. Wie der Begriff Fabrik vielen Menschen ein Grauel ist, nicht zuletzt denen, die täglich darin schaffen, so ist es auch der Fabrikstil: der einzige wahre charakteristische Stil der Gegenwart, von dem man sprechen kann. **Josef Kluge.**

Ein eigenartiges „verbessertes Lustschiff“ hat ein Baron Adam Roenne sich für England patentieren lassen: ein Lustschiff, das in einer Entfernung von etwa 1000 Meter unsichtbar sein wird. Die Hülle dieses verbesserten Lustschiffs soll aus Chromium hergestellt werden, einem Metall von so glänzender Oberfläche, daß es völlig die gleichen Eigenschaften hat wie ein Spiegel. Da das

darüber, daß der Mann nicht weggebracht werde. Der Leutnant sagte höflich zu der Frau, sie möge nur gehen, für den Mann werde gesorgt werden. Als die Frau dann fortging, kam ein Kriminalbeamter an sie heran und sagte: „Machen Sie, daß Sie fortkommen, sonst kriegen Sie eins mit dem Stock.“

Alle Zeugen, welche Angaben über prügelnde Kriminalbeamte machten, wurden vom Vorsitzenden und vom Staatsanwalt gefragt, woher sie denn wüßten, daß es sich um Kriminalbeamte handelte. Die Zeugen gaben an, sie hätten das aus dem ganzen Verhalten der Leute entnehmen können, besonders daraus, daß sie mit den uniformierten Schutzleuten kollegiallich verkehrten und daß diese Leute sich in den abgeperrten Straßen, wo jeder Zivilperson der Aufenthalt untersagt wurde, unbehelligt aufhalten konnten. Auch Frau Klose wird gefragt, warum sie den Mann, der sie bedrohte, für einen Kriminalbeamten hielt. Sie antwortet: „Ich mußte den Mann für einen Kriminalbeamten halten, denn ein anderer tut so was nicht.“

Zeuge Schumann hat von seinem Vassou gesehen, daß am Abend des 20. Oktober, als sich Publikum auf der Straße angeammelt hatte, ein Polizeileutnant zum Angriff kommandierte. Da gingen die Schutzleute gegen das Publikum vor und die Kriminalbeamten schlugen mit Stöcken wahllos auf die Leute ein, obgleich sie weiter gingen. In der Nacht wurden sogar Leute, die obgleich über die Straße gingen, von uniformierten Schutzleuten gestoßen, geschlagen, hingeworfen und mit Füßen getreten. Ein Schutzmann schlug einen Mann mit dem Säbel über den Kopf. Unter den Kriminalbeamten, die mit Stöcken schlugen, befand sich auch Böttcher.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht stellt fest, daß der Zeuge Schumann zehn oder elf mal wegen Vetteils und Diebstahls bestraft ist.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ich beantrage, daß die Disziplinarakten sämtlicher hier zu vernehmender Kriminalbeamten eingefordert werden. Für ihre Glaubwürdigkeit ist wichtig, festzustellen, wer von ihnen wegen dienstlicher Vorgänge bestraft ist.

Zeuge Josephsky hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gesehen, daß ein junger Mann, der ganz allein über die zur Zeit ruhige Straße ging, von einem Kriminalbeamten mit einem Stock geschlagen wurde. Ein Mann, der ruhig an eine Gruppe von Beamten herantrat, bekam einen Stoß.

Zeuge Winkler sah, daß Schutzleute auf Kommando eines Leutnants mit blanken Säbeln gegen eine Menschenansammlung vorgingen. Zivilpersonen, die mit den Schutzleuten zusammen vorgingen, schlugen mit Stöcken auf das Publikum. Ein Mann wurde niedergeschlagen. — Zeuge Ulrich hat mehrere Fälle beobachtet, wo einzelne Personen ohne Veranlassung von Schutzleuten geschlagen wurden. — Von einer Anzahl anderer Zeugen wurden eine Reihe ähnlicher Angaben gemacht. So wurde bekundet, daß zwei Männer, die an einer Gruppe von Beamten vorübergingen, geschlagen wurden, der eine so, daß er sich vor Schmerz krümmte. — In einem Schaustlokal von Rothe hat der Zeuge Riemer vier Herren beobachtet, die über den Streik bei Morgenstern sprachen und das Publikum zu provozieren suchten

durch Redensarten, wie: Bei Morgenstern solle niemand kaufen, da werde man betrogen usw. Die vier Herren gingen zusammen hinaus. Zwei von ihnen blieben beisammen und riefen auf der Straße: „Haut doch die Plänen in die Presse. Wir Weddinger sind schlaumer wie die Woaditer.“ Bald darauf standen diese Herren mit uniformierten Schutzleuten im Gespräch und beteiligten sich auch an einer von den Uniformierten ausgeführten Attacke.

Von anderen Zeugen wurden folgende Angaben gemacht: Zwei Männer kamen eilig die Straße entlang und hatten an einem Laden um Einlaß. Als sie auf der Schwelle standen, kamen zwei Kriminalbeamte. Mit den Worten:

„Was! Ihr machen, daß Ihr hincinkommt!“

schlugen sie mit Stöcken auf die Weiden ein.

Zeuge Ormann wohnt in der Utrechtstraße, in dem Hause, wo sich die

Polizeiwaache

befindet. Am Sonnabendabend der hier in Frage kommenden Zeit hat er folgendes beobachtet: Drei Beamte in Zivil brachten einen alten Mann in die Polizeiwaache. Dabei schlugen sie ihn mit Stöcken von hinten immer über den Kopf.

Metall stets die Farbe seiner Umgebung reflektieren wird, hell oder dunkel, ganz der Atmosphäre sich anpassend, so wird das Lustschiff nicht erkennbar sein. Um zu verhindern, daß dessen unterer Teil eine Widerspiegelung der Erde zeigt, soll ein besonderer Nief angebracht werden, der über die ganze Länge des Schiffes sich hinzieht und nach unten hin zulüftet, so daß keine Oberfläche vorhanden ist. Aber der Erfinder will kein Lustschiff auch unhörbar machen. Gelänge ihm dies, so hätten wir das leidhaftige Lustgeheimnis.

Straßenbahn-Hochzeitswagen sind die neueste Erscheinung im Londoner Straßenbau. Die „Londoner United Tramways Company“ hat bereits auf ihren Linien einen mit einem Verdeck versehenen Spezial-Salonwagen in den regelmäßigen Verkehrsdienst eingestellt, und wenn der Gedanke, Hochzeitsgesellschaften in Luxus-Straßenwagen zur Trauung und wieder zurück nach dem Festlokal zu befördern, Anlaß findet, sollen noch weitere Wagen gebaut werden. Der Preis ist „mäßig“. Er beträgt für den ganzen, 20 Personen fassenden Wagen 7,50 M. für jede Fernstrecke. Das Innere des Wagens ist mit komfortablen Polstersesseln ausgestattet und mit weichen Kissen, Kissen und Farrenkraut geschmackvoll decoriert. Der Fahrer ist mit einer Spezialuniform und weisem Hut angetan. Das Hochzeitsdehikel will vor allem der Nutzträglichkeit des langen Wartens der Gäste vor den Kirchentüren ein Ende machen.

Notizen.

— Die Wilmersdorfer wollen absolut „Ihr“ Goethe-Theater haben. Weil der Magistrat aber die Bedürfnisfrage verneinte, soll nun ein Goethe-Verein, der flugs gegründet wurde, die Propaganda der Tat verkörpern.

— Zwischen August Strindberg und seinem Verleger ist ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach der Dichter dem Verleger den Verlagrecht seiner sämtlichen bisher gedruckten Arbeiten überlassen hat. Er hat dafür ein Honorar von 200 000 Kronen erhalten, und zwar sofort 50 000 Kronen Vorschuß. Das Aufführungsrecht für seine Dramen ist darin nicht enthalten.

— Vom Kometen Brooks ist jetzt schon ein Schweif von 2 Grad Länge sichtbar. Niemand sollte veräumen, sich mit dem großen Archenholdischen Fernrohr auf der Repton-Sternwarte, wo der Komet allabendlich gezeigt wird, die eigenartige Bildung seines Kopfes anzusehen. Im übrigen dürfte das im Verlag der Repton-Sternwarte erscheinende reich illustrierte Buch von Herrn Dr. F. S. Archenhold über Kometen etc. gute Dienste leisten.

— Vom Karlsruher Naturforscher- und Kerzertag. Die nächstjährige (84.) Verammlung deutscher Naturforscher und Kerzler wird laut heutigem Beschluß in Münster (Westfalen) abgehalten.

Der alte Mann rief: „Schlagen Sie mich doch nicht auf den Kopf“. Aber es wurde weiter geschlagen. Der Zeuge versuchte, zugunsten des Gemüthlichen zu intercedieren. Da rief ihm einer der Beamten zu: „Wenn Sie nicht machen, daß Sie in Ihre Bude kommen, dann kriegen Sie auch was“. Dabei schwang der Beamte drohend den Stock. Der alte Mann wurde von den Beamten in die Wackelstube gesteckt. Nachher hörte der Zeuge noch den alten Mann rufen: „Lassen Sie mich doch los und lassen Sie mich nicht immer auf den Kopf“. — Frau Gramann und der Zeuge Hermann bestätigten diese Angaben. Der Letztere sagt außerdem noch: Er habe

auch zu anderen Zeiten oft Lärm und Gefährde in der Polizeiwache

gehört, auch Hülserufe, die allem Anschein nach von Leuten herrührten, die von Beamten mißhandelt wurden. Der Lärm war manchmal unerträglich. Der Hauswirt konnte keine Abhilfe schaffen, deshalb hat der Zeuge seine Wohnung im Hause der Polizeiwache aufgegeben. — Zwei andere Bewohner des Hauses, das Ehepaar Schmitz, haben ebenfalls oft Schmerzensrufe von Mißhandlungen aus dem Wackelstube gehört. Sie sahen einmal, daß ein junger Mann, den Beamte nach der Wache brachten, von einem Beamten von hinten mit einem Stock geschlagen wurde.

Nachdem die Vernehmung dieser Zeugen beendet war, wurde der Gegenbeweisapparat der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Polizeihauptmann König sagt, in der fraglichen Zeit seien im Gebiet der Urachen unter seinem Kommando nur die den Revieren zugetheilten sogenannten zweiten Kriminalbeamten tätig gewesen, und zwar am 20. Oktober acht, an den beiden folgenden Tagen 22 oder 23. Ob außerdem Kriminalbeamte der 4. Abteilung des Polizeipräsidiums zur Stelle waren, weiß der Zeuge nicht. Wenn solche dagewesen sein sollten, unterstanden sie nicht seinem Kommando. Im übrigen meint der Zeuge, er könne nicht glauben, daß Beamte mit Gummiknüppeln geschlagen hätten, denn sie bekämen solche Knüppel nicht geliefert. Nur mit gewöhnlichen Spazierstöcken täten sie ihren Dienst. Er habe nichts von Mißhandlungen durch Beamte gesehen, ihm sei auch nichts gemeldet worden. — Rechtsanwalt Heine bemerkt dazu, daß das, was der Herr Hauptmann glaubt, an den positiven Befundungen der Zeugen, die gesehen haben, daß Kriminalbeamte schlugen, nichts geändert werden kann. Natürlich würden Beamte, welche Mißhandlungen begangen haben, sich nicht bei ihrem Vorgehen melden und um ihre Verstrafung bitten.

Nach dem Polizeihauptmann traten nacheinander sämtliche Kriminalbeamte, die nach Angabe der Polizeibehörde am Wedding dienstlich beschäftigt waren, an den Zeugen. — Zunächst wurden diejenigen vernommen, die von dem zuerst erwähnten Vorgang in der Nacht zum Sonntag etwas wissen sollten. Aber sie wußten nichts von dem durch mehrere einworfene Zeugen bekundeten Ueberfall auf singende angeheulerte Leute. Sie wollen nicht gesehen haben, daß ein Beamter geschlagen hat, nicht, daß Hute aus dem Damm lagen und zertrampelt wurden. Der erste dieser Zeugen, Kriminalschuyman Nöhlenbeck, sagt, es sei ein etwa 30 Mann starker Krupp lärmend und johlend die Straße entlang gezogen. Als sie in die Nähe der Schulyleute kamen, hätten sie „Bluthunde“ gerufen. Darauf hätten die Beamten die davoneilenden Leute verfolgt, um einige festzunehmen, aber sie bekamen keinen. Daß die Leute geschlagen wurden, stellt der Zeuge entschieden in Abrede. — Ebenso sagte der Kriminalschuyman Nieß aus, der die Zahl der jungen Leute, welche die Straße entlang zogen, schon auf 50 angab. Ein dritter Zeuge gab die Zahl auf 70 und ein vierter sogar auf 150 an. — Wie Davidsohn angab, war die Gruppe der angeheulerten jungen Leute nicht stärker als 10 bis 15. Als aber die Polizeibeamten gegen sie vorgingen, kamen auch Straßenpassanten dazu, so daß die Zahl vielleicht auf 50 angewachsen sein kann. Gegenüber den Angaben der Schulyleute verjährt Davidsohn auf das Bestimmteste, daß sich die Beamten den ankommenden Leuten entgegenwarfen und ohne Veranlassung auf sie einhieben. — Kriminalschuyman Nieß

nist schließlich zu,

daß von den Beamten doch vielleicht geschlagen sein könnte. Er selbst habe aber nur den Stock erhoben.

Kriminalschuyman Renne wird vom Zeugen Unvericht als derjenige Beamte bezeichnet, der seinen Kollegen zeigte, wie er mit dem Stock dreingeschlagen hatte. — Renne bestreitet das und behauptet, die Schulyleute hätten nur Steine vorgezeigt, mit denen sie geworfen worden seien.

Kriminalschuyman Wötcher, der ebenfalls jede Beteiligung an Mißhandlungen und jede Kenntnis von Ausschreitungen in Abrede stellt, wird von mehreren Zeugen mit großer Sicherheit als einer derjenigen Beamten bezeichnet, die tätlich geschlagen haben. Zeuge Peters sagt: Wötcher war es, der in das Lolol von Vorstadt vier bis sechs Männer hineinprügelte. — Zeuge Gade sagt: Wötcher ist es, der mich festnahm, und als ich ihn nach seiner Legitimation fragte, antwortete: Mit dem Knüppel können Sie eine Legitimation kriegen. Auch auf der Treppe zur Wache war Wötcher dicht hinter mir, als ich von hinten mit dem Stock geschlagen wurde. — Frau Klose tritt vor und sagt: Ich kenne Wötcher mit Bestimmtheit wieder. Er hat mich mit dem Stock bedroht. — Noch ein weiterer Zeuge gibt an, daß er gesehen hat, wie Wötcher schlug. — Kriminalschuyman Wötcher dagegen stellt alles, was die Zeugen gegen ihn sagten, entschieden in Abrede. Er erklärt es sogar für ausgeschlossen, daß die Zeugen ihn kennen. — Schließlich sagt auch noch der Zeuge Engler, daß es Wötcher war, der ihn vor der Haustür schlug.

Von den übrigen durch die Staatsanwaltschaft geladenen Kriminalbeamten waren verschiedene zur fraglichen Zeit gar nicht auf dem Wedding, sondern ganz wo anders beschäftigt und konnten deshalb von den Vorgängen nichts wissen. Andere waren im Revierbureau, aber nicht auf der Straße, konnten also auch nichts gesehen haben. Der letzte Zeuge war ein uniformierter Schuyman Nabe. Von diesem erzählt man, daß er in Zivilkleidung am Wedding tätig war. — Das ist insofern sehr interessant, als im Nonbiter Prozeß die Staatsanwaltschaft durch das Zeugnis aller dort tätig gewesen Beamten beweisen wollte, daß keiner derselben an Ausschreitungen beteiligt war, also auch keine Ausschreitungen vorgekommen seien. Nun ist also durch die Angabe dieses Schuymanns Schmid festgestellt, daß bei solchen Gelegenheiten auch uniformierte Beamte in Zivilkleidung verwendet werden. Hiernach bleibt also selbst nach Vernehmung aller beteiligten Kriminalbeamten immer noch die Möglichkeit offen, daß Beamte in Zivil das getan haben, was die vernommenen Beamten für ihre Person abstreiten.

Rechtsanwalt Heine verjährt auf die beantragte Verlegung der Disziplinarakten der Beamten, um die Verhandlung nicht aufzuhalten. Er richtete aber an den Kriminalschuyman Wötcher die Frage, ob er schon wegen dienstlicher Verfehlungen bestraft sei. — Wötcher antwortete: Ueber dienstliche Angelegenheiten könne er nicht aussagen.

Plädoyer.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht vertrat den Standpunkt, daß nach dem Urteil des Reichsgerichts der Angeklagte nicht

straffrei ausgehen könne, auch wenn Ausschreitungen von Beamten bewiesen seien. Der Ausdruck „Knüppelgardisten“ sei beleidigend, er sei auf die Gesamtheit der Kriminalbeamten angewandt. Damit sei die Schuld des Angeklagten entschieden. Es solle ihm aber zugestanden werden, daß er die ihm zugegangenen Nachrichten für wahr hielt. Was die Beweiserhebung betrifft, so länder sich ja die Aussagen der Zeugen gegenüber. Man könne annehmen, daß die Wahrheit in der Mitte liege. Die Zeugen, die positiv bekundeten, daß sie etwas gesehen haben, müßten natürlich mehr gelten als die Zeugen, welche nichts gesehen haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 200 Mark und das Recht der Urteilspublikation durch den Polizeipräsidenten.

Rechtsanwalt Heine führte unter anderem aus: Der Satz mit dem Worte „Knüppelgardisten“ bezieht sich nicht auf alle Kriminalbeamten, sondern nur auf die, welche, wie der „Vorwärts“ schon am Tage vorher berichtete, brutale Gewalttätigkeiten gegen harmlose Leute verübt hatten. Die Gesamtheit der Kriminalbeamten kann, wie aus dem Artikel selbst hervorgeht, gar nicht damit gemeint sein. Wenn das, was der „Vorwärts“ am Tage vorher unter der Ueberschrift „Knüppelgardisten“ mitteilte, nicht wahr ist, dann war das eine Beleidigung der beteiligten Beamten. Aber wegen dieses Artikels ist kein Strafantrag gestellt worden, weil man eine Beweisaufnahme über die im Artikel angegebenen Tatsachen nicht haben mochte. Der Ausdruck „Knüppelgardisten“, angewandt auf die Leute, welche mit Knüppeln ausgerüstet auf Posten stehen und sich brutaler Ausschreitungen schuldig machten, ist so zutreffend, daß man keinen besseren hätte finden können. Ich muß es zurückweisen, wenn das Reichsgericht sagt, der Ausdruck sei beleidigend, selbst dann, wenn Beamte geschlagen hätten. Wenn man den Begriff der Beleidigung so überspannt, so führt das zu einer Abtötung der Kritik und einer Abtötung unserer Muttersprache. Dann dürften wir uns ja nur noch in höflichen Redensarten bewegen. Das wäre der Tod der Ehrlichkeit. Der Angeklagte muß freigesprochen werden, selbst wenn nicht alles erwiesen wäre, was er behauptet hat. Es ist aber noch viel mehr erwiesen. Von den 32 Zeugen der Verteidigung haben mindestens 25 ganz positive Angaben über grobe Ausschreitungen von Beamten gemacht. Von den 32 Zeugen der Anklage sind etwa 22 vernommen, die mit einer Ausnahme, die sich auf den Vorgang in der Nacht vom Sonntag zum Montag bezieht, überhaupt nichts wußten. Die meisten waren gar nicht da. Wenn die Zeugen, welche positive Angaben machten — wie der Erste Staatsanwalt zutreffend sagte — mehr gelten als die, welche nichts gesehen haben, dann habe ich gewonnen und die Staatsanwaltschaft hat verloren. Der nicht auf Kenntnis der Tatsachen beruhende optimistische Glaube des Polizeihauptmanns ist durch positive Zeugenaussagen widerlegt. Der Verteidiger geht die einzelnen Zeugenaussagen durch und kommt zu dem Schluss: Hier ist eine so reichhaltige Speisekarte von Ausschreitungen und von brutalen Mißhandlungen vorgeführt worden, daß der Ausdruck „Knüppelgardisten“ vollkommen zutrifft. Der Ausdruck ist drallisch, aber nicht beleidigend. Bezeichnend ist der Fall, wo vier Beamte in einem Lokal probulatorische Redensarten gebrauchten. Man kann nicht anders sagen als: Hier liegt ein von der Behörde nicht gewolltes aber doch von ihr mitverschuldetes probulatorisches Verhalten von Kriminalbeamten vor. Der Angeklagte muß nicht nur freigesprochen werden, seine volle Schuldlosigkeit ist erwiesen. Er hat Kritik geübt an dem, was kritisiert werden mußte im Interesse unseres Vaterlandes und unserer Rechtschaffenheit. Ich beantrage, den Angeklagten freizusprechen und auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, um zu beweisen, daß der Angeklagte nicht gefehlt, sondern dem allgemeinen Wohl genügt hat. Sollte sich das Gericht aber auf den Standpunkt der Staatsanwaltschaft stellen, dann wird bei der Abmessung der Strafe der gute Zweck des Artikels und die Notwendigkeit der Kritik berücksichtigt werden müssen.

Der Erste Staatsanwalt bemerkt noch, die Zeugen hätten doch nicht gesehen, ob die Polizeibeamten nicht Grund gehabt hätten, einzuschreiten.

Rechtsanwalt Heine: Einen Grund, so vorzugehen, wie es hier bekundet wurde, gibt es überhaupt nicht. Die Polizei hat kein Vorkaufsrecht gegenüber Personen, welche Ausschreitungen begehen. Wenn Unfug begangen ist, kann die Polizei die Leute festnehmen und wenn sie sie nicht kriegt, ist es auch kein Unglück. Dann hat sie eben Pech gehabt und muß es dabei bewenden lassen. Vermuth, der das letzte Wort erhält, sagt unter anderem: Es kommt sonst nicht vor, daß der Herr Erste Staatsanwalt einem Redakteur des „Vorwärts“ guten Glaubens zubilligt. Wenn er es in diesem Falle tut, so beweist das schon, daß nichts gegen mich vorliegt. Ich habe niemand beleidigt, sondern ein Erziehungsziel ausüben wollen an Beamten, denen gegenüber die Behörde anscheinend machtlos ist. Wenn mir guter Glaube beigegeben wird, dann muß ich freigesprochen werden.

Urteil.

Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark und sprach dem Polizeipräsidenten die Befugnis zu, das Urteil im „Lokal-Anzeiger“ zu publizieren. In der Begründung des Urteils sagte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Erüger: Das Gericht nimmt nicht an, daß sich der Ausdruck „Knüppelgardisten“ nur auf die Beamten bezieht, welche Unregelmäßigkeiten begangen haben sollen, sondern auf alle Kriminalbeamten. Der Ausdruck ist beleidigend, denn es liegt darin die höhnische Bemerkung, daß der Gebrauch des Knüppels die Haupttätigkeit der Beamten ist, während doch ihre Haupttätigkeit darin besteht, die ruhigen Bürger zu schützen. Ueber das, was passiert ist, will das Gericht kein Urteil abgeben, weil das für die Schuld wie für die Straffrage vollkommen gleichgültig ist. Das Gericht nimmt an, daß der Angeklagte an die Wahrheit der ihm zugegangenen Nachrichten geglaubt hat. Das berechtigt ihn aber nicht, die Beamten als Knüppelgardisten zu bezeichnen.

Schade, daß die Richter nicht selbst Objekt der von Kriminalbeamten benutzten Knüppel geworden sind — vielleicht wäre ihnen dann klar, weshalb viele Leute mit uns der Ansicht sein werden: der gebrauchte Ausdruck ist ein außerordentlich mißder gegenüber Beamten, die so wie die Zeugen schilderten, vorgegangen sind.

Die Berliner Genossen und der Parteitag.

Aus den Versammlungen in den Vororten Berlins erhalten wir noch folgende Berichte:

Steglitz.

In Steglitz referierte Genosse Groger. Er erklärte sich mit den Resultaten des Parteitages, den er als einen der glänzendsten in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hinstellte, einverstanden. In längeren Ausführungen beschäftigte er sich mit den persönlichen Debatten beim Vorhandbericht; er ließ erkennen, daß er mit dem Vorgehen der Genossen Lugeburg und des Genossen Ledebour nicht einverstanden sei. In der Marokkoangelegenheit sei nichts verjährt worden, der Parteivorstand habe

antworten müssen, bis eine wirkliche Aktion möglich gewesen sei. — In der Diskussion wünscht Genosse D r a h n Auskunft über eine Aeußerung des Genossen Vebel in seiner Marokkorede, wonach Deutschland mit dem gleichen Rechte wie die übrigen Staaten für seine Interessen in Marokko eintreten müsse. Redner sieht in dieser Aeußerung einen Widerspruch zu der Mainzer Resolution über die Westpolitik. — Genosse Heinrich Schulz hat in der Westpolitik die Erwähnung des Geheimnisses des Parteivorstandes, das Redner nicht billigt, vermischt. Mit der Zurückziehung der Resolution zur Genossenschaftsfrage sei er nicht einverstanden. In der Frage des Marokkos habe Genosse Groger seine eigene Stellung nicht klar erkennen lassen, doch möchte es, als ob er aus der Vebelschen Rede nicht eine Abfolge an den Massenstreik herausgehört habe; das würde auch unrichtig sein. Die Kritik des Parteivorstandes sei sachlich durchaus berechtigt gewesen, wie der Verlauf der Dinge in der Marokkofrage beweise. Auch der Parteitag habe den sachlich berechtigten Kern der Kritik des Parteivorstandes dadurch anerkannt, daß er der Parteivorstand verstärkt habe, und zwar über das vom Parteivorstand selbst gewünschte Maß hinaus. Ob die Form der Kritik immer in allen Einzelheiten richtig gewesen, sei eine andere Frage. Jedenfalls lasse sich nicht leugnen, daß auf beiden Seiten über die Schuld geschanden worden sei. Er stimme aber nicht in das Jammern über die Verletzung des guten Tones ein. Sozialdemokraten seien Kämpfer, die nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Auch die Temperamente seien verschieden. Wenn wir uns über das draufgängerische Temperament eines Genossen im Kampfe gegen die Gegner freuen, so dürfen wir auch nicht jammern, wenn bei Auseinandersetzungen in eigenen Lager einmal kräftig drauf losgeschlagen werde. Auseinandersetzungen in der Partei würden stets stattfinden, sie seien ein Beweis dafür, daß wirkliches Leben und keine Erstarrung in der Partei vorhanden sei. Redner wendet sich sodann noch gegen die sogenannten „Landmannschaften“, die sich neuerdings auf den Parteitagen zu bilden beginnen. Er halte derartige Vorbesprechungen nach dem Zufall der geographischen Abgrenzung für unrichtig. In den einzelnen Landmannschaften seien die verschiedenartigen Richtungen der Partei vertreten, so daß man die Meinung der einzelnen durch Mehrheitsbeschlüsse nicht binden könne. Etwas anderes sei es, wenn die in grundsätzlicher Beziehung übereinstimmenden Genossen, ganz gleich, welcher Partei oder welchem Landespartei sie angehören, sich auf dem Parteitage zu gemeinsamem Vorgehen verständigten. — Genosse Reimbach Genosse Schulz habe durch seine Ausführungen gezeigt, daß man trotz abweichender Auffassung über einzelne Fragen doch sachlich und ohne persönliche Schärfe diskutieren könne. Warum solle das nicht auch auf dem Parteitage möglich sein; zumal Parteitage ein ganz anderes Echo in der Welt fänden, als eine einzelne Mitgliederversammlung? Wenn sich führende Genossen auf dem Parteitage gegenseitig der Fälschung bezichtigten, so könne er deroartige auf seinen Fall billigen. — Genosse Viedl stimmt ebenfalls nicht der Darstellung der Parteitagsdebatten durch den Genossen Groger in allen Punkten zu; sie sei zu sehr auf den moralischen Ton gestimmt gewesen, wobei er nicht einmal Licht und Schatten gleichmäßig verteilt habe. In der Marokkorede teile er nicht den pessimistischen Genossen, sondern erwarte von den bevorstehenden Kämpfen eine Ausdehnung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Doffentlich dechne der Genossenschaftskongress den Parteitagsbeschluss auf Ausschluß der Genossen, die den Parteitag nicht abließen, auch auf die Gewerkschaftsmitglieder aus. Auch er beurteilt die auf die Vereinfachung der Parteitagsbeschlüsse berechneten Zusammenkünfte nach Landmannschaften, die die Gefahr der Parteispaltung in sich tragen. Anders seien die Zusammenkünfte des reviditionistischen und radikalen Flügels zu beurteilen, die einem Bedürfnis entsprängen. — Genosse Kifermann ist auch mit der Behandlung der Marokkorede nicht einverstanden. Er beklagt, daß bei Betriebsversammlungen zu häufig von den gewerkschaftlich organisierten Genossen getrennt werde, wenn es sich um die Stellungnahme zur Arbeitsruhe am 1. Mai handle. Auch er billigt nicht die Bildung von Landmannschaften auf dem Parteitage. — Genosse Groger geht in seinem Schlusswort auf einige der Einwendungen der Diskussionsredner ein, besonders mißbilligt er die Vorbesprechungen der reviditionistischen und radikalen Gruppen auf den Parteitagen. Er schließt sich im übrigen dem Genossen Vermbach an in der Auffassung, daß der Verlauf der Steglitzer Versammlung das beste Beispiel dafür sei, daß trotz Meinungsverschiedenheiten sachlich diskutiert werden könne.

Tegel.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins berichtigte Genosse Bühler über die Verhandlungen des Parteitages zu Jena. In seinem Bericht hob der Referent besonders hervor, daß der Parteitag nicht besser eingeleitet werden konnte als durch die Rede des Genossen Vebel, die eine Kampfanzeige an die bürgerliche Gesellschaft sei; wie überhaupt die wichtigsten Merkmale des Parteitages die Marokkorede und Reichstagswahl seien gewesen seien. Auch auf diesem Parteitage haben sich die zweierteilte Stimmungen innerhalb der Partei bemerkbar gemacht, nicht zum Vorteil für dieselbe. Das sei in krasser Weise bei dem unheimlichen Zwischenfall hervorgetreten, den die Mandatsprüfungskommission zu erledigen hatte betreffend den Protest gegen die Wahl des Stuttgarter Delegierten Genossen Westmeyer. Haben doch Reviditionisten gegen einen Antrag gestimmt, der Beilegung des Konflikts durch den Parteivorstand bezweckte. Sei die Debatte, die mit der Kritik an dem Bericht des Parteivorstandes einsetzte, eine stürmische gewesen, so habe sie sich im übrigen Verlauf der Verhandlungen in ruhigeren Bahnen bewegt. Er könne wohl sagen, daß das Resümee des Parteitages die Delegierten voll auf befriedigt habe. Der Parteitag hat neue Waffen geschmiedet, an den Genossen wird es liegen, diese zu gebrauchen, um zu weiteren Erfolgen zu schreiten. Eine Diskussion schloß sich dem beifällig aufgenommenen Bericht nicht an. Der erste Bezirksleiter, Genosse Dichtenberg, konstatierte, daß wir mit der Haltung der Delegierten sowie der Arbeit des Parteitages einverstanden sein können. Nach einstimmig erfolgter Annahme eines Antrages, die Konsumvereinsbühnen in Dichtenberg zu beschäftigen, wurde die gut besuchte Mitgliederversammlung geschlossen.

Reinickendorf-Ost.

Den Bericht vom Parteitag in Jena erstattete in der beim Genossen Anders abgehaltenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins der Genosse Heyshold. Der Referent wie auch die Versammlung stellten sich einmütig auf den Vorden der auf dem Parteitag gefassten Beschlüsse. Unter Vereinsangelegenheiten wurde ein vom 5. Bezirk gestellter und vom Genossen Jemer begründeter Antrag beraten. Dieser verlangt, daß in den Generalversammlungen bei Vorkäufen zur Belegung der Funktionärposten nicht wie bisher der erste, sondern der zweite Bezirksleiter die Kandidaten der Bezirksleitung der Versammlung mitteile; ferner sollte über jeden der Vorgesetzten abgestimmt werden, auch wenn keine Gegenbeschlüsse vorliegen. Beide Anträge wurden nach kurzer Beratung gegen zwei Stimmen abgelehnt. Vom Genossen Degenhardt war der Versammlung eine Resolution unterbreitet worden, die entschieden gegen die Aufnahme der Bekannten Annonce des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes im „Vorw.“ Protest einlegte. Doch wurde nach lebhaftem für und Wider dieselbe abgelehnt. Der Leiter der Versammlung machte sodann Mitteilung von der am 17. Oktober im „Schützenhaus“ stattfindenden öffentlichen Versammlung, die Stellung nehmen wird zur herrschenden Lebensmittelteuerung; ebenso von der Veranstaltung eines Volksliederabends am 14. Oktober in den „Hubertusjalen“.

Nieder-Schönhausen, Nordend.

Ueber den Parteitag in Jena berichtete in der Versammlung des Wahlvereins Genosse J. Hildebrand. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: Die Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem gefassten Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie bedauert nur die Zurückziehung des von Groß-Berlin in Sachen der Konsumvereinsfrage gestellten Antrages, ohne vorher die Delegierten von Groß-Berlin gehört zu haben. — Unter Vereinsangelegenheiten

wurde zunächst auf den Vortragshilfs des Genossen Eichhorn über Programme und Theorien der bürgerlichen Parteien hingewiesen. Am 8. Oktober wird Genosse Stadthagen in Schilow in einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel referieren, da uns dort leider kein Lokal zur Verfügung steht. Am 17. Oktober findet eine Versammlung gegen die Lebensmittelverknappung statt. Es wurde angeregt, die Genossen in der Gemeindevertretung zu veranlassen, daß sie für Einkauf von Lebensmitteln und Abgabe derselben an die Bevölkerung zum Selbstkostenpreise durch die Gemeinde einzutreten sollen. Ein Antrag, diejenigen Genossen festzustellen, welche keiner Gewerkschaft angehören, wurde angenommen.

Friedrichsfelde.

Zu nur mäßig besuchter Versammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Schwent am 23. September Bericht über die Verhandlungen des Parteitag in Jena. Redner beschränkte sich unter Hinweis auf die ausführlichen Berichte des „Vorwärts“ darauf, die bei den Verhandlungen ihm charakteristisch erschienenen Vorkommnisse zu schildern und kam zu dem Schluss, daß der Parteitag und in vorzüglicher Weise die Wege zu den bevorstehenden Kämpfen geebnet habe. In der Diskussion gab Genosse Waldmann der Meinung Ausdruck, daß die in Jena dokumentierte Einigkeit der Partei vor allem der gewaltigen Autorität des Genossen Bebel zu danken sei. Genosse Lehmann warnte vor einem zu großen Optimismus in bezug auf die nächsten Reichstagswahlen und forderte zu energischer Parteiarbeit auf. Einwendungen gegen die Beschlüsse des Parteitags wurden nicht gemacht.

Karlshorst.

Vor gut besuchter Versammlung erstattete Genosse Schöning den Parteitagbericht. Seine sachlichen Ausführungen fanden den Beifall der Anwesenden. In der Diskussion drückte Genosse Georg Schmidt seine Befriedigung über die Lösung aus. Die Indistinctheit der Genossen Luxemburg, welche die Partei schädigen könne, sei gebührend auf dem Parteitag gekennzeichnet worden. In der Frage der äußeren Politik ist durch die gegebenen Richtlinien unserer Gegner der Angriffspunkt gegen die Partei genommen. Genosse Zimmermann ist mit den Beschlüssen zur Reiseeier einverstanden. Er besprach das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, ferner die Möglichkeit der Anwendung des Massenstreiks im Kriegsfall. Genosse Weinschild kann sich dem Vordränger nicht anschließen und hält den Beschluß in der Reiseeierfrage für verfehlt. Im weiteren polemisierte Redner gegen die Ausführungen Zimmermanns. Genosse Kaiser hielt die Zurückziehung der Genossenschaftsresolution für richtig; freilich müsse der Sozialismus in diese Bewegung getragen werden. Die angebliche „Recht“ der Kritik durch Verstärkung bzw. Reorganisation des Parteivorstandes sei nicht erwiesen; über die Ausführung von Aktionen in der Marokkoangelegenheit könne man streiten. Genosse Blum wünschte eine dauernde Einigkeit, wie sie auf diesem Parteitag zutage getreten sei. Genosse Spliebt hielt ebenfalls den Reiseeierbeschluß für ein Ausnahmewort. Weiter machte er interessante Ausführungen über das Genossenschaftswesen sowie über etwaige Situationen im Kriegsfall. Die bürgerlichen Wähler kämpfen nur noch, weil ihnen das Konzept verdorben wurde. Nachdem Genosse Richter den Referenten über die Zurückziehung der Genossenschaftsresolution befragte, erhielt Genosse Schöning das Schlußwort. Der Vorsitzende Genosse Küter machte noch auf die am 17. Oktober stattfindende Volksversammlung aufmerksam und ersuchte um rege Beteiligung zur jetzt vorzunehmenden Agitation.

Erklärung.

Genosse Weis hat in der Generalversammlung des fünften Wahlkreises behauptet, ich hätte auf der Niederbarnimer Generalversammlung gekündigt, die Zusammenkünfte der Linken seien durchaus notwendig, und hat gegenüber der „hinterhältigen“ Art

meiner Diskussion für nötig erachtet, ein phantastisches Gemälde von den Sitzungen der Linken zu entwerfen. Ohne auf die persönlichen Liebenswürdigkeiten und Deutungen einzugehen, mit denen Genosse Weis in Ermangelung sachlicher Gründe operieren mag, stelle ich demgegenüber fest, wie der Sachverhalt war und wie ich ihn auch ungefähr in der Niederbarnimer Versammlung schilderte. Während die sogenannte Rechte ihre Sonderstimmungen seit Jahren abhält, hat eine unmittelbare Fühlungnahme der auf dem Boden der bisherigen Taktik stehenden sogenannten Linken endlich erst auf dem Magdeburger Parteitag stattgefunden. Sie war und ist notwendig, um zu einer Einigung über die Fragen zu führen, in denen grundsätzlich mehr als zwei Drittel der Parteitagmitglieder übereinstimmen — in Jena waren es etwa 288 gegen 102 —, weil die Gefahr besteht, daß durch das Vordringen von Anträgen und Wünschen die von allen Rechte geschädigt wird. Außerdem haben solche selbstverständlichen unverbindlichen Besprechungen das Gute, überflüssige, vor allem persönliche Angelegenheiten, nicht unnötigerweise auf dem Parteitag breit zu treten. Solche Zusammenkünfte seien leider in Jena durch die Schuld einiger Berliner unmöglich geworden. Dem sei zu danken, daß auf dem Jenaer Parteitag manches eine persönliche Zuspitzung erfahren habe, wie sie sonst wohl vermieden wäre. Die Zerfahrenheit der Berliner Delegierten habe sich auch in der überraschenden Zurückziehung der Berliner Konsumresolution gezeigt. Am Sonntag, den 10. September, kamen etwa 150 von der linken Seite aus dem Magdeburger Parteitag zusammen. Dort gab Weis eine Erklärung ab, die Genosse Ledebour und andere Genossen dahin deuten zu müssen glaubten, daß die Berliner eine Beteiligung ablehnten. Als ich darauf hinwies, Weis, der ja so wenig wie ich namens aller Berliner sprechen könne, meine wohl nur, er müsse die Landmannschaft Stellung nehmen, erklärte Genosse Ernst: er wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß er die Zusammenkünfte für unzulässig und ungewöhnlich halte. Durch die recht scharfen Entgegnungen vieler Delegierter auf diese vermeintlichen Absagen der Genossen Ernst und Weis ging leider viel Zeit verloren. In der Zusammenkunft sprach man sich dann über die Schritte aus, die erforderlich seien, um die Schlagfertigkeit des Vorstandes zu sichern. Man war sich allseitig einig, eine Mitgliederkommission zur Vorbereitung einer Reorganisation sei erforderlich und der Vorstand sei um zwei Mitglieder zu vermindern. Die Kommission wurde zur Vorbereitung der Wahl ernannt und den Berlinern Platz in dieser Kommission gelassen. Niemand in der Vorbereitung ist es einfallen, den ganzen Parteivorstand zu kürzen oder „abzumurfen“. Die Genossen Weis, Ernst und Liepmann erstatteten tags darauf in der Berliner Delegation Bericht und beantragten, sich an der von dieser Linken gewählten Kommission nicht zu beteiligen, sondern nur an einer vom Parteitag etwa einzusetzenden Kommission. Demgegenüber beantragten Ledebour, ich und andere Genossen, zwei Vertreter in diese Kommission der Linken zu entsenden. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Beschlossen wurde, einen Vertreter für Berlin, einen für Brandenburg zu wählen. Genosse Ernst wurde einstimmig für Berlin, Genosse Weis gegen einen aus der Provinz vorgeschlagenen Genossen mit Mehrheit für Brandenburg gewählt. Die von der Kommission gemachten Vorschläge sind bernach von der Berlin-Brandenburger Landmannschaft wie vom Plenum der Linken angenommen. Es sei dringend notwendig, führte ich in Niederbarnim aus, daß nicht in dieser zerfahrenen Weise wie in Jena, sondern in gleicher Weise wie in Magdeburg vorgegangen werde. Wie die sogenannten Revisionisten vor der Verhandlung untereinander Fühlung nehmen, müsse das auch die andere weit größere Gruppe, natürlich ohne bindende Beschlüsse, tun. Noch dringender als diese Fühlung der Gesamtheit der Delegierten auf dem Parteitag sei bei der Reorganisation darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Fühlung zwischen der Masse — nicht Parteibeamten — und dem Vorstand hergestellt und auch die Vertretung Berlins im Vorstände nicht

durch Beamte erfolge und in der Generalversammlung gewählt werde.

Mit diesem Sachverhalt vergleiche man die vom Genossen Weis im fünften Kreise verbreiteten Legenden und persönlichen Anzuspitzungen Arthur Stadthagen.

Genosse Siegfried Weinberg ersucht uns um folgende Richtigstellung:

Der Bericht in Nr. 227 des „Vorwärts“ über die Versammlung des fünften Kreises vom 28. d. M., betreffend die Berichterstattung vom Parteitag, läßt mich sagen: „Auf dem Parteitag hat man sehen können, wie gut organisiert der linke Flügel für sich war.“ Tatsächlich habe ich gesagt: „Auf dem Parteitag hat man sehen können, wie gut organisiert der rechte Flügel war. Wenn demgegenüber einige Genossen des linken Flügels eine ärztliche strenge Organisation des linken Flügels anregten, so haben diese nur in der Notwehr gehandelt, und sie haben nicht die scharfen Angriffe von Weis verdient.“

Genosse Bühler wünscht die Aufnahme folgender Erklärung:

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ über die Generalversammlung des fünften Kreises bemerke der Genosse Friedländer u. a.: ich hätte mit meiner Rede in der Niederbarnimer Generalversammlung den Genossen Stadthagen gemeint und treffen wollen, als ich davon sprach, daß eine große Zahl der Delegierten mit den sachlichen Darlegungen Ledebours einverstanden war, aber nicht den Rat hatte, dies offen auszusprechen.

Dieser habe ich zu erklären, daß ich bei meinen Ausführungen nicht im entferntesten an den Genossen Stadthagen gedacht habe. Stadthagen konnte nicht gemeint sein, weil er dem Sinne nach dieselben Ausführungen gemacht hat.

In der Generalversammlung von Niederbarnim kann auch niemand der Meinung Friedländers gewesen sein, sonst hätten meine Ausführungen nicht allgemeine Zustimmung, sondern Widerspruch gefunden.

Durch die Zustimmung wie auch durch den Verlauf der Generalversammlungen in Groß-Berlin ist meine Ansicht, daß viele Genossen die gegen den Parteivorstand gerichtete Kritik für sachlich berechtigt hielten, vollaus bestätigt worden. Im übrigen bin ich weiter der Meinung, daß diese persönliche Polemik des Genossen Friedländer wirklich überflüssig war. Rud. Bühler.

Auch Genosse Jacobey ersucht uns um Abdruck folgender Erklärung:

Ich sagte nicht: „Die Art der Erlebigung der Reiseeierangelegenheit wirkte nach außen hin unschön, sondern die Art der Diskussion in der Marokkoprobleme.“ — Außerdem bin ich nicht gegen Antrag 30, weil ich Angehöriger eines Parteibetriebes bin, sondern weil ich Antrag 30 überhaupt für überflüssig halte.

Herm. Jacobey.

Witterungsbericht vom 28. September 1911.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 10 U. d. N.	
Stettin	763	SB	3	heiter	16	Darwin	756	SB	6	bedeckt	10
Danzburg	761	SB	5	bedeckt	15	Petersburg	767	SB	2	bedeckt	9
Berlin	764	SB	1	bedeckt	14	Scilly	769	SB	2	bedeckt	13
Frankfurt	767	SB	2	bedeckt	15	Aberdeen	780	SB	2	wolkig	6
München	768	SB	3	halb bb.	13	Barb	769	SB	2	halb bb.	12
Wien	768	SB	1	mollent	14						

Wetterprognose für Freitag, den 29. September 1911. Etwaß kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Adressbuch

für

Berlin und seine Vororte

Die verehrlichen Haushaltungsvorstände werden hiermit gebeten, die ihnen durch die Herren Hauseigentümer oder Verwalter zugegangenen **Hauslisten für 1912** genau und leserlich auszufüllen und sie dann so schnell wie möglich weiterzugeben. Auch diejenigen Gewerbetreibenden, die keine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe erhalten haben, bitten wir, die Rubriken der Hausliste möglichst genau auszufüllen, zumal diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Haushaltungsvorstände, denen die Liste bisher nicht vorgelegt wurde, wollen gefälligst bei den Hauseigentümern und Verwaltern darum nachfragen und die Eintragung schleunigst vornehmen oder uns ihre Angaben ohne Verzug direkt einsenden. Die

Abholung der Hauslisten beginnt: Montag, den 2. Oktober.

Wer das Adressbuch zum Vorbestellpreise erwerben will, darf nicht übersehen, dies in die richtige Spalte der Hausliste einzutragen, denn nach dem 31. Oktober tritt der um 2 Mark höhere Ladenpreis in Kraft.

Da die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse haben, ein möglichst vollkommenes und zuverlässiges Adressbuch zu besitzen, so dürfen wir wohl erwarten, daß unsere oben ausgesprochene Bitte erfüllt werden wird.

Berlin, den 29. September 1911.
SW 68, Zimmerstraße 36-41.

August Scherl,
Deutsche Adressbuch-Gesellschaft m. b. H.



Zur Vermeidung von Verwechslungen: Die Firma **A. Wertheim** unterhält in Berlin nur diese 3 Geschäfte

A. Wertheim

G. m. b. H.

Uersand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipzigerstr. 132/37.
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich.



Rosenthaler Str.

Leipziger Strasse 132-37

Oranien Strasse

Freitag, Sonnabend:

Lebensmittel

Soweit vorhanden:

Deutscher Kakao Pfd. 65, 90 Pf.
Holländ. Kakao Spezialmarke Pfd. 1.50, 2.00
Haushalt-Schokolade Pfd. 68, 78 Pf.
Block-Schokolade Pfd. 78 Pf.
Vanille-Schokolade Pfd. 1.15, 1.25

* Frisches Fleisch

Pa. Schmorfleisch Pfd. 90 Pf.
Pa. Roastbeef Pfd. 1.05, bei 10 Pfd. 1.00
Pa. Rinderfilet 1.00, ausgeschält, im ganz., Pfd. 1.20
Fehrlippe u. Brust Pfd. 75, bei 5 Pfd. 70 Pf.
Kamm u. Querrippe 65, bei 5 Pfd. 60 Pf.
Gulasch Pfd. 70 Pf. Gehacktes 60 Pf.
Frischer Schinken im ganzen, Pfd. 75 Pf.
Schweinefilet Pfd. 1.25
Schweinekoteletts Pfd. 80 Pf.
Kamm u. Schuft Pfd. 70, geteilt 75 Pf.
Lieserl 5 Pfd. 3.30
Kalbskeule im ganzen Pfd. 95 Pf.
Kalbsnierenbraten im ganzen Pfd. 90 Pf.
Kalbskamm u. Bug 65, geteilt 70 Pf.
Kalbsbrust Pfd. 75, -Spitze 90 Pf.
Hammelkeule und Rücken, im ganzen Pfd. 75 Pf.

* Fische

Lebende Karpfen Pfd. 60 Pf.
Lebende Hechte Pfd. 73, 93 Pf.
Lebende Aale Pfd. 68, 95 Pf. 1.10
Grüne Heringe Mdl. 18, 28 Pf.
Zander Pfd. 43 Pf.
Lachs in ganzen Fischen Pfd. 35, 50 Pf.
Schellfische Pfd. 15, 20 Pf.
Seelachs ohne Kopf in ganz. Fischen Pfd. 7 Pf.
Kabeljau ohne Kopf in ganz. Fischen Pfd. 16 Pf.
Seeaale ohne Kopf Pfd. 12 Pf.
Goldbarsche Pfd. 10 Pf.
Scharbenzungen Pfd. 20 Pf.
Heilbutten Pfd. 45 Pf.
Krebse Mdl. 13 Pf. bis 4.00
Solokrebse Stück 35, 50 Pf.

Holländ. Pudding-Pulver gefärbt

Mändelchen-Pudding Paket 24 Pf.
Kerst-Pudding Paket 24 Pf.
Eier-Pudding mit Vanille-, Schokolade-, Mandel- und Zitronen-Geschmack Paket 18 Pf.
Java-Reis Pfd. 23, 28 Pf.
Rangoon-Reis Pfd. 16, 18 Pf.
Bruch-Reis Pfd. 14, 15 Pf.

*Kassl. Rippespeer Pfd. 65 bis 80 Pf.

*Wilde Kaninchen Stk. 70 Pf. bis 1.00

* Hirsch u. Wildschwein

Keule Rücken Blatt Ragout
Pfd. 80 75 55 25 Pf.

* Obst

Kochbirnen Pfd. 10 Pf.
Essbirnen Pfd. 12 Pf.
Tafelbirnen Pfd. 18 Pf.
Kaiserkronen Pfd. 22 Pf.
Kanada-Reinetten Pfd. 12 Pf.
Essäpfel Pfd. 13 Pf.
Borsdorfer Aepfel Pfd. 16 Pf.

Fleischwaren

*Gänsebrust geräuchert, in ganzen und halben Brüsten 1.45
Mausschinken ca. 2 1/2 - 3 Pfd. 1.15
Landschinken ca. 8 - 12 Pfd. 1.15
Schinkenspeck in Stücken von ca. 1 1/2 bis 4 Pfd. 1.00
Braunsch. Zervelatwurst in Fettdarm, Pfd. 1.30
Zervelatwurst in Rinddarm Pfd. 1.20
Salamiwurst Pfd. 1.20
Schinkenwurst Pfd. 1.25
*Teewurst Pfd. 1.10
*Gänseleberwurst 1.40
*Feine Leberwurst Pfd. 95 Pf.
*Landleberwurst Pfd. 85 Pf.
*Rotwurst Pfd. 45 u. 70 Pf.
Ochsenzungen tafelfertig, in Dosen netto eingewogen, ca. 1 1/2 - 3 Pfd. schwer Pfd. 2.40
Frankfurter Würstchen in Dosen 2 1/2 Paar 85 Pf., 5 Paar 1.40, 10 Paar 2.50
Speck fett, Pfd. 65, mager 72 Pf. in Stücken von ca. 4 Pfd.

* Butter u. Käse

Koch- u. Backbutter Pfd. 1.20
Tischbutter Pfd. 1.30, 1.40
Bratenschmalz Pfd. 58 Pf.
Schweizer Käse Pfd. 85 Pf.
Emmentaler Käse Pfd. 1.15
Tilsiter Pfd. 65 Pf. Limburger Pfd. 60 Pf.
Kuhkäse 2 Stück 35, Landkäse Stk. 35 Pf.
Rotatour St. 30 Pf., Brikkäse Pfd. 75 Pf.
Camembert Pfd. 23 Pf.

* Obst

Kochäpfel Pfd. 10 Pf.
Pflaumen 5 Pfd. 60 Pf.
Weintrauben Pfd. 18 Pf.
Brüsseler Trauben Pfd. 58 Pf.
Melonen Pfd. 8 Pf.
Zitronen Dtsch. 20, 25, 30 Pf.

*Gänse Pfd. 48, 58, 68, 75 Pf.
*Gänserrümpfe Stück 3.00 bis 4.25
*Gänsebrust Pfd. 93 Pf.
*Gänse-Stückenfleisch Pfd. 55 Pf.
*Gänsekeulen Stück 63 Pf.
*Enten 1.30 bis 3.25
*Suppenhühner 1.20 bis 2.75
*Junge Hähne 1.00 bis 1.75
*Brüsseler Poularden Pfd. 1.28

* Räucherwaren

Große Ahlb. Flundern Pfd. 50 Pf.
Große Kieler Flundern Pfd. 40 Pf.
Ahlbeck. Flundern 4 Stück 15 Pf.
Aale Pfd. 98 Pf. 1.20
Bücklinge Kiste 33 Pf.
Stralsunder Bücklinge 3 Stück 10 Pf.
Lachs in Stücken Pfd. 65 und 75 Pf.
Matjes-Heringe 3 Stück 25 Pf.
Bratheringe Dose ca. 4 Ltr. 98 Pf.

Engl. Porter und Ale

Baxter's Double brown stout 10 Fl. 2.05
Baxter's Imperial stout 10 Fl. 2.75
Baxter's Pale Ale 10 Fl. 2.75
Flaschen werden mit 10 Pfg. berechnet und ebenso zurückgenommen.

Braunschweiger Schiffsmumme (Konzentriertes Malzextrakt)

1/2 Dose 2.15 1/2 Dose 1.10

Die mit * versehenen Artikel können nicht zugesandt werden.

Preise nie wiederkehrend!
Anderer Unternehmungen wegen sind die als niedrig bekannten Preise z. Zt. noch weiter herabgesetzt, teilweise bis zu **40%**
Ferner eine Riesen-Auswahl **Teppiche u. Portieren**, zum Teil mit kl. Fehlern, für die Hälfte des Wertes. Selten günstiger Gelegenheitskauf für die **neue Wohnung**
Teppichhaus Adler
Königsstr. 20-21, an der Judenstraße.
Ladeneinrichtung billig zu verkaufen.

MÖBEL-SELBIGER
Brunnen-Str. 22
im Fabrikgebäude neben Kaufhaus Janderl
Selten günstige Gelegenheitskäufe
in Schlaf-, Speise-, Wohnzimmer, jede Holz- und Stilkart. Moderne bunte Küchen zu enorm billigen Preisen
Wohnzimmer 210 M., Herrenzimmer 388 M.
Speisezimmer 422 M., Küche 45 M.
Zahlungsverleichterung gestattet

Gegründet 1890.

Alle Pfeile sind gerichtet auf das grösste, älteste u. kulanteste **Credithaus Julius Glogau**
G. m. b. H., mit seinen beiden Riesengeschäften.
Im Süden: **Oranien-Strasse 145-146** am Moritzplatz.
Im Osten: **Gr. Frankfurter Str. 137** zwischen Frucht- und Keppenstr.

Complete Zimmer Anz. v. 10 M. an, Woche 1 M.
Compl. Zimmer u. Küche Anz. v. 15 M. an, Woche 1.50 M.
Wohn- u. Schlafzimmer mit Küche Anz. v. 25 M. an, Woche 2 M.
Lassen Sie sich nicht irreführen! Wir können nur für die bei uns gekauften Waren volle Garantie übernehmen!
Ergänzungs-Möbel Anzahlung von 3 M. an
Herrn-Garderobe Anz. von 3 M. an
Damen-Garderobe Anz. von 3 M. an
Pelzwaren Anz. v. 3 M. an
Griff-Lochschloß

Schweizerischer Gewerkschaftskongress.

St. Gallen, 28. September. (Sig. Ver.)

Der letzte Tag brachte das Referat Schneeburgers, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, über die

Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften.

Einleitend gab er eine geschäftliche Uebersicht über die Wandlungen der deutschen Sozialdemokratie in ihrer Stellung zum Genossenschaftswesen. Auf ihrem heutigen Standpunkt steht auch die schweizerische Sozialdemokratie. Sodann schilderte er die Entwicklung und Bedeutung der Konsumvereine wie der reinen Produktgenossenschaften und ihre Bedeutung für die Arbeiter. Dabei trat er der einseitigen Ueberschätzung der Konsumgenossenschaften für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter entgegen. Für das Gedeihen der Genossenschaften sind die Arbeiter und ihre Gewerkschaften die Hauptstützen. Zur Gewerkschaft und Genossenschaft muß aber die Partei hinzukommen, die Politik, um ihrerseits die Arbeiterinteressen wirksam vertreten und ihre Ziele verwirklichen zu können. Von den Genossenschaftsangehörigen fordert er, daß sie sich unsern Gewerkschaften anschließen und hervorragend mitwirken an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Privatbetrieben, wovon auch der Fortschritt der Verhältnisse in den Genossenschaften abhängig ist. Der Referent besprach auch den vorgelegten Entwurf zu einem Uebereinkommen zwischen dem Gewerkschaftsbund und dem Konsumverband, der von dessen jüngster Delegiertenversammlung zurückgewiesen wurde, gegenwärtig aber wieder der Beratung in den Konsumvereinen unterliegt. In der Diskussion wurden die von bürgerlichen Arbeiterfreunden neuerdings unternommenen Versuche zur Gründung einer sogenannten „neutralen“ Organisation der Konsumangestellten scharf beurteilt und es wird namentlich Sache der lokalen Arbeiterunions sein, sie zu vereiteln. Schließlich wurden Resolution und der Entwurf zu dem genannten Uebereinkommen angenommen.

Hierauf behandelte in einem längeren Referat Genosse Dürr-Bern, Metallarbeitersekretär, die

Teuerung und die Lohnarbeiter.

Der Referent gab eine Darstellung der Entwicklung der Teuerung in den letzten Jahren und der verschiedenen Ursachen derselben unter Anführung eines reichen statistischen Materials. Er sagte die Quintessenz seiner Ausführungen in eine längere Resolution zusammen, die in der Diskussion wegen einiger Mängel scharf bekämpft und der dann eine Gegenresolution gegenübergestellt wurde. Man vereinigte dann beide Resolutionen zu einem Kompromiß. Diese Resolution konstatiert einmal, daß die Lohn-erhöhung die Preissteigerung nicht auszugleichen vermochte und sodann als die Hauptursachen der Teuerung die Steigerung der Grundrente durch Bodenpreisschwankungen, die Belastung der Warenpreise durch unrationelle Methoden der Produktion und der Warenvermittlung sowie die Preispolitik der agrarischen und industriellen Produzentenverbände, deren Bestrebungen durch Schutzzölle und mißbräuchliche Anwendung der Gesundheitspolizei vom Staate begünstigt werden; auch ungünstige Ernten und Störungen des wirtschaftlichen Lebens durch politische Ereignisse vermögen vorübergehend verteuernd zu wirken. Die Grundursachen der Teuerung sind natürliche Ergebnisse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und können daher dauernd nur gleichzeitig mit dieser beseitigt werden. Dieses Ziel ist zu erreichen durch die gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Organisation und Betätigung. Die Arbeitervertreter in den Behörden werden aufgefordert, daß sie mit aller Kraft für die Arbeiterforderungen eintreten und die stimmungsbereiten Bürger werden aufgefordert, bei Wahlen, besonders bei den bevorstehenden Nationalratswahlen, keinem Volkshaushälter ihre Stimme zu geben und ein eventuelles Antragsbegehren auf Abschaffung der Lebensmittelzölle zu unterstützen. In allen drei Arten von Organisationen soll allen Volkseigenen entgegengetreten werden. Diese Resolution fand einstimmige Annahme, worauf der Kongress um 1/2 Uhr geschlossen wurde.

Eine Reichsverbandswaffe.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte (147. Abteilung) hatte in der Verleumdungsklage, die von dem Geschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Dr. Franz Ludwig, gegen den „Vorwärts“-Redakteur Genossen Wich, Barth angehängt worden war, in dem vor acht Tagen abgehaltenen Verhandlungstermin die Verhandlung des Urteils ausgeführt. (Vgl. Bericht im „Vorwärts“ Nr. 222.) Der Vorsitzende hatte Zeit gewinnen wollen, um dem Urteil eine Begründung beigegeben zu können, in der — wie er hervorhob — „die Gründe bestimmter, klarer und schärfer zum Ausdruck kommen“ sollten.

Die Klage richtete sich gegen einen „Vorwärts“-Artikel, in dem dem Dr. Ludwig der Vorwurf gemacht worden war, daß sein Buch „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie“, das er im Vorwort als „solide Waffe“ für den Kampf gegen die Sozialdemokratie anpries, ein „reichsverbandlerisches Schwindelwerk“ sei. Als beleidigend empfand Kläger auch die Bemerkung, er habe Material zu seinem Buch aus einem „Lügenfeldzug gegen die Sozialdemokratie“ geschöpft, den in Mülhausen ein „schwer kompromittierter Ehrenmann“, Rechtsanwalt Dieh, mitgemacht habe. Dr. Ludwig klagte nur wegen formaler Verleumdung, der Angeklagte bot aber Wahrheitsbeweis dafür an, daß über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung Mülhausens das Buch Unwahrheiten enthalte, und es fand dann Beweiserhebung hierüber statt. Genosse Wich und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Heinemann, stellten sich auf den Standpunkt, daß es sich um wissenschaftliche Unwahrheiten handle und daß daher die Ausdrücke „Schwindelwerk“ usw. nur berechnete Teufelungen tatsächlicher Art seien.

Letztere wurde in einem besonderen Termin das Urteil verurteilt. Es lautete: Der Angeklagte wird zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Zur Begründung führte der Vorsitzende etwa aus: Jener Artikel enthalte zweifellos schwere Verleumdungen. Die Absicht, zu beleidigen, ergebe sich nicht nur aus der Form, aus den Ausdrücken „Schwindelwerk“ und „Lügenfeldzug“ sowie aus der Zusammenstellung Ludwigs mit dem „so schwer kompromittierten Ehrenmann“ Dieh, sondern auch aus dem tatsächlichen Inhalt. Der Schluß des § 193 sei dem Angeklagten nicht zuzubilligen. Der Redakteur einer Parteizeitung handle nicht in Wahrung berechtigter Interessen, wenn er in Abwehr von Angriffen auf seine Partei den Angreifer beleidige. Ein Wahrheitsbeweis sei für einen Teil der Behauptungen des Artikel gar nicht angeboten worden, z. B. dafür, daß die Kronzeugen Ludwigs fast alle so ausfähen wie Dieh. Wo versucht wurde, einen Wahrheitsbeweis zu führen, sei er nicht gelungen. Kläger sollte in seinem Buch wider besseres Wissen gesagt haben, daß Mülhausens sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit den Ankauf eines einen Arbeiter darstellenden Monumentalbrunnens beschlossen habe, um die Herrschaft der schwindeligen Faust zu dokumentieren, und daß diese Mehrheit die Schuldenlast der Stadt von 5 1/2 Millionen auf 28 Millionen gesteigert habe. Die Beweisaufnahme habe nicht ergeben, daß diese Behauptung unwahr sei, geschweige daß sie bewusst unwahr gewesen wäre. Erwiesen sei, daß die Sozialdemokraten zur Zeit der Erwerbungs des Brunnen die Mehrheit hatten. Es liege daher der Schluß außerordentlich nahe, daß auch auf die sozialdemokratische Mehrheit die Erwerbungs zurückzuführen war. Demgegenüber sei es

unerheblich, daß nicht alle Sozialdemokraten für den Brunnen, andererseits aber für ihn auch einige Bürgerliche stimmten. Wenn dabei vielleicht die übrigen Sozialdemokraten nicht mehr die Mehrheit bildeten, so seien sie doch noch ausschlaggebend gewesen. Unerheblich sei auch, daß die Anregung von anderer Seite ausging und der Bürgermeister selber dafür eintrat. Eine Anregung sei noch kein Beschluß, und des Bürgermeisters Ansicht werde oft von Gemeindevorstellern nicht unterstützt. Bezüglich der Schuldenlast sei erwiesen, daß sie außerordentlich gewachsen sei, von 5 1/2 Millionen auf 28 Millionen bis zum Jahre 1908. Unerheblich sei, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit nominell schon 1906 verlor. Das schließe nicht aus, daß die Sozialdemokratie bis 1908 noch ausschlaggebend war.

Hierauf sei als festgesetzt anzusehen, daß der Angeklagte den Kläger in einem Artikel durch Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen beleidigt habe. Wegen der Öffentlichkeit und der Schwere der Beleidigungen sowie wegen der Vorstrafen des Angeklagten sei auf Gefängnisstrafe erkannt worden.

Die Deduktion, weshalb eine Dr. Ludwigsche Behauptung als erwiesen gelte, wiewohl die Beweisaufnahme das Gegenteil ergeben hatte, ist fast noch verblüffender als die Straftat und das Strafmaß. Die Verhandlung hat gezeigt, in welchem Verhältnis zur Wahrheit die Reichsverbandshauptungen des Dr. Ludwig stehen. Selbst wenn aber Dr. Ludwig aus der Verhandlung engelrein hervorgegangen wäre, wird das Urteil allen denen unverständlich sein, denen entgeht, daß ein Richter sich in Prozessen mit einem politischen Hintergrund oft unbewußt von seiner politischen Gegnerenschaft zum Angeklagten bestimmen läßt. In der Berufungsinstanz dürfte es kaum Bestand haben.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 28. September, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß nach einer heute früh eingetroffenen Drahtnachricht der auf einer Weltreise begriffene Stadtv. Marggraf (soz.-fortsch.) in Samoa nach ganz kurzer Krankheit verstorben ist. Die Versammlung hebt den ihm vom Vorsteher gewidmeten Nachruf stehend an und ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

In eine Reihe von Deputationen ist für den verstorbenen Stadtv. Deutsch (soz.-fortsch.) Ersatz zu wählen. Die Vornahme der Wahlen wird auf die nächste Sitzung verschoben.

An die durch Unwetter geschädigten Bewohner des habschischen Frankensandes sollen 10 000 M. Unterstützung gewährt werden. Die Versammlung stimmt zu.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist folgender Antrag (Dr. Krons u. Gen.) gestellt:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, angesichts der eingetretenen und voraussichtlich im nächsten Jahre sich noch vermehrenden Teuerung in Erwägung zu ziehen, ob und bei welchen Kategorien der städtischen Beamten, Hilfskräfte und Arbeiter eine

Aufbesserung der Gehälter und Löhne

eingetretet hat, und ob vor einer solchen Aufbesserung vorübergehende Teuerungszulagen zu gewähren seien. Die Versammlung stellt eventuellen Anträgen des Magistrats entgegen.“

Stadtv. Dr. Weil (Soz.): Wir stehen erst am Anfang der Teuerung und sehr wahrscheinlich bringen die nächsten Monate eine starke Verschärfung, die unter den breiten Massen des Volkes eine wahre Verheerung anrichten dürfte. Diese breiten Massen seufzen schon heute unter schier unerschwinglichen Rohstoffpreisen der wichtigsten Lebensmittel, und der Preissteigerung ist kein Ende abzusehen. Der hoffnungsvolle Anlauf, den der Magistrat vor acht Tagen zur Milderung des Notstandes unternommen hat, scheint ja vorläufig, abgesehen von dem Seefischvertrieb, in statistischen Erhebungen und weiteren Beratungen stecken bleiben zu sollen. Man scheint also im wesentlichen theoretische Maßnahmen treffen zu wollen, um den Notstand zu lindern; wirksam kann er nur durch

praktische Maßnahmen

gelindert werden. Auch alle Maßnahmen, die der Oberbürgermeister vorschlug, würden nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten; wirksame Hilfe liegt nur auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Vorschriften, die den Notstand verschuldet haben und die ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden müßten. Wir haben nun unsererseits als gute Hausväter dafür zu sorgen, daß unsere Angestellten und Arbeiter vor Not und Sorge bewahrt bleiben. Dieser Erwägung entspringt unser Antrag. Gehälter und Löhne standen vielfach nicht und stehen heute nicht im Einklang mit den vorhandenen Lebensverhältnissen; sie tragen heute zu einem großen Teil nicht den Teuerungszuständen Rechnung. Unsere Deputatendarbeiter auf den Gütern erhalten immer noch pro Tag im Winter einen Lohn von 1,20 M., im Sommer den fürstlichen Lohn von 1,80 M. Diese letztere Summe ist seit 20 Jahren nicht erhöht worden. Sie bekommen allerdings daneben ihr Deputat an Stroh, Milch, Kartoffeln usw.; sie beklagen sich darüber, daß die Kartoffeln so schlecht sind, daß sie nur als Viehfutter verwendet werden können. (Widerspruch.) Die Stamarbeiter der Parkverwaltung bekommen 3,21 M., die voll beschäftigten Hilfsarbeiter 3,12 M. Im Tiefbau haben wir noch Arbeiter, die tägliche Löhne von 3,39 M. erhalten; für die verheirateten Hausdiener in den Krankenhäusern gibt es 85 M. Monatslohn = 2,80 M. pro Tag; erst nach acht Jahren steigt der Lohn auf 110 M. Auch unter unseren Beamten haben wir noch Bureauhilfen mit einem Anfangsgehalt von 1600 M., darunter Familienväter. Dies nur eine kleine Mülhausen, die aber drastisch illustriert, wie gering unter den heutigen Teuerungspreisen diese Entlohnungen sind; man muß sie geradezu als unwürdig der Stadt Berlin bezeichnen. Die gewerbliche Väterzeugung wird durch diese Teuerung schwer getroffen, da der Konsum von nicht unmittelbar der Ernährung dienenden Bedarfsgegenständen eingeschränkt wird. (Hört! hört!) Aufbesserung der Löhne und Gehälter bedeutet also praktisch auch positive Mittelstands politik. Die Summen, die event. für die Erhöhung der Bezüge der Angestellten ausgemessen werden, kommen schließlich in beträchtlichem Umfang auch unserer Stadtkasse zugute.

Wenn unsere Angestellten an chronischer Unterernährung leiden, werden sie weniger leistungsfähig sein; ihre Leistungsfähigkeit wird entsprechend der Aufbesserung steigen, ebenso wird ihre Kaufkraft gehoben.

Auch die preussische Staatsregierung ist in Erwägung eingetreten mit Rücksicht auf die bestehende Teuerung; man will da den Unterstützungsfonds der Beamten auffüllen. Der Rat der Stadt Dresden will den Arbeitern am 1. Oktober 1912 Zuschüsse als Äquivalent für die Teuerung geben; ähnliches soll in Frankfurt geschehen. Auch ein Privatinstitut wie die Deutsche Bank hat Teuerungszulagen für ihre Beamten in Aussicht genommen. Im allgemeinen stehen wir ja Teuerungszulagen skeptisch gegenüber. Wir meinen, es müßten die

Bezüge dauernd erhöht werden

Teuerungszulagen sind ja nur eine vorübergehende Maßnahme. Die jetzige Teuerung aber wird nicht vorübergehend sein, und eine Erhöhung der Bezüge könnte erst am 1. April 1912 in Kraft treten. Da würden Teuerungszulagen der Abhilfe der augenblicklichen Not dienen können. Die innere Berechtigung und

die Notwendigkeit der Aufforderung, welche unser Antrag an den Magistrat richtet, kann wohl keinem Zweifel unterliegen. Es ist ja übrigens auch üblich, alle drei Jahre eine Revision der Lohnhöhe einzutreten zu lassen, und diese drei Jahre sind jetzt um. Die Fassung unseres Antrages entspricht derjenigen des Beschlusses, den die Versammlung vor etwa 8 Jahren gefaßt hat.

Unsere Beamten und Arbeiter sehen sorgenvoll in die Zukunft; beugen wir nicht vor, so müssen wir mit Unterernährung und Verminderung der Leistungsfähigkeit bei ihnen rechnen. Reichs- und Staatsregierung arbeiten nicht darauf hin, die Not des Volkes zu lindern; die Hungerrevolten in Frankreich und Belgien, die blutigen Ereignisse in Wien

lassen unsere agrarische Regierung kalt.

Die Stadtverwaltung hat mindestens die moralische Pflicht, unsere Angestellten vor früherer Not und Elend zu bewahren. Wir schiden ja heute eine Summe nach dem habschischen Frankensand; wir haben früher Summen mit gleicher Bestimmung auch nach exotischen Ländern gesandt. Stimmen Sie die Debatte auf den Herzogstein, der angebracht ist, wenn man der Rat der Ritzbürger Steuern will. Der Magistrat aber möge rasche und gute Arbeit leisten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Gaffel (N. L.): Erst 1909 haben wir mit rückwirkender Kraft von 1908 eine sehr weitgehende Verbesserung der Beamtengehälter vorgenommen; diese Tatsache läßt vielleicht für sich schon das ganze Pathos des Vorredners überflüssig erscheinen. Ob und inwiefern es möglich sein wird, jetzt wiederum zu einer allgemeinen Erhöhung der Gehälter der Beamten zu schreiten, wird weiterer Erwägung bedürfen; wir werden die Aufhebung des Magistrats abwarten und in der einzusehenden Kommission dazu Stellung nehmen. Die allgemeine Verteuerung, die in den letzten Dezennien eingetreten ist, wurde schon 1909 berücksichtigt. Es ist nicht zu leugnen, daß zurzeit eine Teuerung besteht und noch in der Zunahme begriffen ist; wir werden auch diese Frage zu erwägen haben. Aber nicht bloß die Beamten, sondern auch die Bürgerschaft, namentlich auch die kleineren Erwerbsstände haben darunter zu leiden, und diesen können wir keine Teuerungszulagen gewähren. Bleibt die Teuerung bestehen und nimmt sie gar noch zu, so wird eben nur die Existenz bestreiten können, eine Teuerungszulage allerdings zu gewähren sein. Ich beantrage Ueberweisung an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Stadtv. Wamsen (Fr. Fr.): Einer allgemeinen Besoldungserhöhung wird zurzeit nicht näher zu treten sein. Die durch die Dürre hervorgerufene Teuerung der Nahrungsmittel kann nicht mit einer Gehaltserhöhung bekämpft werden, denn sie wird bei Getreide, Kartoffeln, Milch u. dgl. doch wohl mehr oder minder übergehend sein. Ein Freund von Teuerungszulagen bin ich auch nicht; treten wir darüber in Erwägung ein, so müssen wir auch im Auge behalten, daß die ganze ärmere Bevölkerung, die nicht in Lohn und Gehalt der Stadt steht, ganz ebenso unter der Teuerung leidet, aber dann noch mittragen muß an der für jene Kategorien bewilligten Zulage.

Nachdem noch Stadtv. Rosenow (N. L.) für Ausschußberatung sich ausgesprochen, wird demgemäß beschlossen. Anschließend an den

Jahresabschluss der Stadthauptkasse

für 1910 fragt

Stadtv. Nobler (N. L.) nach dem Ergebnis der Verteilung der im November 1910 beschlossenen Bewilligung von 150 000 M. als Ehrengabe an die Veteranen. Zufällig habe er erfahren, daß jeder Veteran ganze 25 M. erhalten habe, und zwar für 1911, während die Versammlung sie doch für 1910 bestimmt habe.

Stadtrat Wamsen: Ja, die Zahl der Veteranen war eben ganz kolossal, so daß auf den einzelnen nicht mehr entfiel. Als wir mit den Vorarbeiten fertig waren, fand das neue Staatsjahr vor der Tür und für 1910 war nichts mehr vorhanden. Zur Errichtung von

Baracken für 600 Obdachlose

auf dem Gelände Kröbelstraße, Ecke Diesterwegstraße, hat die Versammlung noch vor den Ferien 150 000 M. bewilligt. Jetzt beantragt der Magistrat, die Summe um 90 000 M. zu erhöhen, da aus nicht vorhergesehenen, umfangreichen Terrain- und Straßentregulierungen sowie aus der durch die polizeilichen Vorschriften gebotenen Notwendigkeit, die Grundflächen der Gebäude und die Lichte Höhe der großen Schlüssale zu vergrößern, bedeutende Mehrkosten erwachsen.

Ohne Diskussion wird dem Magistratsantrage entsprochen.

Ein weiterer Antrag Dr. Krons und Genossen (Soz.) vom 28. September lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage, durch welche ein städtisches Wohnungswesen mit Wohnungsaufsicht und unentgeltlichem Wohnungsnachweis für kleinere Wohnungen begründet wird.“

Stadtv. Heilmann (Soz.): Es wird vielen von Ihnen noch in Erinnerung sein, daß wir 1900/01 lang ausgepöbelte Debatten über die Wohnungsnote hatten. Daraus gekommen ist dabei recht wenig außer der König-Friedrich-Stiftung, die sicherlich in den weitesten Kreisen unbekannt geblieben ist. Diese hat den Zweck, den minderbemittelten Bürgern billige und gesunde Wohnungen zu gewähren. Diese Stiftung ist mit sage und schreibe einer Million Mark ausgestattet; der Oberbürgermeister sagte damals selbst, diese Summe sei nur deshalb vorgeschlagen, weil man sich eine Erhöhung der Summe durch die Beteiligung der reichen Bürgerschaft verspreche. Als ich deren Bereitwilligkeit angezweifelte, trat der Oberbürgermeister mir mit einer geharnischten Erwiderung entgegen. Seitdem sind 11 Jahre verfloßen; die Versammlung hat von der Stiftung nichts weiter gehört; bei ihrer Bedeutung richte ich nun an den Magistrat die Anfrage: wie hoch sind in der Endsumme die Zuwendungen von privater Seite gekommen? In den ersten Monaten nach Gründung der Stiftung habe ich die im Gemeindefaßt erwähnten Summen kontrolliert, sie betragen — 550 M. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Vielleicht sind ja die Zuwendungen später reichlicher geflossen. Außerdem wurde damals noch die Hergabe von 1/2 Million an den Verein zur Besserung der Wohnungsverhältnisse beschlossen, und die statistischen Beobachtungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens sollten verbessert werden. Wenn erkenne ich an, daß unter statistisches Amt die Berichterstattung gegen früher bestanden hat, aber nach seiner ganzen Organisation und bei seiner engen Verbindung mit den Vororten kann es nicht leisten, was ein besonderes Wohnungswesen leisten würde. Was wir heute beantragen, ist nur ein

kleiner Ausschnitt unserer Forderungen von 1900/01.

Damals hatten wir eine akute Wohnungsnot; heute haben wir einen gewissen Ueberschuß an leeren Wohnungen in Berlin und von einem akuten Wohnungsmangel kann keine Rede sein. In höchstem Maße vorhanden ist aber das

chronische Wohnungselend,

unter dem in hygienischer und sittlicher Beziehung die Bevölkerung zu leiden hat. Der so vorzüglich ermöglichte Graf Rosadowsky hat sich auf dem letzten Leipziger Wohnungskongress darüber ausführlich ausgelassen. Die von ihm angeführten Zahlen bedeuten ein ganz fürchterliches Wohnungselend auf. Details gerabezu erschütternder Art aber findet man in der Enquete, die der hochverdiente Redakteur der Berliner Ortskrankenkasse Herr Kaufmann seit Jahren angestellt, und die sich trotz der Anfeindungen der Hausbesitzer allgemeine Beachtung errungen hat. Die Gelder, die man zur

aufwendet, werden solange keine Wirkung äußern, als die große Masse der Bevölkerung weiter gezwungen ist, in so ungesunden und unzulänglichen Wohnräumen zu hausen.

Der Magistrat des Wohnungserlasses der sächsischen Regierung, 492 R. für eine Wohnung von zwei Stuben und Küche, zugrunde gelegt, wohnt die große Mehrzahl der Berliner Bevölkerung in völlig unzureichenden Wohnungen; denn ein Einkommen von mindestens 2000 M., welches danach dieses Wohnungsminimum zu erschwingen ermöglicht, haben nur etwa 8 Proz. Allerdings ist der bekannte Antrag Hedrich-Brandenstein im preussischen Landtage, die Regierung zu einer Enquete der Wohnungsverhältnisse in den Großstädten aufzufordern, unter demselben Gesichtspunkt zu beurteilen, wie der Dieb, der sich des Kniffes bedient, zu rufen: Haltet den Dieb! denn die Wohnungsverhältnisse auf dem flachen Lande sind die allerbestimmtesten. — Wohnungsinspektionen hat bereits eine sehr große Zahl von Kommunen eingerichtet; Westm. entbehrt ihrer immer noch. Die Wohnungsinspektionen haben sich überall außerordentlich bewährt. Charlottenburg setzte eine solche mit einer für unsere Begriffe stupenden Schnelligkeit ins Werk; sie erstreckt sich auf alle Wohnungen von zwei Stuben und Küche oder weniger. Charlottenburg räumt auch das gegen unseren damaligen Antrag ausgesprochene Bedenken aus, daß eine Wohnungsinspektion ohne polizeilichen Zwang nicht durchführbar sei; der Polizeipräsident von Charlottenburg hat sich bereit erklärt, die Durchführung der vom Wohnungsamt für notwendig erachteten Maßnahmen auf dessen Antrag eventuell zwangsweise erfolgen zu lassen. Es ist doch undenkbar, daß der Berliner Polizeipräsident eine andere Stellung einnehmen könnte, denn schon der preussische Wohnungsgesetzentwurf sah in allen Großstädten Wohnungsinspektionen vor. Charlottenburg hat uns also leider auch hier überflüssig; wir wollen doch nicht warten, bis wieder ein geschlicher Zwang über uns kommt, wie jetzt beim Zweckverband, der ja auch für die Fluchtlinien zuständig sein wird.

Wir Sozialdemokraten wissen genau, daß unser heutiger Antrag nur die erste kleine Maßnahme ist, um die schlimmsten Auswüchse im heutigen Wohnungswesen zu beseitigen. Der große Komplex von Fragen, der unter dem Begriff der Wohnungsnot zusammengefaßt wird, ist durch tausend Fäden mit der heutigen Wirtschaftsordnung verknüpft. Erst die Lösung des Grund und Bodens von der Wirksamkeit des Privatkapitals wird der Wohnungsnot und dem Wohnungssele ein gründliches Ende bereiten. Aber inzwischen muß alles versucht werden, um wenigstens das Ärgste zu beseitigen, und eine sozial gerichtete Stadtverwaltung sollte ihre Mitwirkung dabei nicht verjagen. Heute haben Tausende von Kommunen, selbst solche mit königlicher Polizei, diese Wohnungsinspektion, und sie arbeitet zu Ruh und Frommen der Bürgerschaft. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.)

Stadttr. Fischel: Der Zweck der König Friedrich-Stiftung war doch ein wesentlich anderer als der des heutigen Antrags. Der Magistrat hat die Frage keineswegs einfach zu den Akten geschrieben. In Städten wie Eisen liegen die Verhältnisse anders als in Berlin; dort ist die Sache vom pfeiferischen Standpunkt angefaßt worden, aber es bestehen dort gleichzeitig auch Polizeivorschriften in derselben Richtung, wie sie für Berlin nicht vorhanden sind. Es war uns ja auch ein Wohnungsgesetz versprochen, aber dies ist leider gescheitert. Noch jüngst aber ist die Frage durch eine Verfügung des Oberbürgermeisters vom Magistrat neu in Angriff genommen worden, wie auch in den Zeitungen gestanden hat. (Widerspruch.) Wir werden mit den zuständigen Deputationen und eventuell auch mit den Krankenkassen weiter zu beraten haben.

Stadt. Löser (A. L.) beantragt Ausschubsetzung. Die Tragweite des Antrags sei nicht zu übersehen. Der größte Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen seien kleine. Die kleinen Wohnungen seien heute in Berlin billiger als in Charlottenburg.

Stadt. Löser (Fr. Fr.) erklärt, daß in seiner Funktion prinzipielle Gegner der Anträge, insbesondere gegen den ersten Teil, nicht besteht, und polemisiert dann im Sinne der Hausbesitzervereine gegen die Enquete des Kandidaten der Dreifrankensasse der Kaufleute. Ein Wohnungsnaehweis werde nicht so leicht zu schaffen sein; er lehne diesen Teil des Antrages ab.

Stadt. Landsberg (A. L.) spricht sich mit Schärfe und in sehr energischer Weise gegen den Antrag aus.

Stadt. Ladewig (A. L.): Wir sehen dem Antrage durchaus freundlich gegenüber. Die Wohnungsfrage ist eine der wichtigsten städtischen Aufgaben.

Stadt. Dr. Jabel (Soz.): Den Hymnus der Hausbesitzer auf die Berliner Wohnungsverhältnisse können wir doch nicht so durchgehen lassen. Die statistischen Berichte ergeben, daß bereits 43 Städte ein Wohnungsamt besitzen.

Die Erfahrungen sind im allgemeinen durchaus gute; auch der Wohnungsnaehweis wird stark in Anspruch genommen. Die Verdienste der Arbeiterrentenkommission, die sich seinerzeit die Mühen in den Häusern und Wohnungen Berlins vornahm, sind unbestreitbar. Diese Erfahrung allein beweist schon die unbedingte Notwendigkeit eines Wohnungsamtes. Eine Menge von Hauswirten vermietet in Berlin Wohnungen, die sie nicht vermieten dürfen, z. B. Dachwohnungen. Solche Mißstände soll ein neutrales, objektives, über den Parteien stehendes Wohnungsamt beseitigen. Wir haben in Berlin einen gemeinnützigen Anstaltungsverein, die „Gartenstadt-Gesellschaft“; der ist ihre weitere Betätigung, wie behauptet wird, vom Magistrat direkt erschwert worden. Wie verhält es sich damit?

Stadttr. Fischel: Der Vordredner hätte dem Magistrat von dieser Anfrage vorher Mitteilung machen sollen. Ich kann jetzt keine Auskunft geben.

Damit schließt die Beratung. Stadt. Reimann (Schlußwort): Die vom Kollegen Glahel gegen die erwähnte Enquete erhobenen Vorwürfe, wie den der Unzulänglichkeit, wie ich energisch zurück. Dem Stadttr. Fischel gegenüber konstatierte ich, daß keiner von uns etwas von der Verfügung des Oberbürgermeisters in den Zeitungen gelesen hat, obwohl wir doch die Presse recht genau verfolgen. Auch vom Nachrichtenamt haben wir darüber nichts erfahren. Keine Frage nach den Endsummen der König Friedrich-Stiftung ist unbeantwortet geblieben.

Stadttr. Fischel: Die Endsumme kann ich ziffernmäßig nicht angeben, aber sie ist außerordentlich gering, und die damals gehegten Hoffnungen sind völlig hinfällig geworden; einen weiteren Versuch, an die Privaten heranzutreten, haben wir auch nicht mehr gemacht. Vielleicht läßt sich nächstens wieder einmal aus den Zinsen an eine gemeinnützige Baugenossenschaft ein Darlehen geben. Ueber die am 15. September ergangene Verfügung des Oberbürgermeisters sind mir Zeitungsausschnitte mitgeteilt worden.

Der Antrag geht darauf in einen Ausschub von 15 Mitgliedern.

In seiner letzten Sitzung hat der Magistrat unter dem Eindruck der Beschlußfassung des Ausschusses vom 19. September die

Zurückziehung der Luftsbarkeitssteuervorlage beschlossen und gibt der Versammlung davon Kenntnis. Der Ausschub von 1 Million Mark in den Einnahmen des Etats für 1911 soll aus dem Ueberschusse des Etatsjahres 1910 gedeckt werden.

Ohne Debatte wird letzterer Antrag genehmigt.

Der Ausschub für die Vorlage wegen

Erwerbs von Grundstücken

für den Betriebshof der Nord-Südbahn hat heute ge- tagt und beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Kauf der Grundstücke Müllerstraße 47 und 47a für 202 000 und 211 000 Mark zu genehmigen, dagegen den Kauf des Teilgrundstückes von Müllerstraße 51a abzulehnen, weil der Preis von 185 000 M. als

zu hoch erscheint.

Die Versammlung nimmt diese Anträge ohne Diskussion an.

Aus der Partei.

Die Organisationen über den Jenaeer Parteitag.

Die Frankfurter Genossen nahmen am Dienstagabend den Bericht vom Parteitag entgegen, den die Delegierten Frau Ennenbach, Göller und Dr. Quard erstatteten. Genossin Ennenbach referierte hauptsächlich über die Frauenkonferenz, deren Ergebnis sie als überaus befriedigend bezeichnete. Genosse Göller berichtete rein referierend. Zum Schlusse seiner Ausführungen betonte er, daß er es nicht für einen Vorteil für die Partei halte, daß beide Richtungen in der Partei Extrastörungen abhielten. Der Bruderzwist in unserer Partei — die Richtungen hätten sich manchmal sehr scharf gegenüber gestanden — sei sehr zu bedauern. Es sei zu hoffen, daß mit der Zeit Klärung eintritt und der Klassenkampf die Geister wieder einigt.

Quard sprach über die Paroosfrage und die Reichstagswahlen. Daß der Parteivorstand in der Paroosfrage mehr hätte tun können, das habe auch er auf dem Parteitag unterstrichen. Das Vorgehen der Genossin Luxemburg und der „Leipziger Volkszeitung“ sei aber in der gegenwärtigen Zeit unangebracht gewesen und mehr wie eine polemische Uebertreibung. Der Parteivorstand sei zum Teil scharf und illoyal kritisiert worden. Die Amendements Luxemburg und Genossen zur Paroosresolution seien höchst überflüssig gewesen und mit Recht abgelehnt worden. Das Referat Debels über die Reichstagswahlen sei eine Musterleistung gewesen. Es habe sich dadurch ausgezeichnet, daß Debels bei aller Empfindung und Einsicht für die volkswirtschaftlichen Verhältnisse vor allem dem Moment Rechnung trug, wonach das Schenken in Deutschland weit über die Parteigränzen hinausgeht: den schwarzen und blauen Block zu zerschmettern. — Gegenüber den Ausführungen Gollners über die Meinungsverschiedenheiten meinte Quard, es wäre verfehlt, wenn alle ein und derselben Meinung wären. Das macht ja das Leben in der Partei, daß verschiedene Ansichten vorhanden sind. Bei Kämpfen sei ja noch nie eine Lücke in der Bilanz bei der Partei gewesen. Quard sprach schließlich den Wunsch aus, daß der Unfug der separaten Sitzungen ausgetrotzt werde.

In der Debatte ging Genosse Parteisekretär Rehrhorn zunächst auf die Kaiserfrage ein. Er bezeichnete die Verschärfung des Münchener Beschlusses als eine Beleidigung für die Angestellten der Arbeiterbewegung. Die Angestellten hätten vorher zur Aufhebung des Münchener Beschlusses nicht geredet, weil sie geglaubt, daß der Beschluß bestimmt aufgehoben würde. Der Zustand wie er jetzt ist, könne auf die Dauer nicht aufrecht gehalten werden. Diejenigen, die am 1. Mai arbeiten, sollten einen Teil ihres Verdienstes abgeben.

Genosse Dr. Leby betonte, der Parteitag habe mit Recht mit den Ultraradikalen abgerechnet. Wenn jemals die Disziplin gebrochen worden sei, dann durch die Kritik der Genossin Luxemburg an dem Flugblatt des Parteivorstandes. — Auch Genosse Müller begrüßte, daß Debels den Ultraradikalen entgegengetreten ist. Mit dem Ergebnis des Parteitages könne man sehr zufrieden sein.

Genosse Schid verteidigte die Haltung der Genossin Luxemburg usw. und kritisierte den Artikel der „Volksstimme“: „Die Anarcho-Syndikalisten an der Arbeit“. — Genosse Wendel hält aufrecht, was er schon in der „Volksstimme“ geschrieben hat, daß das Vorgehen der Genossin Luxemburg während der Aktion parteischädigender Unfug gewesen sei. Er wollte einmal sehen, wenn von der revisionistischen Seite ein derartiger Vorstoß unternommen worden wäre, was dann die „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben hätte. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Den Artikel „Anarcho-Syndikalisten“ beantwortete und befe er. Die Ueberschrift hätte ja eine andere sein können. Er sei veranlaßt worden durch die Parteitagartikel der „Leipziger Volkszeitung“, in dem alle Genossen wie Rehring und Kautsky zum alten Eisen geworfen werden, als Leute, die nichts mehr taugen. Auf einen groben Mißgriff gehöre ein grober Reil. — Wendel wandte sich dann gegen eine Bemerkung Quards, daß er sich zu keiner Richtung gezählt habe. Es müsse entschieden Partei ergriffen werden im Kampfe der Meinungen. Auseinandersetzungen in der Partei müßten jetzt allerdings zurückgestellt werden. Nun gebe es vor allen Dingen in den Reichstagswahlkampf hinein, zum Kampf gegen den Feind. — Von anderen Rednern wurden die Ausführungen Rehrhorns zur Kaiserfrage zurückgewiesen. Damit waren die Erörterungen beendet. Ein besonderer Beschluß wurde nicht gefaßt. Mit dem Ergebnis des Parteitages war man ja im allgemeinen zufrieden.

Der sozialdemokratische Verein in Gera (Neuh) nahm am 22. September den Bericht des Parteisekretärs Genossen Nauß vom Parteitage entgegen. Der Berichterstatter sprach sich dahin aus, daß der Parteitag in seinen Verhandlungen und Beschlüssen ein Bild erfreulicher Geschlossenheit für den Reichstagswahlkampf gezeigt habe. Daß am Parteivorstande eine Kritik, „so freilich, so frohlich und frei“, geübt werden konnte, wie es wohl noch nicht der Fall gewesen ist, sei ein Zeichen der inneren Gesundheit der Partei. Die Rüge des Parteivorstandes gegen einige Parteiblätter sei nicht berechtigt gewesen, weil sie sich einseitig gegen die Partei richtete. Ebenso unberechtigt seien ihm die Vorwürfe erschienen, die gegen die Genossin Luxemburg erhoben wurden. Weder habe die Genossin Luxemburg eine Indiscretion begangen, noch habe sie mit ihrer Kritik des Kautskyschen Flugblattes störend in eine Aktion eingegriffen, da der Parteivorstand selbst gesagt habe, daß damals eine Aktion gar nicht beabsichtigt gewesen sei. Das Flugblatt habe tatsächlich nicht genügt, es sei nicht anseuernd gewesen. Die vorgenommene Ergänzung des Parteivorstandes und die verlangte Reorganisation bewiesen ja auch, daß die Kritik nicht ganz unberechtigt gewesen sei. Redner hätte gewünscht, daß sich Debels Referat über die Reichstagswahlen auch etwas mehr mit den Nationalliberalen befaßt hätte, mit denen wir es gerade in Thüringen zu tun hätten. Die Vertreter von Neuh j. L. hätten auch dafür gestimmt, daß die Genossen, die verpflichtet sind, am 1. Mai ihren Tagesverdienst abzuliefern, das aber verweigern, aus der Partei ausgeschlossen werden. — Es folgte eine rege Aussprache, in der sich alle Redner mit den Arbeiten und Beschlüssen des Parteitages und mit der Haltung der Vertreter von Neuh j. L. einverstanden erklärten. Getadelt wurde aber allgemein die von einigen Parteitagrednern beliebten höhnischen und schroffen Äußerungen gegen einige Genossen, so Davids gegen Bensch und Weiss gegen Ledebour und Luxemburg. Einer der Diskussionsredner verteidigte auch das Paroosflugblatt Kautskys, das gerade so, wie es war, gut gewesen wäre. Die Versammlung erklärte sich durch einfache Abstimmung von den Arbeiten des Parteitages für befriedigt.

Wegen der Parteidifferenzen in Württemberg

hat am 26. d. M. eine mündliche Verhandlung zwischen dem Vorsitzenden der Landesorganisation und einem Vertreter des Parteivorstandes stattgefunden. Sobald die Wahlen für die neugeschaffene Pressekommision vollzogen sind, voraussichtlich am nächsten Montag, werden Landesvorstand, Pressekommision und Vertretung des Parteivorstandes zu gemeinsamer Verhandlung zusammenzutreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Niederlage der Breslauer Polizei.

Am 14. Juli wurde, wie seinerzeit berichtet, in Breslau der fast 90jährige Parteigenosse Louis Cohn, ein alter 48er Freiheitskämpfer zu Grabe getragen. Dabei erlaubte sich die Polizei mehrfach Störungen des Leichenbegängnisses. Als die Kranzträger unserer Partei sich vor dem Leichenwagen anstellen wollten, wurden sie nach dem Polizeipräsidium abgeführt, wo sie die roten Schleifen von den Kränzen entfernen sollten. Sie weigerten sich dessen und überließen lieber die ganzen Kränze der Polizei. Als später Genosse Löbe in der Leichenhalle des jüdischen Friedhofs dem Verstorbenen ein paar Abschiedsworte widmete, stürmte ein Kommissar

auf den Altar, bot dem der Satz stand und entzog dem Redner das Wort. Die Entrüstung der Trauergemeinde war schon bei dem Auftreten mit den Kränzen groß, und ein Kommissar drohte dem Sohne des Verstorbenen mit Verhaftung, weil er sich über das Vorgehen der Polizei empört zeigte; in der Leichenhalle aber stieg die Empörung auf das höchste, und Psalmen wurden laut, als die Pöbelhaube auf dem Altar ihres Amtes waltete.

Das nächste, was geschah, war, daß die Genossen Parteisekretär Müller, Schriftseher Hoffmann und Redakteur Darf als Kranzträger Strafmandate über je 10 M. erhielten, weil sie durch das Tragen der roten Kränze das Leichenbegängnis zu einem „ungewöhnlichen“ gemacht haben sollten. Einen Strafbefehl in gleicher Höhe erhielt Redakteur Löbe, weil er in der Leichenhalle eine Versammlung unter freiem Himmel ohne polizeiliche Genehmigung abgehalten haben sollte. Letzteres sollte deshalb der Fall sein, weil eine Tür der Leichenhalle offen stand.

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht hat jetzt mit einer Freisprechung aller vier Angeklagten geendet.

Danziger Pressefreiheit.

Am 1. Juni d. J. sprach das Danziger Schöffengericht die Genossin Prohvitk frei, die eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins nicht als öffentliche Versammlung angemeldet haben sollte. Die Polizei hatte die Versammlung als öffentliche überwachen lassen. Die Gerichtsverhandlung erregte Aufsehen durch die darin gefallene Erklärung des Assessors Warmbrunn, daß die Sozialdemokratie den Reineid fördere. Der die Versammlung überwachende Polizeikommissar Gänther behauptete als Zeuge, daß der Genosse Schnell nach seiner Ueberzeugung nicht Mitglied der Partei war. Der Beamte beriet seine besondere Stellung zur Partei durch die weitere eithliche Erklärung, daß von „der Partei“ alles versucht werde“. Aus dem Referat des Genossen Crispian hatte er in seinem Bericht mitgeteilt, daß in Kasernen Flugblätter verteilt werden sollten. Genosse Crispian wies als Zeuge nach, daß er nicht ein Wort von dieser Absicht gesprochen, sondern nur die Absurdität eines solchen Vorwurfs gegen die Sozialdemokratie lächerlich gemacht habe. Nach der Verhandlung bemühte sich der Kommissar auf eigene Faust durch Zeugenvernehmungen in seinem Bureau Material zu einem Reineidverfahren gegen Crispian, weil dieser die Mitgliedschaft des Genossen Schnell bestätigt hatte, zu beschaffen. Die Prozeßorgänge und was ihnen folgte, besprach die „Danziger Volkszeitung“ am 10. Juni unter der Ueberschrift „Das Gespenst von Essen geht um“. Darin wurde die Stellung der Danziger Polizei und des Gerichtes gegen die Sozialdemokratie zusammenfassend beleuchtet. Der Staatsanwalt fand in dem Artikel der „Volkszeitung“ eine Beleidigung sämtlicher Danziger Polizeikommissare, und zwar durch die Mitteilung, daß sich mehrfach ihre Unfähigkeit zur sachlichen und richtigen Berichterstattung über sozialdemokratische Reden erwiesen habe. Ferner sollte der Artikel eine Beleidigung des Polizeikommissars Gänther in der Behauptung, daß er den Genossen Schnell als Nichtmitglied bezeichnet habe, in Verbindung mit der Ueberschrift enthalten. In dieser sah die Staatsanwaltschaft den Vorwurf, daß Gänther ebenso wie der Essener Reineidgedenker die Unwahrheit behaupten könne.

Unter dieser Beschwuldigung stand der Verantwortliche der „Volkszeitung“, Genosse Schröder, am 26. September vor der Strafkammer. Weitere Zeugen als der Kommissar Gänther waren nicht geladen. Auf Veranlassung des Verteidigers wurde noch der Genosse Crispian vernommen. Dieser beschwor, daß es ihm nicht einmal in den Sinn gekommen sei, von einer beabsichtigten Verbreitung von Flugblättern in den Kasernen zu sprechen. Der Kommissar wollte, trotz der Vorhaltungen des Verteidigers, nicht positiv von der Nichtmitgliedschaft des Genossen Schnell gesprochen, sondern nur seine Ueberzeugung geäußert haben. In einer ausgezeichneten Verteidigungsrede wies Rechtsanwalt Rosenbaum nach, daß die Ueberschrift des Artikels dem Kommissar keinen Reineid vorwerfe, sondern nur die große Gefahr sozialdemokratischer Redner bei unzulänglicher polizeilicher Berichterstattung und Nichtern mit Warmbrunns Anschauungen andeute. Der Staatsanwalt forderte einen Monat Gefängnis. Nach einstündiger Beratung verurteilte das Gericht Schröder zu 200 Mark Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen.

Gerichtliche „Besserungs“versuche

wurden seit einiger Zeit an unserem Solinger Parteiorgan, der „Vergischen Arbeiterstimme“, vorgenommen. Die Sache rührt noch von dem großen Prozeß her, den die „Arbeiterstimme“ vor 1½ Jahren aus Anlaß einer Wahlrechtsdemonstration wegen Beleidigung der Polizei hatte, bei dem sie zwar noch mit einer Geldstrafe davonkam, dessen zweite Auflage aber dem Gen. Barth vom „Vorwärts“ zwei Monate Gefängnis einbrachte, da der „Vorwärts“ ebenfalls über die Sache berichtet hatte. In diesem Prozeß waren verschiedene Polizeibeamte arg bloßgestellt worden, und als das nun die „Arbeiterstimme“ geblühen festnagelte, da setzte es erst eine Anklage wegen Polizeibeleidigung, gerichtet an den Genossen Deifel, weil die „Arbeiterstimme“ einem in dem Prozeß aufgetretenen Polizeibeamten mit Unrecht Eidesverleugung vorgeworfen haben sollte. Trotz einer sehr günstigen Beweisaufnahme erhielt Deifel zwei Monate Gefängnis, — erhielt sie unter anderem auch mit den Worten in der mündlichen Urteilsbegründung auf den Weg, daß sie „bessernd“ auf die „Arbeiterstimme“ wirken sollte, die mit der Polizei in einem steten Kampfe liege.

Dieser ersten Verurteilung ist nun die zweite gefolgt, wieder wegen einer Polizeibeleidigung. Hatte da ein kleiner Kaufmann, dem das Haus abgebrannt war, in den Zeitungen einem Polizeibeamten gedankt, weil dieser ein Kind des Kaufmanns gerettet haben sollte. Bald darauf meldeten sich aber andere, die das getan haben sollten, und einer davon schilderte das mit Unterzeichnung seines Namens in der „Arbeiterstimme“. Deswegen und weil die „Arbeiterstimme“ einige harmlose Bemerkungen angeknüpft hatte, folgte eine Anklage wegen Polizeibeleidigung an den Einsender und wieder an den Genossen Deifel. In der Verhandlung kam wieder eine für die beiden Angeklagten günstige Beweisaufnahme zustande, trotzdem aber erfolgte eine Verurteilung. Der Einsender erhielt nämlich zwei Monate Gefängnis und Genosse Deifel sechs Wochen. Wechseltendweise hieß es wieder in der Urteilsbegründung, daß bei Deifel erschwerend seine Vorstrafen und der Umstand in Betracht käme, daß die „Arbeiterstimme“ in einem ständigen Kampfe mit der Polizei liege!

Damit ist aber die Kette von Prozessen wegen Polizei- beleidigung noch nicht abgerissen, vielmehr steht noch eine Anklage wieder gegen Deifel aus, außerdem noch eine gegen den Genossen Werdemuth; sie sollen beide abermals den Polizeibeamten beleidigt haben, von dem die „Arbeiterstimme“ schon einmal mit Beziehung auf eine Eidesverleugung gesprochen hatte. Alles das dient aber nur dem Zweck, die „Arbeiterstimme“ zu bessern.

Aus Industrie und Handel.

Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1909/10.

Das erste Jahr der guten Konjunktur hat den deutschen Aktiengesellschaften in jeder Beziehung eine glänzende Entwicklung gebracht. Nach dem soeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt in einem Ergänzungshefte zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches gemachten Mitteilungen über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1909/10 hat in diesem Jahre sowohl eine starke Vermehrung dieser Unternehmungen und des in ihnen investierten Kapitals als auch der erzielten Gewinne gebracht.

Die Zahl der vom Kaiserlichen Statistischen Amt ermittelten „tätigen“ Aktiengesellschaften (ohne die in Konkurs oder Liquidation befindlichen) betrug am 30. Juni 1910 5261 gegen 5187

am 30. Juni 1900. Von diesen Gesellschaften waren 654 im Jahre 1910 (608 im Jahre 1900) von der Rentabilitätsberechnung auszuschließen, da sie entweder Nebenleistungsgesellschaften (§ 212 des Handelsgesetzbuches) darstellten oder sahrungsgemäß keine Dividenden ausschütteten, resp. nichtwirtschaftlichen Zwecken dienten, oder endlich ihre Bilanzen nicht oder in nicht brauchbarer Form veröffentlicht hatten.

Die demnach verbleibenden 4607 (4579) Aktiengesellschaften verfügten am Ende ihres Bilanzjahres über ein eingezahltes Aktienkapital von 13 721,04 (13 200,57) Millionen Mark. Die echten Reserven beliefen sich auf 3013,10 (2858,84) Millionen Mark = 22,0 (21,7) Proz. des eingezahlten Aktienkapitals. Das gesamte Unternehmungskapital betrug demnach 16 734,14 (15 860,41) Millionen Mark. An Schuldverschreibungen waren für 3259,13 (3060,02) Millionen Mark in Umlauf.

Die Statistik teilt nun die Bericht erhaltenden Aktiengesellschaften in drei Gruppen: a) 3821 (3688) Gesellschaften mit Jahresgewinnen, b) 707 (809) Gesellschaften mit Jahresverlusten und 79 (82) Gesellschaften ohne Gewinn und Verlust. Die Zahl der mit Gewinn abschließenden Gesellschaften hat sich also gegenüber der mit Verlust arbeitenden erheblich vermehrt. Und zwar betrug der Jahresgewinn bei Gruppe a) 1366,08 (1233,05) Millionen Mark, der Jahresverlust bei Gruppe b) 78,44 (113,53) Millionen Mark, so daß sämtliche 4607 Gesellschaften zusammen einen Jahresmehrgeinn von 1287,64 Millionen Mark erzielten gegenüber 1114,52 Millionen Mark im Vorjahre. Es hat also eine Erhöhung des Jahresmehrgeinnes um 173,12 Millionen Mark stattgefunden. Auf das eingezahlte Aktienkapital berechnet ergeben diese Ueberschüsse eine Rentabilitätsziffer von 9,57 Prozent (8,57 Proz. in 1908/09). Zieht man zweckmäßigerweise das gesamte Betriebskapital (also einschließlich der echten Reserven) mit in Rechnung, so ergibt sich eine Rentabilitätsziffer von 7,82 (7,03) Proz.

Vom Standpunkte des Aktionärs aus gesehen gestaltet sich das Bild natürlich etwas anders, insofern hier nicht der erzielte Reingewinn, sondern die ausgeschüttete Dividende den Maßstab bildet. Demnach haben von 4607 in Statistik einbezogenen Gesellschaften 3319 Dividende verteilt, während dies im Jahre 1908/09 von 4579 Gesellschaften 3271 taten. Auch hierin drückt sich die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse aus. Die Dividendensumme betrug 1043,90 Millionen Mark gegen 959,70 Millionen Mark in 1908/09 und 1022,60 Millionen Mark in 1907/08. Auf das dividendenberechtigte Kapital aller Aktiengesellschaften ergibt dies 7,76 Proz. gegen 7,38 Proz. im Vorjahre und 8,07 Proz. im Jahre 1907/08.

Natürlich sind in den einzelnen Gewerbegruppen die Rentabilitätsziffern ebenso wie die Durchschnittsdividenden sehr verschieden. Es ergibt sich dabei folgende Stufenleiter, bei der allerdings die zweite Reihe einige Verschiebungen zeigt, die aus der verschiedenen Handhabung der sogenannten Dividendenpolitik hervorgehen.

	Jahresmehrgeinn in Proz. des gesamten Unternehmungskapitals	Dividenden-summe in Proz. des dividendenberechtigten Aktienkapitals
Versicherungsgewerbe	18,28	22,88
Land- und Forstwirtschaft	17,24	7,25
Chemische Industrie	14,36	14,86
Werkzeugindustrie	11,30	10,50
Lederindustrie	10,64	9,71
Textilindustrie	10,06	8,00
Industrie d. forstl. Nebenprodukte	9,28	9,01
Bergbau, Hüttenbetrieb, Metall- und Maschinenindustrie m. einander verb.	8,73	8,98
Industrie d. Maschinen u. Instrumente	8,40	8,52
Metallverarbeitung	7,92	7,41
Bergbau, Hüttenwesen	7,76	7,89
Waugewerbe	7,58	8,28
Handelsgewerbe	7,30	7,50
Industrie der Steine und Erden	6,22	6,58
Industrie d. Nahrungs- u. Genussmittel	6,76	6,88
Graphisches Gewerbe, Zeitungsverlag	6,18	6,75
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	5,76	7,37
Papierindustrie	5,57	7,24
Verkehrsgewerbe	4,43	4,22
Gast- und Schankwirtschaft	3,88	4,10
Musik, Theater, Schaustellungsgewerbe	3,06	2,44
Tierzucht und Fischerei	2,29	1,85
Reinigungsgewerbe	0,88	2,50
Sonstige Gesellschaften	0,49	5,93
Zusammen	7,82	7,76

Bei weitem am günstigsten hat also das Versicherungsgewerbe abgeschnitten, in dessen einzelnen Zweigen, so der Feuerversicherung (27,62 Proz.), geradezu enorme Gewinne erzielt wurden. Zu dem günstigen Abschluß der Gesellschaften in Land- und Forstwirtschaft ist zu bemerken, daß es sich hier nur um drei Gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 418 000 M. handelt. Die sogenannten schweren Industrien nehmen eine Mittelstellung ein.

Eine weitere Uebersicht des Berichtes, sondern die dividenden-zahlenden Gesellschaften nach der Höhe der von ihnen zur Ausschüttung gebrachten Dividenden. Es ergeben sich da folgende interessante Zahlen: Von den 3252 Gesellschaften, welche auf einfache oder Stammaktien Dividende ausschütteten, zahlten 139 0 bis 2 Proz., 523 2 bis 4 Proz., 810 4 bis 6 Proz., 645 6 bis 8 Proz., 461 8 bis 10 Proz., 365 10 bis 15 Proz., 156 15 bis 20 Proz., 58 20 bis 25 Proz., 79 25 bis 50 Proz., und 1 über 50 Proz. Von diesen 10 waren 9 im Versicherungsgewerbe, 3 im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, 3 im Handelsgewerbe (davon

2 im Grundstückshandel), und 1 in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (Wasserwerk).

Schädigung der Industrie durch die Teuerung.

Die immer weiter um sich greifende Verteuerung des Lebensunterhalts kommt der Industrie nicht allein deswegen sehr ungelogen, weil sie fürstet, höhere Arbeitslöhne zahlen zu müssen, sie ruhet auch damit, daß die Industrie zur Herstellung von Bedarfsartikeln der breiten Volksmassen einen Rückgang des Absatzes zu beklagen haben wird. Das Organ der deutschen Lederindustriellen, der „Lederindustrie“ („Deutsche Gerber-Zeitung“) schreibt u. a.:

„Dagegen ist auf Verteuerung der empfindlichen Verteuerung der Lebenshaltung kaum zu rechnen. Fleisch, Gemüse, Milch, überhaupt fast alle Lebensmittel, sind enorm im Preise gestiegen, so daß dadurch besonders der kleine Mann gezwungen ist, seine Ausgaben nach einer anderen Richtung hin beschränken zu müssen. Diese Situation wird zweifellos auch auf dem Schuhwarenmarkt früher oder später zum Ausdruck kommen. Die Kaufkraft des Publikums ist geschwächt, und es steht leider zu befürchten, daß der Absatz in fertigen Schuhwaren nicht den Erwartungen entsprechen wird, die man auf das Herbst- und Wintergeschäft zu setzen berechtigt war.“

Auf anderen Gebieten des Absatzes fertiger Lederwaren wird sich diese unangenehme Situation dagegen kaum bemerkbar machen, da es sich dort mehr oder weniger um Luxusgegenstände handelt, die von Kreisen gekauft werden, welche infolge ihrer günstigen wirtschaftlichen Stellung von der Not nicht so in Mitleidenschaft gezogen werden als der kleine Mann.“

Man sieht, die Teuerung macht den Unternehmern keineswegs Kummer, weil sie ein Uebel ist, das die Arbeitskraft schädigt, sondern weil sie ihr Profitinteresse gefährdet. In diesem Schmerz ist es ihnen ein Trost, daß trotz des großen wirtschaftlichen Stands der breiten Schichten des Volkes, wenigstens die in „günstiger wirtschaftlicher Stellung befindlichen Kreise“ ihre Luxusbedürfnisse befriedigen und so die armen Lederindustriellen vor dem Verhungern bewahren.

Schlechter Koksabsatz. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat teilte seinen Mitgliedern durch Rundschreiben mit, daß es nicht möglich sein wird, seinen Koks produzierenden Mitgliedern im Oktober die Abnahme von mehr als 60 Prozent der Beteiligungsziffer in Aussicht zu stellen. Dieser Rückgang in der Koksbeschäftigung wird die Absatzschwierigkeiten in Kohle, die durch die anhaltend niedrigen Schiffsatzverhältnisse sich ohnehin verstärkt haben, noch erhöhen.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht 1910/11 des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. 40 S. Selbstverlag.

Sunlicht

Seife

10 & 25 Pfennig



„Wie keine Sunlicht-Seife mehr?
All'ausverkauft? Da dank ich sehr!
Mit andrer Seife wasch ich nicht!
Höchst aufgebracht Frau Elsbeth spricht.“

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Wilhelm Tillwicks** am 26. September infolge Unfalls gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Holland- & Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
123/14 Die Ortsverwaltung.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 27. September er. verstarb der Zimmerer **August Hartung** nach längerem Krankenlager im Alter von 75 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes, Markt 13/15, aus statt.
Um rege Beteiligung bitten wir.
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Blumenpenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie meinen Gästen und Kollegen der Nachbarschaft meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Emma Fröhlich
Kolonnenstr. 35.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter **Max Thiemann** Stellenbager Straße 27, im Alter von 35 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Nieber-Schönhausen-Nordend aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Emma Peters** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Die betrauten Eltern u. Schwester.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Schenkwirts **Johann Krebs** sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Angestellten des Bahnhofs XX der Großen Berliner Straßenbahn und den Mitgliedern der Igl. Arbeiter-Union unseren innigsten Dank aus.
Agnes Krebs und Söhne.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Sorgen erschieben: 246/20
Die Wertwachssteuer.
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
Von Albert Södekum.
(Heft 12 der Sozialdemokratischen Gemeindeblätter.)
Preis 1 M.
Bereinsausgabe 40 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Freitag, den 29. Sept., abends 8 1/2 Uhr, bei Vocker, Weberstr. 17:
Kombinierte Sitzung
(Verwaltungs-, Bezirks- und Branchenkommissionen).
Achtung! Bibliothek!
Die Bibliothek des Verbandes ist wieder eröffnet. Die Kollegen werden ersucht, die Bibliothek reichlich zu benutzen. Ausgabe der Bücher von 4-7 Uhr abends.
Theater-Vorstellung
Sonntag den 29. Oktober, abends 7 Uhr, in Moerners Festsaal, Köpenicker Str. 29a. Zur Aufführung gelangt: „Der Grat von Luxemburg“. Billet 50 Pf.

Modelltischler.

Montag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12:
Außerordentl. Branchen-Versammlung.
Tagesordnung: Stellungnahme zu der am 1. Oktober eintretenden Lohnerhöhung.

Achtung! Schneiderzwangsinnung, Achtung!

Heute finden die **Vertreterwahlen zur Schneiderzwangsinnung** für die **Standesamtsbezirke 3, 4 und 5** nachmittags 5 Uhr im Evangelischen Vereinshaus, Oranienstr. 106, statt.
Kein Gegner der Zwangsinnung versäume, sich an dieser Wahl zu beteiligen und gebe jeder die Hilfe der Innungsgegner!
ab. Wegen der Legitimation verweisen wir auf die von der Innung ausgegebene Mitteilung wegen der Wahl.
Auf zur Wahl!
Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands, Zentrale Berlin I. Sebastiansstr. 37. Tel.: Amt IV 0737.
Die reellsten und billigsten Möbel
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Touren
zum Sonntag, den 1. Oktober.
1. Abt.: 5 Uhr: Neu-Plagwitz (Schüler). 1 Uhr: Bismarckdenkmal (Walter Freund). Start: Säulenstr. 58.
2. Abt.: 12 1/2 Uhr: Lindenbergr. Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 7 Uhr: Streifzüge durch den Süd-Osten. 12 1/2 Uhr: Alt-Blender. Start: Lauscher Platz 12.
4. Abt.: 6 Uhr: Schöpsart (Schönleinstr.). 1 1/2 Uhr: Heiligenfelder Schwitz. Start: Rüdersdorfer Straße 50.
5. Abt.: 1 1/2 Uhr: Familien-tour nach Dirschgarten. Start: Elstium.
6. Abt.: 1 Uhr: Steglitz (Garten-pfadchen). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 8 Uhr: (Schönleinstr.). Heiligenfelder Schwitz. 1 Uhr: Familien-tour Heiligenfelder Schwitz. Start: Köpplinger Straße 8.
8. Abt.: 8 Uhr: Bornim (Schwarzer Adler). 12 Uhr: Lindenbergr. Start: Wehlstr. 22.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: (Schönleinstr.). Dirschgarten. Start: Schönleinstr. 22.

Volksgarten-Theater.

Säle für Vereine und Gewerkschaften noch einige Sonnabende frei bei günstigen Bedingungen.
Stoffe
Damentuche, Eskimo, etc. 2,50, und 4,50 an. Kammgarn, Cheviot, etc. 3,00, 4,50 ufm.
Tuchlager Koch & Soeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikircho.

Achtung! Bewilligte! Achtung!

Meiner geehrten Rundschau und Nachbarschaft zur Kenntnis, daß die Differenzen mit dem Unterzeichneten und dem Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren zur Zufriedenheit beigelegt sind.
Nachachtungsvoll
August Franz, Bäckermeister, Wixdorf, Perlestraße 3. Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).
Neuerscheinungen:
Das Koalitionsrecht in Deutschland
und der Vorkaufrecht zu einem deutschen Strafgesetzbuch.
Referat, gehalten von **Dr. Heinemann-Berlin** auf dem 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (Juni 1911).
Preis 50 Pf.

Gehörst Du zu uns?

Eine Anrede an einen jungen Arbeiter.
Von Heinrich Schulz.
Preis 20 Pf. 246/19

Agitationstour

12 1/2 Uhr: Lindenbergr. Es werden die Abteilungen dringend ersucht, die Radmittagstouren umzusetzen und nach Lindenbergr zu fahren.
Samariterkörung
Donnerstag, 5. Oktober, abends 9 Uhr, bei Lehmann, Stralauer Brücke 3. Abteilungsarbeiten sind mitzubringen. Das Erscheinen eines jeden Samariters ist notwendig.
12/18
Lindenbergr und Umgegend.
Vereins- und Agitationstour nach Gropenischleuse. Start 9 Uhr: Plagwitzstr. 74.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten **Berren-Winter-Paleots u. Ulster** und Anzüge in neuem sowie speziell erstelltes, auf Seide gearbeitete Garderobe, von 4672 L. **Kavalieren getragen.** Ist neu, für jede Figur passend, (besitzt auch anzüge sind in großer Anzahl stets zu Hause) billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochachtungsvoll Nathan Wand.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Reparaturen. Spez.: Un-erlässlich saubere Reparatur für Schüler. Tonerbe-fernung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone klanglich ähnlich ist. Wissenschaftliche Vorträge und eventuelle Kataloge für Fortwärtungs-Abonnement. Ungewöhnlich ebene Anfertigungen.
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin O., Joachimstr. 11c.

Möbel-Angebot.
Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mögliche Zinsvergütung bei keiner Anzahlung u. geringsten monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 8515*
4808L*

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.



Herkules
Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähten, stark. Ganz.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken unsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus g. d. 8ten Haßelbäumel-Chaussee, 27-30 - Brückenstr. 27 Gr. Pöckelstr. 20 Schönberg, Hauptstr. 18. Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten.

Union-Theater. Direkt: Willi Cramer.

Edison

ließ es sich nicht nehmen, trotz der Kürze seines Berliner Aufenthalts als Gast

im Union-Theater

Unter den Linden zu weilen. — Er hatte bei diesem Besuch Gelegenheit, ein Bild seiner eigenen Fabrik zu sehen, das die Glanznummer des Abends war. Im übrigen haben wir uns vergewissert, daß eine Auserhebung Edisons über die Bilder im Theater, die wir einer hiesigen Zeitung entnommen haben, nicht gefolien ist.

Ein neuer **Zuschneide-Frei-Kursus** im Schnittzeichnen, Zuschneiden u. Nähen d. gesamt. Damen- u. Kind-Garderob. sowie Wäsche beginnt am Montag, d. 2. Oktober. Anmeldekarten, Prospekte grat. u. fr.

Berliner Zuschneide-Akademie

Dir. Krämer
Oranienburger Str. 92, I., III. u. IV. Et.
Eckhaus am Haakeschen Markt, Nähe Bahnhof Börse u. Zirkus Busch.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.

10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Wenn Sie **Sparen Geld!** direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak in Rollen, Bündel und Enden. General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 112 (Amt VII, 3861).

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum:** Albert Dabnich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Reichsbadstr. 14, Hochparterre, S. und SW.; Hermann Berner, Oranienstr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Oranienstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Beantfurterstr. 120. — Richard Hadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaulsdorferplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Buchi, Ammannstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8.
Wedding: J. Dönnich, Magarethstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: J. Frapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Watz, Greifenhäger Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Dostmannstr. 9.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumshulweg: H. Hornig, Marienbaderstr. 18, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Hofstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Laus, Bohnsdorf, Ge-nossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1
Eichwalde: Oskar Nabe, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshäger Chaussee.
Friedensdorf-Petershagen: G. Hölzbarth, Petershagen.
Friedenau-Steiglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lank-witz: J. Bernsee, Mittenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Wielide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Rüter, Köpenickerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Wusterh. 13.
Köpenick: Emil Wähler, Köpenickerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seiffel, Bartenbergstr. 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: P. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinand-str. 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Johann Häfcher, Wolterstraße.
Nieder-Schöne-weide: Gebri, Weigerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Zappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöne-weide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17, II.
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Wählenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gurjch, Provingstr. 56, Laden.
Rixdorf: W. Heinrich, Redaistr. 2, im Laden; Röhr, Siegfried-str. 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Seefeldstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hemsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Nähnstr. 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.
Treptow: Rob. Gramenz, Niehlsdammstr. 412, Laden.
Weißensee: H. Fudermann, Sedanstr. 105, parterre.
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schuberl, Wilhelmstr. 26.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hättig, Zeuthen, Dorfstr. 15.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Möbel Spezial-Geschäft Auch **Teilzahlung** Große Frankfurter Straße 45-46, I u. II **Misch** Wilhelm

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders
BERLIN C
Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42
Spandauer Strasse 70-71

Ulster
Modernste Fassons
Ersatz für Maß
M. 37.- 52.-
M. 60.- 70.-
Nur eigenes Fabrikat

Möbel liefert auf Teilzahlung bequem bei kleinster Anzahlung in unbekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.**

Fette Gänse 0,68
7-12 Pfund schwer. 112/2*
Nur allererste Qualität
Gänserrümpfe, halbe Gänse.
Fette Suppenbühner, jg. Seeschwärmer.
F. Wegner, 30. Mariannenstr. 34.

Nur 1x! **Möbel**

einigen Kaufversuch machen, sicher sind Sie mein dauernder Kunde.

Weshalb?

Nur weil ich Ihnen reelle Ware zu erstaunend niedrigen Preisen verkaufte,
Nur weil ich Ihnen trotz dieser kleinen Preise Teilzahlungen in kleinen Raten zugebilligt, obwohl mein Haus kein Kredithaus ist.

Kleiderschränke von 36 M. an
Spiegelspinde von 19 M. an
Vertikos von 36 M. an
Sofa mit Auszug von 54 M. an
Bettstellen mit Federbetten von 33 M. an
Ausziehtische von 17 M. an
Garnituren von 140 M. an
Küchen von 46 M. an

Komplette Einrichtungen schon **225 M.** von **an**

Beachten Sie meine drei Schaufenster!

Otto Piehl Möbel-Magazin BERLIN W. Brunnenstr. 120

Achten Sie genau auf meine Firma **Otto Piehl**

Selowsky-Cigaretten als erstklassig anerkannt!

Bolero **Caruso** **Zenith** **Victoria**

Partei-Angelegenheiten.

Die neue Lokalliste

Ist der heutigen Nummer des „Vorwärts“ beigelegt worden und wiederum richten wir an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Lokalliste mehr zu beachten als bisher.

Darum ist es unbedingte Pflicht jedes Arbeiters, alle Lokale zu meiden, die der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert werden.

Wo und aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsrecht erst wirklich ausüben, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Deshalb:

Beachtet stets die Lokalliste!

Ferner ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom loslosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen bezogen wird.

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beesow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen.

Die Lokalkommission.

Rixdorf. Der erste Vortragsabend über die Reichsversicherungsordnung für Parteifunktionäre findet heute, Freitag, abends präzis 8 1/2 Uhr, bei Hoppe (Zuhörer Vorst.), Hermannstr. 49, statt.

Berpenschieuse-Groß-Schönebeck (Mark). Am Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Steinschen Grundstück (zwischen Berpenschieuse und Groß-Schönebeck an der Berlin-Prenzlauer Chaussee gelegen) eine öffentliche politische Versammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen über „Kriegsbege und Teuerung“ referieren wird.

Hallenhofen-Seegersfeld. Sonnabend, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Gastwirts Nicolai, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Schredensziele der Sozialdemokratie. Referent Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Borsigwalde-Wittenau. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, Handzettelerbreitung von den bekannten Lokalen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Wieder hatten gestern die Stadtverordneten sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Schritte gegenüber der herrschenden Teuerung die Gemeinde tun soll. Und wieder war es die sozialdemokratische Fraktion, die praktische Vorschläge zu einer Hilfsaktion machte.

Zu einer lebhaften Debatte über die Stellung der Gemeinde zum Wohnungswejen kam es aus Anlaß eines anderen Antrags der sozialdemokratischen Fraktion. Die Pflicht der Gemeinden, dem Wohnungselend der Großstadt durch zweckentsprechende Maßnahmen zu begegnen, sollte eigentlich längst unbefritten sein.

Wohnungselend, das ein Eingreifen der Gemeinde nötig macht und in vielen anderen Gemeinden auch schon zu den geforderten Maßnahmen geführt hat. Die volle Beseitigung des Wohnungselends könne man nur von der Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung erwarten.

Sang- und klanglos wurde schließlich noch die Lustbarkeitssteuer begraben. Der Magistrat zog sie endlich zurück, weil auf Annahme nicht mehr zu rechnen ist, und die Versammlung stimmte debattelos zu.

Die Fraktionsgruppierung im Rathaus hat insofern eine kleine Aenderung erfahren, als die kleine, sechs Mitglieder zählende Sozialfortschrittliche Gruppe der Freien Fraktion beigetreten ist.

Unsere Genossen werden natürlich alles aufbieten, um das Mandat im 7. Bezirk der Sozialdemokratie zuzuwenden. Von einem Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde vorgestern abend der 43jährige Lokomotivführer Fritz Elsner aus der Spielhagenstraße 14 in Charlottenburg.

Gingerichtet wurde gestern früh auf dem Gefängnisshofe in Plöneser der Arbeiter Wunde, der wegen Erschießung des Gefreiten Brandt in Döberitz zum Tode verurteilt worden war.

Im Tiergarten erschossen hat sich ein unbekannter junger Mann. Seine Leiche wurde an der Stülerstraße in der Nähe der Venus aufgefunden und nach dem Schauhaufe gebracht.

Zu der Nordgeschichte in der Brieger Straße wird mitgeteilt, daß nach gründlicher Durchgrabung des Gartens die weiteren Arbeiten eingestellt worden sind.

Ein Jagdrammer wurde vorgestern nachmittags in Rixdorf auf frischer Tat erappt. Als der Vager Friedrich aus Berlin vor dem Hause Weichselstr. 35 einen Augenblick sein Rad hinstellte, bemerkte er, daß sich jemand daran zu schaffen machte.

In der Wüste eines Eisenbahnsekretärs tritt ein Viechtwindler auf, der in den letzten Tagen besonders Rixdorf unsicher gemacht hat. Er erzählt den Vermieterinnen, daß er aus Westfalen nach Berlin verlegt worden sei.

hat. Er erzählt den Vermieterinnen, daß er aus Westfalen nach Berlin verlegt worden sei, läßt sich mehrere Tage gut bewirten und borgt dann die Wirtinnen unter der Vorpiegelung, daß er augenblicklich nur eine große Banknote bei sich habe, auch noch um bares Geld an, damit er die Leute, die ihm die Sachen von der Bahn brächten, bezahlen könne.

Im städtischen Obdach vom Tode überrascht wurde ein alter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt festgestellt werden konnte. Wahrscheinlich ist er einem Herzschlage erlegen.

Eine mysteriöse Vergiftungsgeschichte beschäftigt die Kriminalpolizei. Sie spielt in der Danziger Straße in einer Schankwirtschaft, in der die Leute, die das Asyl aufsuchen, noch einzulehren pflegen, um, wie sie es nennen, rasch noch einen „abzugeben“.

Der Donnerstag hat gezeigt, was die Flugmaschinen zu leisten vermögen. Noch vor einem Jahre hätte niemand es für möglich gehalten, daß ein Birot bei 12 Meter Wind und darüber seine Maschine steigen und so schwierige Flüge ausführen würde.

Sturmflüge in Johannisthal.

Der Donnerstag hat gezeigt, was die Flugmaschinen zu leisten vermögen. Noch vor einem Jahre hätte niemand es für möglich gehalten, daß ein Birot bei 12 Meter Wind und darüber seine Maschine steigen und so schwierige Flüge ausführen würde.

Berliner Adreßbuch 1912.

Der Verlag des Adreßbuchs hat den Hauseigentümern und Verwaltern die Hauslisten für den Jahrgang 1912 zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände senden gehen lassen.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird der am 4. Oktober stattfindende Vortrag von Herrn Dr. Wilhelm Berndt „Scheimmisse der belebten Natur in lebenden Bildern“ zum Gegenstande haben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch teilte der Magistrat zunächst mit, daß er dem Beschluß auf Einsetzung einer gemischten Deputation betreffend Maßregeln gegen die Lebensmittelverwertung beigetreten ist. Der Deputation gehören die Genossen Lehmann und Hirsch an.

Nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen, die Nachbetrilligungen verschiedener Etatspositionen betrafen, wandte sich die Versammlung zur Beratung der Vorlage betreffend Ausdehnung des Seefischmarktes. Bereits im Februar ist der Fischereigesellschaft „Nordsee“ das Fleischschauamt für einen Tag in der Woche unentgeltlich zur Abhaltung von Seefischmärkten zur Verfügung gestellt worden. Die Beteiligung der Bevölkerung war eine sehr rege, es wurden an manchen Tagen nicht weniger als 6000 Pfund Fische verkauft. Der Magistrat ersucht deshalb um die Ermächtigung, die Verkaufstage nach Maßgabe des erforderlichen Bedürfnisses zu vermehren, und zwar beabsichtigt er zunächst eine Ausdehnung um einen Tag, der Verkauf soll bis auf weiteres jeden Mittwoch und Freitag stattfinden. — Die Vorlage begegnete im allgemeinen großer Sympathie, wenn es auch nicht an Stimmen fehlte, die sich dagegen wandten, daß die Stadt den Gewerbetreibenden Konkurrenz mache. So erklärte Stadtverordneter Liepmann (nationalliberal), er sei prinzipiell ein Gegner der Vorlage, aber mit Rücksicht auf den allgemeinen Notstand sei er bereit, sich über die prinzipiellen Bedenken hinwegzusetzen. Die Einföhrung weiterer Verkaufstage dürfe jedoch nur eine vorübergehende Maßregel sein, solange der große Notstand und die Teuerung anhalte. Er beantragte die Ueberweisung der Vorlage an die gemischte Deputation. Diefem Antrage trat Genosse Scharnberg entgegen, der mit Recht bemerkte, daß das auf eine Verschleppung hinauslaufe. Er begreife nicht, wie man auf den Gedanken kommen könne, jetzt, wo der Fischmarkt einen regen Zuspruch hat, ihn plötzlich aufzuheben. Aus eigener Erfahrung wisse er, daß eine große Anzahl von Frauen die Verkaufsstellen gar nicht erst aufsuchen, weil sie zu lange auf die Abfertigung warten müßten. Es sei deshalb ratsam, den Seefischmarkt auf 4 Tage in der Woche auszudehnen. Auch sei es notwendig, den Vertrag mit der Gesellschaft zu kündigen und einen neuen Vertrag abzuschließen, der auch die Lieferung von Räucherwaren vorzieht. — Der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Gottstein, bemerkte, daß es sich bei der Vorlage zwar nur um eine kleine Maßnahme zur Linderung des Notstandes handele, die sich aber über Erwartungen hinaus bewähre und sich als eine Wohltat für die ärmere Bevölkerung erwiesen habe. Wenn es notwendig sei, würde die Zahl der Verkaufstage noch vermehrt werden. Er gebe zu, daß auch Räucherwaren ein gutes Nahrungsmittel sind, aber dem Vorschlage des Vorredners könne er nicht folgen, da die Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich den Verkauf von Räucherwaren ausgenommen habe. Von einer Ueberweisung an die gemischte Deputation bitte er aus praktischen Gründen Abstand zu nehmen, denn die Verhandlungen könnten sich dann so in die Länge ziehen, daß die ganze Einrichtung vernichtet wird. — Unter Ablehnung des Antrages Liepmann wurde hierauf die Magistratsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Vorlage betreffend Beihilfe für den Verein Säuglingsheim wurde einem Ausschuss von 9 Mitgliedern überwiesen. Es handelt sich darum, daß dem Verein zum Zwecke der Vergütung einer auf den von ihm geplanten Erweiterungsbau aufzunehmenden Hypothek eine jährliche Beihilfe von 8000 M. bewilligt werden soll. In der Debatte machte Genosse Vogel darauf aufmerksam, daß die Gefahr bestehe, daß der Staat von den 8000 M. eine Schenkungssteuer erhebe. Stadtrat Seydel erwiderte, der Fiskus erhebe allerdings in neuerer Zeit von Zuwendungen der Städte eine Steuer, aber zu Unrecht. In dem vorliegenden Falle werde er nicht so leicht eine Steuer erheben können, weil die Stadt sich ja für das Geschenk eine Gegenleistung von dem Verein ausbedungen habe. Er hoffe, daß es möglich sei, die Steuer abzuwehren.

Die Vorlage betreffend die vorläufige Einrichtung des Lichensees als Park gelangte nach kurzer Debatte, in der Genosse Witz die Bedeutung des Volksparks hervorhob, aber die ausgeworfene Summe von 5000 M. als unzulänglich bezeichnete, zur Annahme.

Eine längere Debatte knüpfte sich an eine Interpellation Dr. Rothholz und Genossen, durch die beim Magistrat angefragt wird, ob genügend Vorkehrungen getroffen sind, um die üblen Ausdünstungen des Lichensees, die in diesem Sommer den Südwesten Charlottenburgs schwer beeinträchtigen, in Zukunft zu verhindern. Im Laufe der Diskussion stellten Vertreter des Magistrats wiederholt fest, daß die schlechten Gerüche durch die energischen Maßregeln der Verwaltung beseitigt seien und daß Vorkehrungen gegen ihr Wiederauftreten getroffen sei. Der Stadtverordnetenversammlung wurde eine Vorlage zugehen, die Maßnahmen gegen die Wiederkehr übler Gerüche vorschlägt. Im Gegensatz zu der Ansicht des Magistrats gab Genosse Vogel der Meinung Ausdruck, daß der Lichensee ein Danaergeschenk sei, und daß es wohl kaum möglich wäre, die üblen Gerüche für alle Zeiten zu beseitigen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf einen Antrag Stadthagen und Genossen, der den Magistrat ersucht, Erwidigungen anzustellen, in welcher Weise die Unzuträglichkeiten zu beseitigen sind, die sich bei der städtischen Müllabfuhr herausgestellt haben, insbesondere ob und wann sich eine Verbilligung der Müllabfuhr erreichen lasse. Nach lebhafter Debatte, die u. a. dem Genossen Vogel Veranlassung gab, die mangelhafte Leistung des Mülls durch das Publikum als eine Folge mangelhafter Bekanntmachung der betreffenden Vorschriften zu rügen, wurde der Antrag mit einem Zusatzantrag angenommen, durch den der Magistrat ersucht wird, baldigst den Stadtverordneten mitzuteilen, wie hoch sich die Kosten für die Müllabfuhr auf den Kopf der Bevölkerung belaufen.

Wilmersdorf-Galensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Mit einer Tagesordnung, die für das Groß-Berliner Gemeinwesen im ganzen von hervorragender Bedeutung ist, hatte sich die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf in ihrer Sitzung vom Mittwoch zu befassen. Eine Anfrage der Stadtverordneten Eohn und Genossen verlangte Auskunft über die Ursachen des Gewölbe-einklapses in der Turnhalle des Wismar-Gymnasiums, bei welchem mehrere Arbeiter verletzt wurden. Die Auskunft des Stadtbaurats Herrmann in dieser Frage war herzlich nichtssagend. Sie schob die Schuld den Arbeitern zu, die der Gefahr gegenüber zu leichtsinnig gewesen wären. Diese Erledigung der Angelegenheit, der sich noch später die Rede-wendung hinzugesellte, daß es der Stadt an genügender Befugnis zum Einschreiten fehle, war selbst eitelchen bürgerlichen Stadtverordneten zu hart. Unserem Parteigenossen Niedel aber fiel die Aufgabe zu, darauf hinzuweisen, daß es sich auch hier wahrscheinlich wieder um eine Folge der Akkordarbeit und des Submissionswesens gehandelt habe; und für die Nichtachtung, die in der städtischen Verwaltung den Arbeiterinteressen gesollt wird, ist es bezeichnend genug, daß der Stadtbaurat nicht einmal zu sagen wußte, welche Arbeitsmethode die in Betracht kommende Baufirma bei dem städtischen Bau angewandte!

Es kam nunmehr ein Antrag zur Beratung, wonach die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersuchen soll, bei der königlichen Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß diese baldmöglichst geeignete Maßnahmen gegen die Lebensmittelverwertung ergreife. Der Antrag war von den Fortschrittlichen ausgegangen, doch trug er auch die Unterschrift einiger Mitglieder der großen nationalliberal-konservativen Fraktion.

Nachdem Stadtverordneter Dr. Edel den Antrag in wenigen Worten begründet hatte, erkannte Stadtrat Steinborn im Namen des Magistrats an, daß die Verbilligung sich hinsichtlich der Lebensmittelverwertung in ersten Zeiten befinden und noch ernstere Seiten entgegengehe. Vor acht Tagen habe

Der Magistrat die städtische Behörde von Berlin um die Einberufung einer Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden ersucht, doch sei zu diesem auch von der Stadt Charlottenburg gewünscht worden bis jetzt noch keine Einladung ergangen. Die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins habe ein Recht, zu verlangen, daß eine billige und gute Ernährung das höchste Ziel der Politik sei. Die große Kaufkraft der Gemeinden Groß-Berlins könne als Preisregulator auf dem Lebensmittelmarkt wirken und — dem Kleinhandel nähern.

Diese volkswirtschaftlich nicht ganz klaren Darlegungen schienen bedeuten zu sollen, daß der Magistrat vorab das Nötige gegen die Teuerung getan habe.

Wenigstens fahte der Stadtverordnete Schröder die Antwort so auf. Der sozialdemokratische Redner wandte sich zunächst gegen den fortschrittlichen Antrag, dem man wohl in Rücksicht auf die Unterzeichner von der Rechten eine möglichst unverbindliche Fassung gegeben habe. Die Regierung habe es leicht, im Falle der Annahme des Antrages dem Magistrat zu antworten, daß die Anregung zu spät komme, da sie bereits „geeignete“ Maßregeln gegen die Teuerung ergriffen habe. Daß die Eisenbahntrahermäßigungen nicht genügend genügen, daß vielmehr eine Oeffnung der Grenzen notwendig wäre, sei eine Sache für sich; doch könne eine Stadtgemeinde sich unmöglich einzig auf die Initiative einer schulpflichtigen Regierung verlassen, wenn sie ernsthaft der drückenden Not des Volkes wehren wolle. Vielmehr habe der Magistrat von Wilmersdorf ohne Rücksicht auf die Haltung der Staatsbehörden und auch ohne Rücksicht auf die Unlust der Berliner Kommunalhaupte selber Hand ans Werk zu legen und durch möglichst billigen Ankauf der notwendigsten Lebensmittel der Bevölkerung zu dienen. Um aber dem Einmurmur zu begegnen, daß eine derartige Verbilligung der Gemeinde schmerzhaft in den immer noch gefährdeten Zukunftsfakt führe, sei darauf zu verweisen, daß in der Preisnotdebatte zu Anfang dieses Jahres selbst ein preussischer Minister den Gemeindeführern diesen Weg empfohlen habe. Hier könne im ersten Sinne als vor 14 Tagen bei der Bewilligung der 50 000 M. für ein Kolonialdenkmal selbst für den Fall, daß die Stadt bei der Abwehr der Not Geld zusehen sollte, von lächerlich geringen Summen gesprochen werden; bei der hier notwendigen Aktion handle es sich, um abermals das Wort eines Kolonialpatrioten anzunehmen, gleichfalls um „Wein von unserem Wein“. Insbesondere habe die Stadt aber auch die Pflicht, den städtischen Beamten und Arbeitern in der Not beizustehen. Es sei daher zu empfehlen, daß den städtischen Beamten mit einem Gehalt bis zu 3500 M. sowie den nicht fest Angestellten eine Teuerungszulage von 300 M. und den städtischen Arbeitern gleichfalls eine diesen Sätzen entsprechende Teuerungszulage gewährt werde.

Eine eingehende Erörterung, an der sich u. a. die Stadtverordneten Hartung, Grundling, Leidig, Heinh und Röll beteiligten, folgte nunmehr. Sie endigte damit, daß die verschiedenen in dieser Frage gestellten Anträge einem Ausschuss von neun Personen überwiesen wurden, dem u. a. auch der Stadtverordnete Schröder (Soz.) angehört.

Verhältnismäßig kurz war die Erörterung des Antrages Dr. Leidig und Genossen, den von einem städtischen Genesungs- und Erholungsheime betreffend. Es sollen hier Männer und Frauen, die einer ständigen ärztlichen Behandlung nicht bedürfen, aufgenommen werden; Kinder hingegen nur, soweit sie das sechste Lebensjahr vollendet haben. Sämtliche Redner erklärten sich mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden; der sozialdemokratische Stadtverordnete Niedel empfahl dem Magistrat bei dieser Gelegenheit, bis zur Fertigstellung des städtischen Instituts das vortreffliche Genesungsheim, das die Wilmersdorfer Ortskrankenkasse in Groß-Weiden errichtet hat, besser als bisher zu berücksichtigen. Nachdem es in dieser Frage zwischen den Stadtverordneten Röll und Leidig aus nebensächlichem Anlaß zu einem heftigen Zusammenstoß gekommen war, fand der Antrag auf Errichtung des Heims einstimmig Annahme.

Nach längerer Debatte, in der Stadtverordneter Niedel eindringlich für die Aufnahme des Sattlers Wötcher in die Wählerliste eintrat, erledigte die Stadtverordnetenversammlung die Einsprüche dreier Einwohner dadurch, daß sie den Einspruch von Wölling und Wötcher zurückwies, den von Wöschner hingegen anerkannte.

Die Beratung des Ortsstatuts über die Einschränkung der Sonntagsruhe in offenen Verkaufsstellen mußte vertagt werden, da sich bei der Abstimmung die Beschlußunfähigkeit der Versammlung herausgestellt hatte.

Lichtenberg.

Die Zeitungspedition ist von der Kronprinzenstr. 4 nach der Wartenbergstr. 1 (Naben) verlegt.

Friedrichshagen.

Eine Theateraufführung veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss am Sonnabend, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Verthe, Friedrichstr. 112. Zur Aufführung gelangen die drei Einakter: „Abschied vom Regiment“, „Die stille Forderung“ und „Die Pore“ von Otto Erich Hartleben. Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf. Die Plätze werden wie in der Freien Volksbühne ausgeteilt.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, den 1. Oktober: Ausflug nach dem Kaiser-Wilhelmspark. Treffpunkt morgens 7 Uhr am Bahnhof Schöneberg.

Gerichts-Zeitung.

Das störende Wahlrechtshoch.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 143) hatte sich gestern ein Arbeiter Kaulbarck auf die Anklage des „groben Unfugs“ zu verantworten. Er sollte am 4. Juli abends gegen 11 Uhr nach Schluß einer Volksversammlung mit einer Menschenmenge durch die Schönhauser Allee gezogen sein und übermäßig laut „Das allgemeine Wahlrecht!“ gerufen haben. Von der Polizei war durch Strafmandat ihm eine Haftstrafe von 2 Wochen aufgedrückt worden; auf seinen Widerspruch hatte darüber das Gericht zu entscheiden. Der Angeklagte erklärte, er habe bei einem Wahlrechtshoch nur seinen Out gehoben, aber nicht mitgerufen. Polizeileutnant Roth befandete über die Menge, die ihm in der Schönhauser Allee entgegengedragene sei: „Ich hörte singen — und mühte nun dagegen einschreiten.“ Als die Menge ihn sah, habe sie „ostentativ gebrüllt“, doch sei sie vor den anrückenden Beamten auseinander gelaufen. Ueber Kaulbarck sagte Zeuge, auch der habe mitgerufen, ihm selber sei er besonders durch eine rote Karte aufgefallen. Hierunter beantragte der Staatsanwalt, die 2 Wochen Haft zu bestätigen. Eine Begründung ersparte er sich. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, wies auf das bekannte Kammergerichtsurteil über die Zulässigkeit von Demonstrationen hin. Der Angeklagte habe nicht etwa sich ohne weiteres dadurch des groben Unfugs schuldig gemacht, daß er auf offener Straße seine Meinung über das Wahlrecht in bemerkbarer Weise zum Ausdruck gebracht habe. Strafbar sei er nach jener Entscheidung des Kammergerichts nur dann, wenn er den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gefährdet hätte. Das aber liege hier nicht vor, oder es müsse sonst auch als strafbar gelten, den vorbeifahrenden Kaiser mit Hochrufen und Hutschwenken zu begrüßen. Der Angeklagte sei daher freizusprechen. Das Gericht kam zu dem Urteil, der Angeklagte habe durch sein Hutschwenken und seinen Hochruf doch die öffentliche Ordnung gestört und das Publikum belästigt, eine Freiheitsstrafe aber sei zu hart. Er soll das störende Wahlrechtshoch mit 50 Mark Geldstrafe büßen.

Magistrat und Polizei in Neudamm als Beschützer des Unternehmers.

Am Dienstag hatte sich der Redakteur des in Landsberg i. R. erscheinenden „Neumärkischen Volksblattes“, Genosse Hoffmann,

vor dem Schöffengericht in Landsberg zu verantworten. Er soll den Fabrikbesitzer Preuße in Neudamm durch die Behauptung beleidigt haben, Preuße habe bei einem Streik seiner Arbeiter zwei Witwen, die missernten und 3 bis 4 Kinder zu ernähren hätten, bei der Stadtverwaltung denunziert, damit man ihnen die Unterstützung für ihre Kinder entziehe, was denn auch geschehen sei. Die Beweisnahme ergab infolge der eiblichen Vernehmung des Zeugen für das Armenwesen in Neudamm, des Rathsherrn Fleischer, folgendes: Der Polizeiführer in Neudamm machte die Entdeckung, daß zwei streikende Witwen Armenunterstützung erhielten, nachdem er sich von der Firma Preuße eine Liste der streikenden Arbeiterinnen hatte ausliefern lassen. Krüger machte davon dem Magistrat in Neudamm Mitteilung. Dieser beauftragte die Polizei, sich von der Firma Preuße auch die Lohnliste ihrer Arbeiterinnen zeigen zu lassen, was die Firma auch bereitwillig tat. Nunmehr entzog der Magistrat auf Antrag des Rathsherrn Fleischer den beiden Witwen die Armenunterstützung. Fleischer begründete dies im Termin damit, daß die beiden Frauen einen ausreichenden Verdienst gehabt hätten. Auf die Frage des Verteidigers des Redakteurs Hoffmann, des Rechtsanwalts Dr. Heinemann-Berlin, warum der Magistrat zu Neudamm ausgerechnet gerade in der Zeit, wo die Witwen nichts verdient hätten, nämlich zur Zeit des Streiks, die Frauen für so begütert gehalten habe, daß sie keine Unterstützung brauchten, erwiderte der Rathsherr, der „Volksmund“ habe gemunkelt, daß die Frauen Streikunterstützung erhielten. Ob dies richtig und wie hoch die Unterstützung gewesen sei, wisse er nicht. Die Reinigung des „Volksmunds“ habe ihm genügt, den Witwen die Armenunterstützung zu nehmen. Der Vertreter des Preuße, Rechtsanwalt Bittling, beantragte, mit Rücksicht auf die verheerende Wirkung, die Hoffmann mit seinem Artikel bezweckt habe, ihn mit einer Geldstrafe von mindestens 500 M. zu bestrafen. Der Verteidiger führte aus, es sei zwar nicht erwiesen, daß auf Preuße direktes Anstiften des Armenunterstützung genommen sei, dies hätten vielmehr Polizei und Magistrat in Neudamm gemeinschaftlich getan. Aber es könne kein Zweifel obwalten, daß Preuße genau gewußt habe, warum die Polizei Namen und Verdienst der Streikenden wissen wollte. So wußte er niemand, daß er nicht wisse, daß, wenn die Polizei sich bei einem Streik nach den Streikenden erkundigte, sie dies tue, um den Streikenden in irgendeiner Weise im Lohnkampf entgegenzutreten. Indem die Firma den Wünschen der Polizei bereitwillig nachkam, nahm sie in dem Streik die polizeiliche Hilfe gern in den Kauf. Der Artikel sei also, wenn auch eine formelle tatsächliche Unrichtigkeit sich darin fände, in seinem eigentlichen Inhalt wahr. Das Gericht zog dieser Tatsache dadurch Rechnung, daß es Hoffmann mit einer Geldstrafe von 10 M. wegen eines formell beleidigenden Ausdrucks belegte.

Aus aller Welt.

Die Automobilkatastrophe in Paris.

Das entsetzliche Automobilunglück auf der Seinebrücke in Paris hat nach den angestellten Ermittlungen elf Tote und vierzehn Verwundete gekostet. Unter den Toten befinden sich vier Kinder und der Chauffeur des Automobilomnibusses. Der Schaffner des Gefährtes, der sich gerettet hatte, lief wie geistesgestört fort und hat sich noch nicht wieder eingefunden. Ueber das Unglück wird folgende amtliche Darstellung gegeben. Der in die Seine gestürzte Automobilomnibus kam in rascher Fahrt über den Pont de l'Archevêché, als ihm ein anderer Automobilomnibus entgegen kam, dem er ausweichen wollte. Dabei riß der Wagenlenker das Steuerrohr heftig herum, so daß der Omnibus auf den Bürgersteig fuhr, die Brüstung durchschlug und in die Seine stürzte. Sofort wurde ein Hilfsdienst eingerichtet, und die aus dem Wasser gezogenen Personen wurden in das Krankenhaus gebracht. Die Namen von zwölf Toten beziehungsweise Verwundeten sind bereits festgestellt. Sie sind sämtlich Einwohner von Paris.

Unwetterchäden im Süden.

Ein heftiger Gewittersturm wütete am Mittwoch in Vagnara (Calabrien); der Bahnhof wurde überschwemmt und das umliegende Land verwüstet. Einige Baracken stürzten ein. Fünf- und zwanzig Menschen sollen umgekommen sein. Eine Hilfsaktion wurde sofort eingeleitet. Einige Leichen sind bereits geborgen. Die Aufräumarbeiten nehmen raschen Fortgang.

Aus verschiedenen Teilen der türkischen Provinzen laufen Berichte ein über schwere Schäden, die durch Ueberschwemmungen und Hagelschlag angerichtet wurden. In Strumiga wurden vierzehn Häuser von den Fluten fortgerissen.

Durch einen gewaltigen Orkan wurde die an der Meeresküste gelegene portugiesische Stadt Espinho teilweise zerstört. Die von der Gewalt des Sturmes aufgeweichten Wellen drangen bis in das Innere der Stadt, wo großer Schaden angerichtet wurde. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Ob Menschenleben zu beklagen sind, ist noch nicht bekannt.

Kleine Notizen.

Zwei Arbeiter überfahren. Zwei Streckenarbeiter, die auf dem Eisenbahnsteig bei Heiligenbeil (Westpr.) das Raufen eines Güterzuges übersehen, wurden vom Zuge erfaßt und getötet.

Um die Frau. In Aachen erlösch am Donnerstagmorgen der 40 Jahre alte Buchhändler Wäden den Mann seiner Geliebten, einen gewissen Offermann. Die beiden waren in Streit geraten, weil Offermann seine bei Wäden hausende Frau zurückverlangte.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. In Laura hütte spielten Kinder mit Streichhölzern. Plötzlich entzündete sich eins, die Kleider eines sechsjährigen Mädchens zündeten Feuer und das Kind verbrannte bei lebendigem Leibe. Alle Versuche, die Flammen zu ersticken, waren vergeblich. Als die abwesende Mutter nach Hause kam, fand sie ihr Töchterchen als Leiche vor.

Marktpreise von Berlin am 27. Septbr. 1911, nach Ermittlung des Königlich Preussischen Marktalltagspreises (Reinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speisebohnen weiße, 35,00—50,00. Linen 34,00—50,00. Kartoffeln 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,20—2,00. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Karotten 0,90—2,40. Kale 1,60—2,80. Bänder 1,40—3,60. Heide 1,20 bis 2,80. Parfise 1,00—2,00. Schale 1,40—3,00. Mele 0,90—1,60. 60 Stück Krebse 2,50—30,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand	
am 27. 9.	seit 26. 9.	am 27. 9.	seit 26. 9.
om am 1)	am am 1)	om am 1)	om am 1)
Wemel, Mühl	50 +2	Saale, Spandau	40 -10
Vegel, Rastenburg	52 +2	Saale, Spandau	2 -0
Weißel, Thon	12 +8	Saale, Rathenow	36 -0
Oder, Rastow	103 +4	Spree, Spremberg	74 -2
„ Krossen	15 0	„ Bestau	91 +1
„ Frankfurt	28 +2	„ Runden	78 +3
Saale, Schrumm	42 -4	„ Runden	137 -2
„ Landsberg	66 +1	„ Runden	332 -7
Rega, Verdam	42 -5	„ Runden	123 +12
Elbe, Leimeritz	68 +12	„ Runden	72 +10
„ 198 0		„ Runden	29 +6
„ Darß	4 +3	„ Runden	56 +1
„ Rastow	14 +3	„ Runden	-

1) + bedeutet Hoch, - Fall. — *) Unterpegel.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn R. H. Waeger: „Die Religion des Freidenkers.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. 1. Wanderausflug am Sonntag nach Gränitz, Potsdam, Neuhagen, Brandenburg. Abfahrt 5.51 Potsdamer Fernbahnhof. 2. Wanderausflug nach Erkner, Gränitz, Havel, Havel, Erkner. Abfahrt 6.23 Schlesischer Bahnhof.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 52. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Feuerungsrevolte in Wien. Von Otto Bauer. — Die Ausbeutung der Arbeiter in Japan. Von S. Katsunuma (Tokio). — Marx und Bahunin. Von Georg Stieff. (Schluß). — Das römisch-westfälische Kohlenjunker und seine Konturen. Von Helm. Heermann (Weisenkirchen). — Schuß den Hüftenfeindern.

Von B. Hübgen. — Literarische Rundschau: Professor Dr. R. Weule, Die Kultur der Kulturlosen. Von H. C. Dr. J. Kunt, Die Sterblichkeit nach sozialen Klassen in der Stadt Bremen. Von Ernst Lind. Arturo Labriola, Storia di dieci anni. Von Oda Elberg. — Kritiken: Historische Reisen. Von R. Müller-Dyer. Kochmals „Historische Reisen“. Zur Entgegnung. Von G. Edstein. — Zeitschriftenchau.
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Probenummern stehen zur Verfügung.
Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift (Wien). Heft 1. Karl Renner: Soziale Demonstrationen. — Karl Marx: Desterreichs Seehandel. — Rudolf Hilferding: Die Gesamtperiode ist tot, es lebe die Gesamtperiode. — Josef Seliger: Die nächsten Aufgaben der Parteiorganisation. — Heinrich Scheidtmann (St. Gallen): Zur Frage des Gesamtparteiabbaus. — Josef Witternig (Salzburg): Zu neuer Arbeit. — Franz Ullrich (Gruenen): Rückblicke. — F. Köttgen

(London): Die Streikbewegung in Großbritannien. — Hans Eigen (Großbritannien). — Bücherchau.
Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrad. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin SW. 68. Die Hefte 44 und 45 sind erschienen. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pf. Mit dem Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs entgegen.
Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Schweiz. Heft 1. Heft 2. Herausgegeben von Sac Lorenz. Schweiz. Grüllverein, Zürich.
Wörterbuch der Volkswirtschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. L. Elster. Heft 14. 250 M. G. Fischer, Jena.
Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft. Sozialpolitisch und Verwaltung. Herausgegeben von Dr. R. Reichesberg. 3. Bd., zweite Hälfte, 1. u. 2. Teil. Verlag Encyclopädie, Bern (Schweiz).

Theater und Vergnügungen

Freitag, 29. Sept. 1911:
Anfang 7 1/2 Uhr.
K. Oberyhaus, Lammhauer.
K. Schauspielhaus, Goldberg.
Deutsches, Hamlet.
Gaberland, Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania, Landwehrstraße 48/49.
Roms Jubiläumsjahr und seine Ausstellungen.
Neues Kgl. Operntheater, G. Schloß.
Kammertheater, Der ver wundete Vogel.
Leipzig, Einsame Menschen.
Neues Schauspielhaus, Nathan der Weise.
Kleines, Papa.
Neues Operntheater, Die schöne Helena.
Berliner, Hummelstudenten.
Kammertheater, Der Großfürst.
Schiller, O. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Schiller, Charlottenburg, Zopf und Schwert.
Friedr. Wilh., Schauspielhaus, Kabale und Liebe.
Neues, Die Frau Grell. Hierauf König Oedipus.
Westen, Die Dame in Rot.
Römische Oper, Die tauische Sufanne.
Residenz, Ein Walzer von Chopin.
Thalia, Polnische Wirtschaft.
Königgrätzer Straße, Grete Wieselthal.
Trianon, Ihr Alibi.
Luifen, Die Nacht der Liebe.
Casino, Der selbige Holschinsky.
Apollo, Spezialitäten.
Wintergarten, Spezialitäten.
Wittke, Die Nacht von Berlin.
Wittke, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino, Spezialitäten.
Gerritsfeld, Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Kofe, Die Weitsche.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kofe Caprice, Kobi Krach, Nr. 14.
Walhalla, Kofe, das hat eingeschlagen!
Road, Ariel Acosta.
Boigt, Die zwei Weissen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Belle-Aliance, Jaja.
Juniere, Kon. Liebesabenteuer.
Neues Volkstheater, In Behandlung.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr:
Roms Jubiläumsjahr und seine Ausstellungen.
Das Programm der Hörsaalvorträge im 4. Qa. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Letzte Spielzeit unter Direktion Richard Alexander.
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten v. Stouffier u. Barré.
Morgen u. folg. Tage: Dief. Vorstell.
Sonntag, 1. Okt., 8 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Die Dame von Magim.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 29. September, 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntag: Moral.
Montag: Moral.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Die Weitsche.
Schauspiel in 4 Akten von R. v. Hoffstein.
Sonntag 4 Uhr: Haniel u. Gretel.
8 Uhr u. 1. Rolle: Richter's Millionen.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Gul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Vorletzter Tag!
Ab 8 Uhr:
10 große Novitäten,
u. a.
Die G'schamige.
Ein Dialog nach dem bekannten Bild von F. v. Regnier.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 11-8 Uhr (Theaterkaffe).

Road's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 15.
Ariel Acosta.
Schauspiel in 5 Akten von R. Giphart.
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M.
Ehren- und Vorzugsplätzen gütlich!
Morgen: Ariel Acosta.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
In lauschiger Nacht.
Burleske mit Gesang in 1 Akt.
Nante Pohlmann, Money Solms, Minni Neumann, Rudolfi, Präciosa, der weibl. Herold Helmes.
Anf. wochentl. 8, Sonntag 6 Uhr.

Boigt-Theater
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 29. September 1911:
Die zwei Weissen.
Schauspiel in 7 Bildern von G. Scherenberg.
Kaffeezeit, 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Sonntag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr:
Polnische Wirtschaft.
Repertoireposse des Berliner Thalia-Theaters.
Entree 50 Pf. Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf Balkon 75 Pf., II. Parkett 1 M., I. Parkett 1,25 M., bei Böckmann, Bergstr. 136; Krüger & Oberbeck, Hermannplatz 1, und im Restaurant der Neuen Welt.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Anfang 8 Uhr. Heute Freitag: Anfang 8 Uhr.
Eröffnungs-Konzert.
100 Künstler. 100 Künstler.
Internationales Tonkünstler-Orchester.
Dirigenten:
Karl Zimmer. — Professor Paolo Felis.
Solisten:
Hse Malena. — P. Urschmann. — W. Gerlin.

SPORT PALAST
Potsdamer Str. 72
Allabendlich: Hurra! Parade! Gr. militärische Revue in 6 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw.
Zirkus 200 Mitwirkende.
2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.
Freitag, den 29. September:
Berliner Vereinstag.
Halbe Preise für Mitglieder aller Vereine.
Auf vielseitigen Wunsch: **Sonntag, den 1. Oktober: Populärer Nachmittag.**
Eintritt bis 5 Uhr 30 Pf. Nachm. u. abends Vorstellungen.
Grösster Eispalast der Welt!

CLOU
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
Extra-Konzert
Musikkorps des 1. Garde-Dr.-Regts.
Oberm. Baarz.
Anfang 8 Uhr.

22. Septbr. - 1. Oktob. 1911
Ausstellungshallen am Zoo
ALLGEMEINE AUSSTELLUNG DES DEUTSCHEN KONDITIONEN-GEWERBES UND VERWANDTER BRANCHEN BERLIN 1911

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

PASSAGE :: :: ANOPTIKUM
Das größte Schauetablisement des Kontinents.
Lebendiger Mann mit der eisernen Zunge.
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Kobi Krach.
Bunter Zell.
Nr. 14.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Maysol, Britten, Seidel, Harst, Schröder, Schubert, Grünig A. u. R. Schröder.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Neue Volksbühne
Die Kunst dem Volke!
Heute Freitag im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Str. 68: In Behandlung. Lustspiel von Max Dreyer. (Billetts a 1,30 M. sind an der Abendkasse zu haben.)
Jeden Sonntag Vorstellungen im Deutschen Theater
Kammerspielhaus
Schiller-Theater O.
Schiller-Th. Charlottenburg
Kleinen Theater*
Neuen Volks-Theater
Theater in der Königgrätzer Str.
Metropol-Theater*
Neuen Operntheater*
Trianon-Theater
Theater der Hochschule in Charlottenburg. 150/4

Konzerte, Kunst- und Lese-Abende
Gesellige Veranstaltungen
Gesellschaftsreisen.
Eintrittsgeld 1 Mark.
Jede Vorstellung 1 Mark
(in den mit * bezeichneten Theatern 1,20 Mark).
Man verlange Prospekte, die in den Zahnstellen des Vereins, in den Warenhäusern Tietz, Alexander-Platz, Frankfurter Allee, Leipziger Straße (an der Theaterkasse) und in der Geschäftsstelle des Vereins: Köpenicker Str. 68 unentgeltlich zu haben sind.
Telephonische Auskunft Amt IV 10292, 11138.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marietta Oily
(Kleines Theater)
Guido Herzfeld
(Deutsches Theater)
in ihrem Sketch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
d. Sings in d. doppelt Kehle und das große Varieté-Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Maysol, Britten, Seidel, Harst, Schröder, Schubert, Grünig A. u. R. Schröder.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Original-Hütten u. Zelte, Hausindustrie
Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf.
Eintrittspreis in die Vorführungshalle 30 Pf.

LUNA-PARK
Saisonabschluss! Die letzten 3 Tage!
Sensationelle Attraktionen!
Heute Eintrittspreis bis 6 Uhr 30 Pf., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder bis 10 Jahren haben in Begleitung Erwachsener freien Eintritt.
Morgen Sonntag:
Elitetag.
Eintrittspreis 50 Pfennig.
Sonntag: Letzt. Volkstag!
Eintrittspreis 25 Pfennig.
5000 Attraktionen zu halben Preisen.

Volks-Theater.
Königgrätzer Str. 20.
Sonntag, 1/10: Ohne Geländ.
Schauspiel in 5 Akten von Zola.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 2/10: Der Wustergatte.
Schwan in 3 Akten von Valerique.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Luifen-Theater.
Heute 8 Uhr: Die Nacht der Liebe.
Sonntag 4 Uhr: Nischenbrödel.
8 Uhr: Die Nacht der Liebe.

Zirkus A. Schumann.
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung.
Das reichhaltige Programm und 9 1/2 Uhr die prächtige Feerie
1000 Jahre
auf dem
Meeresgrunde
in 5 Bildern. Besonders hervorzuheben: 2. Bild: Maurischer Palast; das märchenhafte orientalische Ballett. 4. Bild: Der Dampfer auf hoher See; Explosion und Untergang des Dampfers. 5. Bild: Das Palais de Danse; das glänzende Ballett.

Zirkus Busch
Heute Anfang 7 1/2 Uhr.
Humorist. Gala-Abend!
Die größte und letzte Attraktion aus Karl Hagenbecks Tierpark in Stellingen: Die beiden Menschen-Affen „Max und Moritz“.
(Kurzes Gastspiel.)
Aeroplan im Zirkus!
Z. 1. Male auf dem Kontinent!
Die 4 Original Perez, ohne Konkurrenz. Viola & Bro, amerik. Exzentriker. Pr. Stennis, Schulleiterin. Herr Ernst Schumann, Freiheitsdressuren, usw.
Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue Berliner Poffen-Schlager
Der selbige Holschinsky.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Papa Ritsche.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marietta Oily
(Kleines Theater)
Guido Herzfeld
(Deutsches Theater)
in ihrem Sketch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
d. Sings in d. doppelt Kehle und das große Varieté-Programm.

Kreuzberg-Festsäle.
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Sänger.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Passepartouts u. Vorzugsplätzen gütlich.
Nach der Vorstellung:
frei. Tanzfröhen.
Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
Für Vereine Sonntagabend noch zu vern.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
Nachmittag:
Kunstausproduktionen, u. a.:
Apachentänze.
Eisenhofer-Konzert.
Allabendlich:
Das prächtige Zsballt
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
Nachmittag:
Kunstausproduktionen, u. a.:
Apachentänze.
Eisenhofer-Konzert.
Allabendlich:
Das prächtige Zsballt
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.

Volks-Theater.
Königgrätzer Str. 20.
Sonntag, 1/10: Ohne Geländ.
Schauspiel in 5 Akten von Zola.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 2/10: Der Wustergatte.
Schwan in 3 Akten von Valerique.
Anfang 8 1/2 Uhr.

